

ROLAND J. HOFFMANN

**Die Anfänge
der Emigration
aus der
Tschechoslowakei
1948**

SEŠITY

ÚSTAVU

PRO SOUDOBÉ

DĚJINY

AV ČR

1 9 9 6 **27**

Roland J. Hoffmann

DIE ANFÄNGE DER EMIGRATION
AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI
NACH DER KOMMUNISTISCHEN MACHTERGREIFUNG
VOM FEBRUAR 1948
UND DIE PROVISORISCHE AUFNAHME DER FLÜCHTLINGE
IN DER AMERIKANISCHEN BESATZUNGSZONE
DEUTSCHLANDS



Ústav pro soudobé dějiny AV ČR
1996

Institute for Contemporary History
Vlašská 9
118 40 Praha 1

Roland J. Hoffmann:
Die Anfänge der Emigration aus der Tschechoslowakei
nach der kommunistischen Machtergreifung vom Februar 1948
und die provisorische Aufnahme der Flüchtlinge
in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands

Sešity Ústavu pro soudobé dějiny, vol. 27

© 1996 Ústav pro soudobé dějiny AV ČR

ISBN 80-85270-49-8



Republishing of this material in any form is forbidden without permission
in writing from the Publisher

INHALT

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| I. Die westlichen Alliierten und die ČSR bei Ausbruch des Kalten Krieges | 5 |
| II. Widerstand in der Heimat oder im Exil? Flucht und Emigration im Kalkül Präsident Edvard Beneš, Aussenminister Jan Masaryks und der Demissionsparteien | 17 |
| Jan Masaryk zwischen West und Ost | 19 |
| Orientierungslosigkeit und Resignation der Demissionsparteien | 23 |
| Präsident Beneš Rückzug in die innere Emigration und die letzten Tage Jan Masaryks | 26 |
| III. Die ersten Reaktionen der westlichen Alliierten auf die Herausforderung einer dritten tschechoslowakischen Emigration | 55 |
| IV. Die provisorische Aufnahme der Flüchtlinge in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands in den Monaten nach dem Februarumsturz | 66 |
| V. Exkurs zur Soziologie der Februar-Emigration | 98 |
| Dokumentation | 103 |
| Personenregister | 145 |
| Abkürzungen | 149 |

Die vorliegende Studie ist Teil eines Projekts des Collegium Carolinum, München, zu den Emigrationen von 1938/39 bis 1945 und 1948 bis 1956, das von der Stiftung Volkswagenwerk gefördert wurde. Kapitel III bis V wurden in einer ersten Fassung unter dem Titel „Zur Aufnahme der Flüchtlinge aus der ČSR in der US-Zone Deutschlands nach der kommunistischen Machtergreifung vom Februar 1948“ in der Zeitschrift *Bohemia*, Jahrgang 36 (1995), Heft 1, veröffentlicht.

Bei den im Text zitierten Quellen wurden kleinere orthographische Fehler korrigiert und fehlende diakritische Zeichen bei den Personennamen ergänzt. Ansonsten wurde die originale Schreibweise, insbesondere mit den dort verwendeten Abkürzungen, beibehalten. Für die Redaktion und kritische Durchsicht des Textes danke ich Herrn Dr. Michael Neumüller, München. Mein besonderer Dank gilt dem Ústav pro soudobé dějiny AV ČR für die Aufnahme der vorliegenden Studie in die Reihe der „Sešity“.

R. J. H.

I.

DIE WESTLICHEN ALLIIERTEN UND DIE ČSR BEI AUSBRUCH DES KALTEN KRIEGES

Es ist hier nicht der Ort, die Politik der USA gegenüber der Tschechoslowakei zu Beginn des Kalten Krieges und besonders im Hinblick auf die kommunistische Machtergreifung vom Februar 1948 nachzuzeichnen. In wenigen Strichen soll jedoch skizziert werden, warum und in welcher Weise Flucht bzw. Fluchthilfe sowie Emigration und Exil nach dem Februarumsturz zu einem zentralen Thema der USA in ihren Beziehungen zur Tschechoslowakei wurden.

Angesichts des quasilegalen Ablaufs der kommunistischen Machtübernahme und des Ausbleibens eines entschlossenen und erfolgversprechenden Widerstandes sahen sich die Westmächte in doppelter Hinsicht mit einem *fait accompli* konfrontiert. Sie hatten nicht nur die „unblutige Revolution“ des unter Einsatz totalitärer Mittel vollzogenen Staatsstreichs des kommunistischen Ministerpräsidenten Klement Gottwald und seiner Partei als der stärksten politischen Kraft des Landes in ihr Kalkül einzubeziehen. Ein unmittelbares Eingreifen und eine direkte Unterstützung der den westlichen Alliierten seit dem Ersten Weltkrieg traditionell verbundenen politischen Kräfte um Präsident Edvard Beneš erschienen auch deshalb nicht angemessen, da dieser sich unter dem Druck der inneren und äusseren Verhältnisse bereit fand, die neue Regierung Gottwald in ihr Amt einzusetzen. Schon in Anbetracht der vom Präsidenten – aus welchen Gründen auch immer – sanktionierten Machtübernahme Klement Gottwalds und der KPTsch blieb den USA und ihren Alliierten keine andere Wahl, als das neue Regime im Rahmen des Völkerrechts und gemäss den Gepflogenheiten der internationalen Politik anzuerkennen.¹

1 Zur Politik der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber der Tschechoslowakei und zur unmittelbaren Reaktion der westlichen Alliierten sowie der USA auf den Coup d'Etat der KPTsch vgl. DUCHACEK, Ivo: Czecho-slovakia. In: *The Fate of East Central Europe: Hopes and Failures of American Foreign Policy*. Hrsg. v. Stephen D. Kertesz. Notre Dame/Indiana 1956, 179-218 und 197-206. – KOLKO, Joyce und Gabriel: *The Limits of Power: The World and*

Die Taktik und Strategie der Machtbalance und Machteindämmung, wie sie von den Tschechoslowakischen Nationalen Sozialisten, der Tschechoslowakischen Volkspartei und der Demokratischen Partei der Slowakei gegenüber der KPTsch verfolgt wurde, erwies sich in einem ganz unmittelbaren Sinne auch als ein Fehlschlag der Politik der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten gegenüber der UdSSR und ihrem Herrschafts- und Gesellschaftsbereich. Der Zusammenbruch der in jeder Hinsicht heterogenen, im totalen Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland geschmiedeten Allianz der westlichen Alliierten mit der Sowjetunion manifestierte sich wohl nirgends symptomatischer als im Kollaps der nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererrichteten Tschechoslowakei: d.h. im Kollaps der von Beneš im Bündnis mit der KPTsch geschaffenen „volksdemokratischen“ ČSR, die aussen- und sicherheitspolitisch auf das Fortbestehen eben dieser Kriegskoalition hin ausgerichtet war und die innen- und gesellschaftspolitisch auf dem Machtkartell der „Nationalen Front“ beruhte. Doch während die Westmächte und die UdSSR nach der militärischen Niederwerfung Hitler-Deutschlands und dessen restloser Zerschlagung mit der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan einerseits sowie mit der Errichtung des Kominform andererseits aus dem Zerfall ihres ungleichen Bündnisses Schritt für Schritt Konsequenzen zogen, verharrte die im Vergleich zur Ersten Republik T. G. Masaryks völlig umgestaltete volksdemokratische Tschechoslowakei unter der Präsidentschaft Benešs in einem Zustand fast regungsloser Starre.

Die Paralyse der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit Benešs und der antikommunistischen Kräfte war allerdings nicht allein die zwangsläufige Folge der mit der Verkündung der Truman-Doktrin, dem Marshall-Plan und der Errichtung des Kominform rapide eskalierenden Auseinandersetzung zwischen West und Ost und der geopolitisch exponierten Lage des Landes, das unmittelbar an der Frontlinie zwischen den beiden im Kalten Krieg sich formierenden Blöcken lag. Hinzu kam die offenkundige Unfähigkeit Benešs und seiner Anhänger, sowohl die tatsächlichen Verhältnisse in der mit der KPTsch gemeinsam getragenen Koalitionsregierung der „Natio-

United States Foreign Policy, 1945–1954. New York u.a. 1972, 384-402. – ULLMANN, Walter: *The United States in Prague, 1945–1948*. New York 1978, 153-157. – Ders.: *The United States and Czechoslovakia 1945-1948*. In: *Schicksalsjahre der Tschechoslowakei 1945–1948*. Hrsg. v. Nikolaus Lobkowitz und Friedrich Prinz. München-Wien 1981, 21-31. – HANAK, Harry: *The Attitude of the Western Powers towards Czechoslovakia 1945–1948*. *Ebenda*, 9-19. – CRANE, John O. und Sylvia: *Czechoslovakia: Anvil of the Cold War*. New York u.a. 1991, 235-332.

nen Front“ als auch die eigenen Interessen und Möglichkeiten in der Umbruchsituation der Zweiteilung der Welt realistisch einzuschätzen und dementsprechend konsequent und entschlossen zu agieren. „I myself had an uncomfortable feeling“, so urteilte aus westlicher Perspektive der britische Botschafter Dixon nach einer privaten Begegnung mit dem Präsidenten am 10. Februar 1948, „that he was living in a fool's paradise.“²

Edvard Beneš hatte sich schon in seinem zweiten Exil in London als ebenso beredter wie kurzsichtiger Fürsprecher einer engen Kooperation mit der Sowjetunion hervorgetan und war dafür eingetreten, das Kriegsbündnis auch für die Nachkriegs- und Friedenszeit nicht nur in aussen-, sondern im Bündnis mit der moskauhörigen KPTsch auch in innen- und gesellschaftspolitischer Hinsicht zu einer tragfähigen Konstruktion auszubauen.³ Niemand anderer verkörperte daher die fatale Widersprüchlichkeit der Politik des antikommunistischen Lagers in so eklatanter und folgenschwerer Weise wie gerade der Präsident selbst. Dass sein Konzept einer „volksdemokratischen“ Tschechoslowakei als Brücke zwischen Osten und Westen auf zwei höchst unterschiedlich beschaffenen Pfeilern ruhte, war ihm dabei durchaus bewusst. Er war so gesehen gewiss kein blinder Bundesgenosse der Sowjetunion oder gar ein unkritischer Parteigänger des totalitären Stalinismus. Sein in kaum verhüllter Form an Stalin und die Sowjetunion gerichteter Appell, dass für die Zusammenarbeit der slawischen Völker nur ein „politisches Regime wahrhafter Demokratie“ mit all den damit verbundenen Grundrechten und Freiheiten die Basis abgeben könne, kam jedoch dem verzweifelten Versuch gleich, die Geister, die er selbst wohl gegen besseres Wissen herbeigerufen hatte, zu beschwören und damit sich selbst oder seine

2 Dixon, Tel. No. 361, From Prague to Foreign Office, 26.3.1948. *Public Record Office (PRO)*: FO 371/71287.

3 Zur Politik Benešs gegenüber der Sowjetunion bis zum Abschluss des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages im Dezember 1943 vgl. BRANDES, Detlef: *Grossbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943: Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran*. München 1988, 464-477 und 502-511. – ULLMANN, Walter: *Beneš between East and West*. In: *Czechoslovakia, 1918–88: Seventy Years of Independence*. Hrsg. v. H. Gordon Skilling. New York 1991, 55-61. – RUPNIK, Jacques: *Jind Evropa*. Praha 1992, 100ff. – Vgl. dazu beispielhaft den Bericht und Kommentar zweier so unterschiedlicher zeitgenössischer Akteure bzw. Beobachter wie Andrej Gromyko und Raymond Aron in ihren Erinnerungen: GROMYKO, Andrei: *Mémoires*. Paris 1989, 57ff. – ARON, Raymond: *Erkenntnis und Verantwortung: Lebenserinnerungen*. München-Zürich, 144f.

Kritiker zu beschwichtigen.⁴ Wenn er sich dennoch auch in der Phase des unübersehbaren Auseinanderbrechens der Kriegskoalition weiterhin für die in sich so instabile und riskante Konstruktion einer Brückenbildung zwischen den Westmächten und der stalinistischen UdSSR einsetzte, so vor allem deshalb, weil er bei der Verfolgung seines primären Kriegsziels – der Schaffung eines ethnisch homogenen tschechischen bzw. tschechoslowakischen Nationalstaats in den vormüchener Grenzen – von der Sowjetunion entscheidend unterstützt worden war und in ihr als der slawischen Vormacht den gewichtigsten Garanten für dessen künftige Sicherung sah. Indem er die gefährliche und ungleiche Partnerschaft aus Gründen des nationalen tschechischen Interesses sozusagen sehenden Auges realitätsblind meinte in Kauf nehmen zu müssen, schnürte er sowohl in aussen- als auch innen- und gesellschaftspolitischer Hinsicht entsprechend eng seinen Handlungsspielraum ein. Zu seiner Lähmung im beginnenden Kalten Krieg trug auch sein Verständnis des Präsidentenamtes bei, wonach er gleichsam als höchster Beamter über den Parteien stand und sich somit als eigenständig handelnden Machtfaktor ausschloss, indem er sich einer klaren Stellungnahme und eines direkten Eingreifens in die Auseinandersetzung der zerstrittenen Lager weitgehend enthielt.

Zwischen den im Machtkartell der Nationalen Front verbündeten Parteien hatten die Spannungen hingegen spätestens seit den Wahlen von 1946 eklatant zugenommen und sich in einer Reihe von Konflikten entladen. Während die von Haus aus antikommunistisch gesinnten Kräfte der Nationalen Front, d.h. in erster Linie die Beneš nahestehenden Tschechoslowakischen Nationalen Sozialisten, in den innen- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen durchaus auch auf Konfrontationskurs gingen, stiess dieser jedoch bei ihnen wie bei Präsident Beneš auf eine unüberwindliche Barriere, wo sie die aussen- und sicherheitspolitische Orientierung an der Sowjetunion akzeptierten bzw. akzeptieren zu müssen glaubten. „Tvrđíme, že upřímny spojenecký poměr mezi SSSR a naši republikou“, erklärte Petr Zenkl, Primator Prags und Vorsitzender der Nationalen Sozialisten, zu-

4 Verwiesen sei auf die in dieser Hinsicht ebenso bezeichnenden wie aufschlussreichen „zwei grosse Warnungen“, die Beneš im Schlusswort seiner während des Exils in Grossbritannien fortgeschriebenen und nach Kriegsende in überarbeiteter Form wiederaufgelegten programmatischen Schrift aussprach. BENEŠ, Edvard: *Úvahy o slovanství: Hlavní problémy slovanské politiky*. Praha 1946, 303f. – Vgl. dazu auch das Resümee Václav Černýs über seine in den Jahren zwischen 1945 und 1948 geführten Gespräche. ČERNÝ, Václav: *Paměti 1945–1972*. Praha 1992, 171ff.

gleich einer der entschlossensten Gegenspieler der KPTsch, auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes von 1946, „není věcí stran nebo skupin, nýbrž věcí celého národa. Síla našeho spojení je v tom, že za ním stojí celý národ, komunisté a my právě tak, jako sociální demokraté a lidovci. A tvrdíme, že tento nadstranický, celonárodní charakter musí si toto naše spojení podržeti i nadále.“⁵ Die Fixierung auf die UdSSR als die wichtigste Schutzmacht der volksdemokratischen Tschechoslowakei und die daraus resultierende Unterwerfung unter die aussen- und sicherheitspolitischen Intentionen Stalins in der Anfangszeit des Kalten Krieges erwies sich somit als eine eiserne Klammer, die den Handlungsspielraum aller antikommunistischen Kräfte in der Politik und Gesellschaft, nicht nur des Präsidenten und der Demissionsparteien, sondern auch ihrer Gefolgschaft in der Öffentlichkeit und der Wählerschaft des Landes, äusserst beschränkte. Es war eine Klammer, aus der sie sich bis zum bitteren Ende der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 nicht mehr zu befreien vermochten.

Im eigenen Lande von Ministerpräsident Gottwald und der KPTsch in den entscheidenden Februartagen gänzlich ausgeschaltet, musste Präsident Beneš nun ohnmächtig miterleben, wie die ČSR nach ihrer weitgehenden Selbstausslieferung der „Pax Sovietica“ völlig anheimfiel. Der französische Aussenminister Bidault und der britische Deputy Prime Minister Morrison sprachen zwar von einem „zweiten München“,⁶ doch setzten sich die westlichen Alliierten wie schon zehn Jahre zuvor in der Sudetenkrise gegen den Gang der Ereignisse nicht ernsthaft zur Wehr.⁷ Die vom französischen Aussenminister angeregte und am 26. Februar, also einen Tag nach Benešs Legalisierung der neuen Regierung Gottwald zustande gekommene Dreimächte-Erklärung der USA, Grossbritanniens und Frankreichs brachte dies deutlich zum Ausdruck. Auch wenn in ihr das undemokratische und unparlamentarische Vorgehen der KPTsch auf das schärfste verurteilt und die

5 Petr Zenkl: „Naše bratrství se Sověty“, in: *Svobodné slovo*, 25.5.1946.

6 Vgl. die Äusserungen Bidaults vor der Anglo-American-Press-Association in Paris vom 25.2. und vor der französischen Nationalversammlung am 27.2.1948, hier nach *The Times*, 26.2.1948: „Dangers of Events in Prague – M. Bidault on Western Concern“; und „M. Bidault's 'Cry of Alarm' – Parallel with Munich“, *ebenda*, 28.2.1948.

7 Vgl. das Telegramm des Secretary of State George C. Marshall an die US-Botschafter in Paris und London vom 24.2.1948 sowie die in den amerikanischen diplomatischen Akten verzeichnete Reaktion seines britischen Kollegen Ernest Bevin und des französischen Aussenministers Bidault in: *Foreign Relations of the United States (FRUS) 1948*, Bd. 4: Eastern Europe; The Soviet Union. Washington 1974, 735-738.

neue Regierung als eine „disguised dictatorship of a single party under the cloak of a government of national union“ gebrandmarkt wurde, stellte die Deklaration letztlich nur einen symbolischen Akt des Protestes und ein Dokument der Rat- und Hilflosigkeit dar.⁸ In Anbetracht des ganz in seinem Sinne sich vollziehenden Ablaufs der Ereignisse sah sich Stalin nicht zu einer ostentativen und unmittelbaren Einflussnahme veranlasst. Von der ominösen Präsenz des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Valerian Zorin abgesehen, waren die Signale aus der UdSSR freilich deutlich genug. Während die drei westlichen Alliierten ihre eher rhetorische Pflichtübung absolvierten, begrüßte Radio Moskau die Machtübernahme der KPTsch „and assured“ – so der Bericht des englischen ČSR-Experten Reginald R. Betts – „the Czechoslovak people that 200 million friends stood behind them in their fight against treason and reaction“.⁹

Rief Präsident Beneš mit seinem zwielichtigen Taktieren in den Entscheidungszentren des Westens eher Irritation hervor, so löste der in der Nacht vom 9. auf den 10. März – nur wenige Stunden vor dem ersten Zusammentritt des tschechoslowakischen Parlaments nach dem Machtwechsel – erfolgte Fenstersturz Jan Masaryks in der westlichen Öffentlichkeit eine Welle des Mitgeföhls sowie überaus kritische Reaktionen gegenüber der neuen Regierung Gottwald aus. Unmittelbar unter dem Eindruck des mysteriösen Todes von Jan Masaryk unternahm Jan Papánek, der ständige Vertreter der Tschechoslowakei bei den Vereinten Nationen, den Versuch, die kommu-

- 8 Der Text der Dreimächte-Erklärung lautete: „The Governments of the United States, France and Great Britain have attentively followed the course of the events which have just taken place in Czechoslovakia and which place in jeopardy the very existence of the principles of liberty to which all democratic nations are attached. They note that by means of a crisis artificially and deliberately instigated the use of certain methods already tested in other places has permitted the suspension of the free exercise of parliamentary institutions and the establishment of a disguised dictatorship of a single party under the cloak of a government of national union. They can but condemn a development the consequences of which can only be disastrous for the Czechoslovak people, who had proved once more in the midst of the sufferings of the second World War their attachment to the cause of liberty.“ Zitiert nach *The New York Times*, 27.2.1948. Die Publikation der gemeinsamen Deklaration der westlichen Alliierten in der Tschechoslowakei wurde durch die Presseabteilung des tschechoslowakischen Informationsministeriums verboten. Vgl. JOSTEN, Josef: *Oh my Country*. London 1949, 149.– ULLMANN: *The United States in Prague*, 155ff. – BULLOCK, Alan: *Ernest Bevin: Foreign Secretary 1945–1951*. London 1983, 525ff.
- 9 BETTS, Reginald R.: Czechoslovakia. In: *Central and South East Europe*. Hrsg. v. dems. London-New York 1950, 192.

nistischen Infiltrations- und Umsturzpraktiken vor diesem Forum und damit der Weltöffentlichkeit blosszustellen und eine unmittelbare Einflussnahme der Sowjetunion auf den Staatsstreich in der ČSR nachzuweisen. Die vor allem mit der Unterstützung der USA durchgeführte „Aktion Papánek“ stellte auf diplomatischer Ebene allerdings die einzige ernsthafte Initiative dar, mit der die westlichen Alliierten auf Stalins und Gottwalds Usurpation der Macht im „siegreichen Februar“ reagierten.¹⁰

Wie schon im Falle der völligen Zerschlagung der Tschechoslowakei durch das nationalsozialistische Hitler-Deutschland im März 1939 war mit der durch den Februarumsturz vollzogenen Einverleibung des Landes in den kommunistischen und sowjetrussischen Herrschaftsbereich für die Westmächte jedoch der „point of no return“ erreicht. Nach der Eingrenzung Polens und Ungarns in die sowjetrussische und kommunistische Macht-sphäre schien nun mit der Installation der stalinistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei die Kooperationsbereitschaft bzw. Kooperationsfähigkeit der Sowjetunion wie auch deren Loyalität gegenüber dem im Zweiten Weltkrieg erwachsenen Bündnis endgültig in Frage gestellt. Welche Erwartungen und Zielsetzungen auch immer mit der in den Jahren von 1943 bis 1945 geschaffenen Konstruktion der Tschechoslowakei verbunden gewesen

- 10 Papánek protestierte bereits am 25. Februar in einem Schreiben an Trygve Lie, den Generalsekretär der Vereinten Nationen, dagegen, dass die Autorität der aus den Wahlen vom Mai 1946 hervorgegangenen Regierung „byla 22. února oslabena a otevřeně ohrožena násilím komunistické menšiny. Této menšině se dostalo posily a slibu pomoci v případě potřeby ze strany zástupců Sovětského svazu, vedených náměstkem ministra zahraničí V. A. Zorinem, kteří přijeli do Prahy za tímto účelem. Politická nezávislost Československa, člena Spojených národů, byla takto v přímém protikladu ke 4. paragrafu 2. článku Charty ohrožena výhrůžkami použití síly jiného člena Spojených národů, Svazu sovětských socialistických republik.“ Ohne hierfür offensichtlich entsprechende Instruktionen aus Prag zu haben, wandte sich Papánek als „Vertreter der unabhängigen Tschechoslowakei“ unter Berufung auf Artikel 34 der Charta der VN an den Sicherheitsrat und bat um „vyšetření situace, v které jde o potlačení svobody a nezávislosti Československa a jež může ohrozit udržení mezinárodního míru a bezpečnosti“. Hier zitiert nach: *Vzpomínky a dokumenty: O životě, práci a zápasech Dr. Jána Papánka*. Praha 1994, 41. Vgl. seine am 10. März 1948 an die VN gerichtete Stellungnahme zum „Putsch der kommunistischen Minderheit“, *ebenda*, 42-45. – Zu der Aktion vgl. auch PAPÁNEK, Ján: *Desať rokov: Československá otázka v Spojených národoch*. Chicago 1958.– JOSTEN: *Oh my country*, 178-201 (tschech. Ausgabe: *Československo žaluje*. Praha 1993). – Die von Chile eingebrachte Resolution, ein Subkomitee einzurichten, um die kommunistische Machtergreifung aufgrund von Zeugenaussagen zu untersuchen, wurde von der UdSSR im Sicherheitsrat mit einem Veto blockiert.

sein mögen, die im Februar 1948 von der KPTsch erzwungene Machtan-eignung widerlegte spektakulär die Möglichkeit einer Konvergenz der grundlegend verschiedenen Systeme von West und Ost. Die USA setzten ihrerseits nicht nur mit der Truman-Doktrin und der Verkündung des Marshall-Plans, sondern auch mit einer zunehmend aktiven und integrativen Europa- und Deutschlandpolitik entschiedenen Zeichen der Konsolidierung und Absicherung des eigenen Einfluss- und Machtbereiches.¹¹ Der „Coup d’Etat“ – wie die kommunistische Machtergreifung in der ČSR aus westlicher Sicht sogleich qualifiziert wurde¹² – und die nur wenige Monate später folgende Blockade Berlins wurden vor diesem Hintergrund zum Fanal des Kalten Krieges in einer mit rasanter Geschwindigkeit sich bipolar formierenden Welt.

Am 20. Februar 1948 hatten die zwölf Minister der Nationalen Sozialisten, der Volkspartei und der slowakischen Demokratischen Partei ihre Demission eingereicht. Im zusehends eskalierenden Machtkampf mit der KPTsch als der stärksten Partei des Landes, die ihren 1946 errungenen Stimmenanteil von 38 Prozent in den für Mai geplanten Wahlen mit den ihr eigenen undemokratischen und subversiven Methoden auf die absolute Mehrheit von „51 Prozent“ zu erhöhen trachtete, hofften sie, sich mit einer Regierungsumbildung eine bessere, vor allem auch gegen Übergriffe von

11 Für den Richtungswechsel der amerikanischen Politik und dessen Implikationen für die Tschechoslowakei vgl. FLEMING, D. F.: *The Cold War and its Origins, 1917–1960*. Bd. 1: 1917–1950, 477–496. – FONTAINE, André: *Histoire de la Guerre Froide*. Bd. 1: De la Révolution d’Octobre à la Guerre de Corée, 1917–1950. Paris 1965, 377–403. – LAFEVER, Walter: *America, Russia and the Cold War*. 4. Aufl. New York u.a. 1980, 73f. – PATERSON, Thomas G.: *The Origins of the Cold War*. 2. Aufl. Lexington/Mass. u.a. 1974, 113–122. – ULLMANN: *The United States in Prague*, 158–171.

12 Vgl. dazu beispielhaft die Darstellung der *Times*, so in dem Artikel vom 26.2.1948 „Lenin’s Tactics – Prague Coup Well Planned – Capture of Trade Unions“, sowie ebenda der Kommentar „The Czech Coup“, 27.2.1948. In den innenpolitischen Auseinandersetzungen der tschechischen Parteien war schon vor den ersten Parlamentswahlen im Mai 1946 von einem „Putsch“ die Rede gewesen, den die KPTsch im Falle einer Niederlage plane. KPTsch-Chef Gottwald – zu dieser Zeit zugleich stellvertretender Ministerpräsident – wies diesen Vorwurf entschieden zurück. Vgl. hierzu: „Gottwald o politice komunistů. Odmítá důrazně pomluvy o přípravách k puči“, in: *Svobodné slovo*, 7.2.1946. „Soudruh Slánský na okresní konferenci v Mostě. Pozor na provokace“, in: *Rudé právo*, 20.2.1946. „Provokace reakčních lumpů neustávají. Druhý podvržený ‘rozkaz soudruha Gottwalda’. Mají provokace proti komunistické straně svůj původ v zahraničí?“, in: *Rudé právo*, 2.3.1946.

seiten der Kommunisten besser abgesicherte Ausgangsbasis zu verschaffen. Dies war freilich ein fataler Schachzug. Da sich die sozialdemokratischen Minister in ihrer Gesamtheit sowie der parteilose Aussenminister Jan Masaryk diesem Vorgehen nicht anschlossen, erwies sich der Sturz der Regierung Gottwald als illusorisch.¹³ Mit ihrem Demissionsgesuch lieferten die zwölf Minister stattdessen der KPTsch die höchst willkommene Gelegenheit zum entschlossenen Gegenschlag. Ganz gegen ihre eigentlichen Absichten boten sie den Kommunisten einen unverhofften Anlass für eine „revolutionäre“ Lösung der Regierungskrise bzw. – aus westlich-liberaldemokratischer und parlamentarischer Sicht – für den von Laurence A. Steinhardt, dem amerikanischen Botschafter in Prag, schon des längeren einkalkulierten Coup d’Etat.¹⁴

13 Vgl. dazu KAPLAN, Karel: *Das verhängnisvolle Bündnis: Unterwanderung, Gleichschaltung und Vernichtung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie 1944–1954*. Wuppertal 1984, 152ff.

14 Am 12. Juni 1947 noch vertrat Botschafter Steinhardt gegenüber dem State Department die Auffassung, dass angesichts anderer politischer, wirtschaftlicher und psychologischer Ausgangsbedingungen die Vorgänge in Ungarn kein „pattern“ für ein ähnliches Vorgehen der UdSSR und der Kommunisten in der ČSR seien, und traf die Aussage, „there would seem little basis for assuming coup engineered in Hungary could be successfully duplicated in Czechoslovakia in immediate future“. Entsprechende Vermutungen in der amerikanischen Presse wies er zurück, da sie sowohl der Sache der antikommunistischen Kräfte in der ČSR als auch der amerikanischen Politik gegenüber diesem Land abträglich seien. *FRUS 1947*, Bd. 4, Washington 1972, 212. Einen Monat später, unmittelbar nachdem die ČSR aufgrund von Stalins Diktat die Teilnahme an der Pariser Marshall-Plan-Konferenz abgelehnt hatte, listete Steinhardt in seinem Bericht vom 15. Juli 1947 an den Secretary of State insgesamt zwölf „powerful instruments of persuasion over Czechoslovakia now in possession of Soviets“ auf. Er gab zu verstehen, dass er in Anbetracht der neu eingetretenen Lage sowohl das „pattern“ der Machtübernahme, wie sie auch in Ungarn vollzogen worden war, als auch einen Coup d’Etat als Mittel der sowjetrusischen und kommunistischen Politik im Hinblick auf die ČSR nicht mehr ausschloss. „There are no visible signs as yet“ – so sein Fazit zur Strategie der UdSSR – „that they intend to tighten control over Czechoslovakia at this time. Mindful, however, of present psychology of Kremlin and of pattern which has emerged in other east European states this Embassy will watch with utmost care for indications that some or all of above listed instruments of pressure are being exercised either (1) to carry out more thoroughly Communist policies within framework present National Front Government, (2) to force purge of moderate parties along lines unsuccessfully pressed on Slovak Democrats during recent weeks and such as could easily be directed against leaders of other moderate parties through fabricated charges of conspiracy against state or sabotage of two-year plan, (3) to prepare ground

Bereits einen Tag nach dem Demissionsgesuch begann die KPTsch, ihrer seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgten Taktik der Einrichtung von „Nationalausschüssen“ folgend, schlagartig „Aktionsausschüsse“ zu organisieren. Diese stellten das wichtigste Instrument ausserparlamentarischer und totalitärer Machtpolitik dar, mit dem die KPTsch ihre ebenso unkoordiniert wie unentschlossen mit den konventionellen Waffen des Parlamentarismus kämpfenden Gegenspieler auf allen Ebenen der Gesellschaft und Politik praktisch mühelos gleich- bzw. ausschaltete. Während die antikommunistische Öffentlichkeit und ihre politische Führung – von vereinzelt hilflosen Regungen des Widerstands und demonstrativen Kundgebungen der Studenten abgesehen – im Moment ihrer Ausschaltung in bleibender Starre verharren,¹⁵ begann die KPTsch höchst wirkungsvoll das „Volk“ in Form von Manifestationen und mit der gezielten Mobilisierung der „Strasse“ gegen die „Reaktionäre“ und „Verräter“ auszuspielen. Die Führung der Kommunisten liess keinen Zweifel daran, dass sie das schon im Ansatz gescheiterte politische Manöver der Demissionsparteien bereitwillig zum Anlass nahm, mit der „Reaktion“ abzurechnen und diese endgültig als eigenständigen Faktor zu eliminieren.

Am 22. Februar, am Tage nach der grossen Manifestation der KPTsch mit Klement Gottwald auf dem Altstädter Ring in Prag, signalisierten die Balkenüberschriften des *Rudé právo* der Öffentlichkeit in unmissverständlicher Deutlichkeit, wohin nach der „Stimme der wahren Nationalen Front“ die Reise ging: „Das Volk hat den festen Willen und genügend Kraft“, so die

for Communist *coup d'état*. If harmonious relations existed between east and west there would be no reason to fear any but first of these three possible developments but in light of existing conditions no one of them can be wholly excluded as a possibility.“ *Ebenda*, 221-223. – Für die zeitgenössische amerikanische Perzeption der im Jahre 1947 gleichfalls mit undemokratischen Mitteln und quasilegal vollzogenen Machtergreifung in Ungarn vgl. die im April 1948 in den *Foreign Affairs*, Bd. 26, 554-566, publizierte Darstellung von H. F. SCHOENFELD, in dieser Phase in Budapest amtierender US-Botschafter. – Dazu auch DEAK, Istvan: *The United States and the Communist Takeover of Hungary in the Light of New American Documents*. In: *Schicksalsjahre der Tschechoslowakei*, 143-154.

- 15 Zu den Demonstrationen der Studenten vgl. neuerdings POUŠTA, Zdeněk: *Smuteční pochod za demokracii*. In: *Stránkami soudobých dějin*: Sborník statí k pětadesátinám historika Karla Kaplana. Připravil a uspořádal Karel Jech. Praha 1993, 198-207. – Ders.: *Perzekuce studentů Univerzity Karlovy po roce 1948*. In: *Documenta pragensia*. Bd. 11. Praha, 237-242. – Zum antikommunistischen Widerstand, der sich nach dem Umsturz zu formieren suchte, und zu dessen Zerschlagung vgl. RADOSTA, Petr: *Protikomunistický odboj: Historický nástin*. O.O. 1993. – KAPLAN, Karel: *Největší politický proces „M. Hordáková a spol.“*. Brno 1995.

Schlagzeilen, „dass es die Rückkehr der Agenten der heimischen und ausländischen Reaktion in die Regierung zu verhindern und eine weiterhin ruhige, friedliche und freie Entwicklung der Republik zu gewährleisten vermag. Aufruf Klement Gottwalds zur Einheit und Eintracht: Seid einig und entschlossen und Euere Wahrheit siegt!“¹⁶ Dem kommunistischen Revolutionsverständnis und Legitimationsbedürfnis entsprechend folgte damit auf die ethnische sowie nationaltschechische politische und soziale „očista“ („Reinigung“ bzw. „Säuberung“) der Jahre 1945 bis 1947 nur der logische zweite Schritt, mit dem nunmehr in der heissen Anfangsphase des Kalten Krieges auch die letzten „reaktionären“ Bastionen, nämlich jene in der „Nationalen Front“ bislang verbündeten partei- und innenpolitischen wie gesellschaftlichen Kräfte ausgeschaltet wurden, die dem Machtmonopol der KPTsch noch im Wege standen.¹⁷

Der Generalsekretär der KPTsch Rudolf Slánský brachte die kommunistische Einschätzung des Umsturzes und vor allem auch der „hochverräterischen“ Flucht und Emigration der antikommunistischen Kräfte nach Deutschland und in den Westen bei einer Arbeitsbesprechung der Kreissekretäre seiner Partei am 23. März 1948 in schneidender Polemik zum Ausdruck: „Únorovými událostmi jsme definitivně zajistili přechod od kapitalismu k socialismu. Dověřili jsme naši květnovou revoluci. Útoky zahra-

16 *Rudé právo*, 22.2.1948, 2. Ausgabe.

17 Von Interesse in diesem Zusammenhang ist eine vom amerikanischen European Command Intelligence Center in Frankfurt a.M. in Zusammenarbeit mit so prominenten tschechischen Februarflüchtlingen wie dem Generalstaatsanwalt Jaroslav Drábek, den Journalisten Ivan Herben und Josef Josten, dem Generalsekretär der Československá strana lidová Adolf Klimek sowie dem Soziologen Otokar Machotka erarbeitete Darstellung über ihre Erfahrungen mit der „očista“ der „Aktionsausschüsse“: Consolidated Political Intelligence Report 49: Action Committees in Czechoslovakia. Der neunzehnteitige Bericht ist vom 24.5.1948 datiert. *Institut für Zeitgeschichte (IfZ)*, München: OMGUS AGTS/35/2. – Zu der von den „Akční výbory“ durchgeführten Säuberung vgl. aus zeitgenössischer Sicht: FRIEDMAN, Otto: *The Break-up of Czech Democracy*. London 1950, 75ff. – Aus kommunistischer Perspektive, den totalitären Charakter dieser „očista“ höchst anschaulich illustrierend, MLÝNSKÝ, Jaroslav: *Únor 1948 a akční výbory Národní fronty*. Praha 1978. – Ders.: *Akční výbory národní fronty a rozvíjení budovatelského úsilí po únoru*. In: *ČSČH*, 36 (1988), 1-17. – Zu der mit dem Februarumsturz eingeleiteten Säuberung vgl. ausserdem PEJSKAR, Jožka: *Pronásledování vlastenci 1897–1980*. O.O. 1987, 73-237. – Neuerdings BŘACHOVÁ, Věra: *Destrukce důstojnického sboru čs. armády po únoru 1948*. In: *Historie a vojenství*, 3, (1992), 109-127. – KAPLAN, Karel: *Politická perzekuce po únoru 1948*. In: *Destrukce československého důstojnického sboru po únoru 1948*. Praha, Historicky ústav Armády ČR 1993, 5-14.

ničí jsou důkazem, že dnes považují Československo za definitivně ztracené a vymaněné z vlivu reakce. Také naše reakce si uvědomuje, že u nás se nedá nic změnit. Jediná jejich naděje je pomoc ze zahraničí. Nesmíme přehlédnout skutečnost, že naši reakčníci utíkají na západ. Jejich útěk je potvrzením jejich viny, je potvrzením toho, že [jsou] účastníky protistátního spiknutí. Je příznačné, že utíkají do Německa, na západ, do sídla Prchaly, Jaksche, Ďurčanského, Sidora, do tábora těch, kteří projeví své nepřátelství vůči republice, do tábora nepřátel republiky.“¹⁸

Wie schon die ersten, noch vor der Einsetzung der neuen Regierung Gottwald vollzogenen Massnahmen zeigten, war eine selbständige und freie Vertretung individueller und kollektiver Interessen und Ziele angesichts der stalinistischen Herrschaftsmethoden im eigenen Land nicht mehr möglich. Mit ihrer endgültigen Eingrenzung hinter dem Eisernen Vorhang war die „volksdemokratische“ Tschechoslowakei im wahrsten Sinne des Wortes zu einer geschlossenen – man könnte auch sagen – eingeschlossenen Gesellschaft geworden. Flucht und Emigration stellten für die erklärten Gegner des Regimes angesichts dieser Entwicklung und nicht zuletzt auch aufgrund ihres eigenen Politikverständnisses die primäre Form des Widerstandes dar. Für nicht wenige handelte es sich dabei bereits um die zweite, in manchen Fällen sogar um die dritte Flucht und das dritte Exil. Den Westmächten wiederum offerierten Emigration und Exil der unterlegenen Regimegegner einen wichtigen Ansatzpunkt in der ideologischen und propagandistischen Auseinandersetzung sowohl mit der von der KPTsch beherrschten Tschechoslowakei als auch mit dem kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystem insgesamt. In dem globalen Konflikt zwischen der – idealtypisch in den Kategorien Karl Poppers formuliert – „offenen Gesellschaft“ des liberaldemokratischen Westens und der „geschlossenen Gesellschaft“ des stalinistisch-kommunistischen Ostens kam freiwilliger und unfreiwilliger Migration sowie der Be- bzw. Verhinderung von Migration zwischen den beiden ungleichen Systemen eine eminente Bedeutung zu. Der Kalte Krieg, nicht als Fortsetzung, sondern quasi als Ersetzung des regulären Krieges mit anderen Mitteln, verlieh Emigration und Exil zwar nicht dieselbe zentrale propagandistische und politische Funktion, die sie in den beiden Weltkriegen gehabt hatten. Dass ihnen aber im Zeichen der Zweiteilung der Welt von beiden Lagern von Anbeginn ein hoher Stellenwert zugemessen wurde, belegt sehr anschaulich gerade das Beispiel der Tschechoslowakei.

18 Porada krajských tajemníků dne 23. března 1948. SÚA, Fonds 018, Sitzung vom 23.3.1948. Für den Hinweis auf die Ausführungen Slánskýs und für den Beleg danke ich Herrn Doz. Dr. Karel Kaplan.

II.

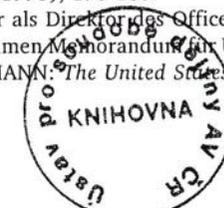
WIDERSTAND IN DER HEIMAT ODER IM EXIL? FLUCHT UND EMIGRATION IM KALKÜL PRÄSIDENT EDVARD BENEŠ, AUSSENMINISTER JAN MASARYKS UND DER DEMISSIONSPARTEIEN

Wenngleich sich die westlichen Alliierten mit keinen konkreten Massnahmen auf eine neuerliche Emigration und ein drittes tschechoslowakisches Exil vorbereitet hatten, traf sie die Fluchtbewegung nicht gänzlich unerwartet. Angesichts der sich im Streit um die Teilnahme bzw. Nichtteilnahme am Marshall-Plan dramatisch zuspitzenden Entwicklung¹⁹ hatte das State Department bereits im Juli 1947 für den Fall eines „coup or terror against opposition groups“ vorgeschlagen, antikommunistischen Flüchtlingen aus der ČSR in den amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs Asyl zu gewähren.²⁰

Seit der von Stalin erzwungenen Absage an den Marshall-Plan war die Frage der Emigration ein Thema, das unter diplomatischen, politischen und publizistischen Repräsentanten des Westens und der ČSR in informellen Gesprächen immer wieder angesprochen wurde. Die Initiative ging hierbei bezeichnenderweise fast durchweg von westlicher Seite aus. Die von amerikanischen wie britischen Diplomaten und Publizisten unternommenen Sondierungen galten in erster Linie naturgemäss Präsident Beneš und Außenminister Jan Masaryk als den beiden wichtigsten Entscheidungs- und Hoffnungsträgern des antikommunistischen Lagers. Da die Reaktionen sowohl Beneš und Masaryks als auch ihrer Anhängerschaft auf die Herausforderung einer neuerlichen Emigration für die Meinungsbildung der westlichen Politik und Öffentlichkeit sowie für die Ergreifung entsprechender

19 Vgl. dazu neuerdings: *Československo a Marshallův plán*: Sborník dokumentů. Praha, Ústav pro soudobé dějiny 1992. – PROKŠ, Petr: Československo na rozcestí: Marshallův plán a únor 1948. In: *Slovanský přehled*, 2 (1993), 170-183.

20 Zu den Überlegungen von H. Freeman Mathews, die er als Direktor des Office of European Affairs im Department of State in einem geheimen Memorandum für Unterstaatssekretär Dean Acheson entwickelte, vgl. ULLMANN: *The United States in Prague*, 133ff.



Massnahmen von erheblicher Bedeutung waren, sollen sie hier in angemessener Ausführlichkeit wiedergegeben werden.

Am 18. Juli 1947, also unmittelbar nach der Absage der Teilnahme der ČSR am Marshall-Plan, liess Botschafter Steinhardt das Department of State wissen, dass sich führende Politiker der Nationalen Sozialisten und der Volkspartei für den äussersten Fall bereits mit dem Plan beschäftigten, eine Exilregierung zu bilden.²¹ Präsident Beneš hingegen signalisierte angesichts der steigenden Spannungen um so nachdrücklicher seine Kampfbereitschaft und die Absicht, im Falle eines Konflikts nicht nachzugeben und sich nicht ein weiteres, d.h. ein drittes Mal in das Exil zu begeben. In diesem Sinne wurde die amerikanische Botschaft seitens der Nationalen Sozialisten unterrichtet. Beneš erklärte demzufolge in einem Anfang September 1947 geführten Gespräch mit Ministerpräsident Gottwald, „that in case of *Putsch*“, so der Bericht des amerikanischen Geschäftsträgers, „he would not ease Communist way by resigning or leaving country. He added that though he had been ill he had no intention of dying for some time to come. Gottwald is not reported to have had much to say in reply.“²²

Im Spätherbst desselben Jahres wurde jedoch in polnischen Exilkreisen in London das Gerücht kolportiert, Edvard Beneš erwäge, doch ein drittes Mal in die Emigration zu gehen. Die amerikanische Botschaft in Prag trat diesen Spekulationen zwar sogleich entschieden entgegen, gab in ihrem vom 3. Dezember 1947 datierten Bericht an das Department of State indes zu erkennen, dass im politischen Umfeld von Beneš der Gedanke an Emigration durchaus in Betracht gezogen wurde. In einer erst zwei Wochen zurückliegenden Unterredung mit Botschafter Steinhardt habe sich der Präsident – mit Blick auf die beim Brünner Parteikongress eben vollzogene Abwahl seines Intimfeindes Fierlinger, des Vorsitzenden der Tschechoslowakischen Sozialdemokraten – überaus optimistisch geäussert und seine Absicht unterstrichen, „to continue actively to oppose the further spread of communism“. Während der Geschäftsträger John H. Bruins – Botschafter Steinhardt befand sich zu diesem Zeitpunkt wegen einer Operation in den Vereinigten Staaten – für die Person Beneš daher die Schlussfolgerung zog, dass „flight from the country is at present very remote from his thoughts“, liess er das State Department zugleich wissen, dass „some of

21 Vgl. ULLMANN: *The United States in Prague*, 82f. – Ausserdem HEJL, Vilém: USA a ČSR v únoru 1948. In: *Národní politika* (München), Mai 1988.

22 The Chargé in Czechoslovakia (Yost) an Secretary of State, Praha, 15.9.1947. *FRUS* 1947, Bd. 4, 231f.

the more timid anti-Communists are known to have been thinking about leaving“.²³

Jan Masaryk zwischen West und Ost

Der Bericht des amerikanischen Geschäftsträgers illustriert also sehr eklatant jene Widersprüchlichkeit, die für die Position Benešs und der hinter ihm stehenden Kräfte gerade in der letzten und entscheidenden Phase der Auseinandersetzung mit Klement Gottwald und der KPTsch ganz allgemein bestimmend war. Als besonders fatal erwies sich, dass es gerade Jan Masaryk, der im Westen so hochgeschätzte Sohn des Gründerpräsidenten Tomáš G. Masaryk und mütterlicherseits aus den USA stammende Aussenminister war, der diese Widersprüchlichkeit und die aus ihr resultierende innere Lähmung wie kein anderer tschechischer Politiker in beklemmender Intensität verkörperte. Von seiner Mentalität her unvergleichlich offener, spontaner und direkter als der in seinen strategischen Kalkulationen und taktischen Manövern befangene Beneš, hatte Jan Masaryk schon frühzeitig signalisiert, in welche geradezu existentielle Bedrängnis ihn – all seinen offiziellen Verlautbarungen zum Trotz – das Zweckbündnis mit der KPTsch brachte. Nach seiner Begegnung mit Beneš und Masaryk bei ihren im Frühjahr 1945 mit Stalin und Gottwald in Moskau geführten Verhandlungen

23 *National Archives (NA)*, Washington, D.C.: RG 59, 860F.001/Beneš/12-347. – Vgl. dazu auch den vom 21.11.1947 datierten Bericht des amerikanischen Botschafters in Grossbritannien an das Department of State, der das Gerücht mit der kurz zuvor erfolgten Flucht von Stanislaw Mikołajczyk nach London in Verbindung brachte. Botschafter Douglas verwies in diesem Zusammenhang auch auf die dort ansässigen, mit der polnischen Emigration in Verbindung stehenden tschechischen Gruppierungen. An deren Spitze standen mit General Lev Prchala und dem Journalisten Rudolf Kopecký zwei Persönlichkeiten, die Beneš seit dem Exil des Zweiten Weltkriegs in offener Gegnerschaft bekämpften: NA: RG 59, 860F.00/11-2147. Zu der illusionären, den Eventualfall eines kommunistischen Putsches ausblendenen bzw. verdrängenden Einschätzung der politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei unmittelbar vor der kommunistischen Machtergreifung vgl. auch den Bericht Josef Korbels über seine am 12. Januar 1948 mit Beneš geführten Unterredungen. Korbels, tschechoslowakischer Botschafter in Belgrad, hatte den Präsidenten auf die Erfahrungen mit Titos Jugoslawien und auf die Strategie des am 30. September 1947 gegründeten Kominform verwiesen. KORBEL, Josef: *The Communist Subversion of Czechoslovakia 1938–1948: The Failure of Coexistence*. Princeton 1959, 198ff. – Ders. in: *Twentieth-Century Czechoslovakia: The Meanings of its History*. New York 1977, 248.

notierte der amerikanische Journalist und Kolumnist der *New York Times* Cyrus L. Sulzberger unter dem Datum des 27. März in sein Tagebuch: „The East European leaders are starting to come here to make obeisance as the war nears its end. Saw Masaryk and Beneš. Masaryk very cynical and sad. He has little faith in being able to keep Czechoslovakia from being communized. He deeply distrusts Fierlinger, the Czech envoy. Jan is droopy. Beneš, on the other hand, seems quite businesslike and relatively optimistic. So embittered by what the French and the British did to him at Munich, seven years ago, that he seems willing to put some trust in Russia.“²⁴

Auch wenn Jan Masaryk zur Vorstellung von der Tschechoslowakei als einer Brücke zwischen West und Ost ein durchaus kritisches Verhältnis hatte,²⁵ plädierte er im Blick auf die politische Absicherung der nach dem Zweiten Weltkrieg gewonnenen Form nationaler Staatlichkeit nicht nur beharrlich für die Fortsetzung der Kriegsallianz zwischen den Westmächten und der UdSSR, sondern gehörte auch zu jenen, die aus diesem Grund nolens volens für eine zweckrationale und enge Zusammenarbeit mit der KPTsch in der nunmehr zur „Volksdemokratie“ mutierten Republik eintraten.

Wie schmerzlich Jan Masaryk daher das Auseinanderdriften der Blöcke empfand, brachte er in seiner ebenso drastischen wie offenherzigen Weise gegenüber dem amerikanischen Publizisten Howard K. Smith zum Ausdruck, kurz nachdem die Tschechoslowakei von der Teilnahme am Marshall-Plan Abstand nehmen musste. „If only it were possible“, so äusserte er im Sommer 1947, „to cut the planet into two parts and let them drift apart in space, that would solve the problem.“ Auf die Frage seines Gesprächspartners, auf welche Seite er sich im Falle einer solchen Teilung der Erde schlagen würde, gab er eine Antwort, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen liess: „We do not have a free choice. Czechoslovakia does not lie between East and West. It lies between Russia and Germany. I would have no choice. I would go East. But it would kill me.“²⁶

24 SULZBERGER, Cyrus L.: *A Long Row of Candles: Memoirs and Diaries, 1934–1954*. Toronto 1969, 251f.; vgl. dort auch die Eintragungen über seine Unterredungen mit Jan Masaryk vom 28.7.1945, 8.9.1945 und 12.2.1947. *Ebenda*, 264, 266 und 340f. Sulzberger gehörte zu jenen, die eher der Mord- als der Selbstmord-Theorie anhängen. In seinen Erinnerungen berichtet er, dass er aufgrund eines ihm vorliegenden Berichts des französischen Geheimdienstes Gründe hatte anzunehmen, dass Jan Masaryk erschossen worden sei. *Ebenda*, 26.

25 Vgl. KOTYK, Václav: *Jan Masaryk: Diplomát krizových let*. Praha 1993, 40ff.

26 SMITH, Howard K.: *The State of Europe*. London 1950, 336.

Diese Erklärung Masaryks lag – wie Howard K. Smith bemerkte – ganz auf der Linie von Beneš. Mit seinem freimütigen Bekenntnis brachte der tschechoslowakische Aussenminister darüber hinaus den tieferen Grund für jene Zerrissenheit zum Ausdruck, die für die tschechische Politik insgesamt, in erster Linie aber für ihn selbst charakteristisch war. Schliesslich warf seine Argumentation vor allem auch ein bezeichnendes Licht auf seine persönliche Tragik, die aus der scheinbaren Ausweglosigkeit resultierte, der er sich angesichts der weltpolitischen Entwicklung ausgesetzt sah. Seine Fixierung auf die Sowjetunion als den wichtigsten Garanten der nationalen tschechischen Interessen war so stark, dass er sich trotz seines abgrundtiefen Misstrauens gegenüber der KPTsch ein Mass von Vertrauen auferlegte, das, wie er offenbar selbst nur zu gut wusste, einer tödlichen Lebenslüge gleichkam. Der amerikanische Publizist James P. Warburg, der ebenfalls Gelegenheit hatte, den Aussenminister kurz nach dem Fiasko der gescheiterten Teilnahme am Marshall-Plan zu sprechen, berichtete, dass Masaryk trotz dieser demütigenden Einschränkung der Souveränität seines Landes hoffte, dessen Unabhängigkeit bewahren zu können – und zwar eben mit Hilfe der KPTsch. „He had asserted with pride“, so Warburg, „that the Czech communists, much as he disliked them, were first of all patriotic citizens of Czechoslovakia, who would never allow their country to become a Soviet satellite. One night, in the course of a long talk, he said prophetically: ‘If this hope is ever betrayed, there will be nothing left for which to live.’“²⁷

Der Preis, den der Aussenminister ebenso wie sein Präsident für diese Gutgläubigkeit und vorrangige Anlehnung an die Sowjetunion und die KPTsch zu entrichten hatte, waren erhebliche Irritationen auf Seiten der westlichen Verbündeten. Nicht zuletzt aufgrund der kritischen Lagebeurteilung durch Botschafter Steinhardt schlugen sie sich insbesondere in einem angespannten Verhältnis der USA zu der volksdemokratischen Republik nieder.²⁸ Als sich Jan Masaryk im November 1947 anlässlich der Versammlung der Vereinten Nationen in New York aufhielt, versuchten seine amerikanischen Freunde, ihn angesichts der bedrohlichen Entwicklung in der Tschechoslowakei zu überreden, in den Vereinigten Staaten zu bleiben. Die-

27 WARBURG, James P.: *Germany: Key to Peace*. Cambridge 1953, 59.

28 Unter besonderer Berücksichtigung der Rückwirkungen, die sich aus der Abkühlung der amerikanischen Politik gegenüber der UdSSR-loyalen Politik der volksdemokratischen ČSR für Jan Masaryk ergaben, vgl. SVITÁK, Ivan: *The Unbearable Burden of History: The Sovietization of Czechoslovakia*. Bd. 1: From Munich to Yalta. Praha 1990, 95–105. – CRANE: *Czechoslovakia*, 273–311. – KOTYK: *Jan Masaryk*, 65ff.

ses Ansinnen wies er zwar von sich. Doch lässt das bewegte Schreiben, das er bei dieser Gelegenheit an Dorothy Thompson, die bekannte amerikanische Journalistin und Kolumnistin der *New York Herald Tribune* richtete, seine verzweifelte Lage zwischen den Fronten erkennen: „It is true“, bekannte er, „that I am standing (not yet squatting) between two not too static and not too savoury stools, and I fear I have a great many colleagues scattered all over this worrymaking planet [...] I am certainly not going down the drain without making a considerable squawk. For the time being I am persona most grata with my people at home. It is very touching how they hang on to me and expect things from me. How will I fail them the least – that’s the question, because rebus sic stantibus, I cannot deliver the goods they so vitally need and so deeply deserve. I will think about it and do the best I can. I must go home as soon as possible to give my fairly passionate support to those who are trying to carry on the lovely Bohemian tradition against cynical and well organized material dialectics. For the time being we can hold our own. How long I know not. Somewhere, sometime, somehow I am going to stand on my hind legs and shout to the Great Powers [...] The timing, that’s my problem.“²⁹

Den Gedanken an eine Emigration lehnte Masaryk weiter entschieden ab. Kaum einen Monat vor den kritischen Februartagen sprach ihn Trygve Lie, der norwegische Generalsekretär der Vereinten Nationen, den er seit der Kriegszeit gut kannte, bei einem Besuch in Prag ebenfalls auf die Frage einer möglichen Emigration an. In der am 26. und 27. Januar in seinem Amtssitz im Czernin-Palais geführten Unterredung brachte der tschechoslowakische Aussenminister die Überzeugung zum Ausdruck, dass die KPTsch in den kommenden Wahlen ihren Stimmenanteil von 38 Prozent nicht überschreiten würde. Dabei machte er kein Hehl aus seiner Sorge, dass die Kommunisten im Falle eines zu grossen Rückschlages einen Coup d’Etat riskieren könnten. „While aware of the possibility of a coup“, so der Bericht des Generalsekretärs über Masaryks Einschätzung der Lage und seine Intentionen, „he obviously was not expecting it to come within a month – and before elections. We talked over the prospects of such a move by the Communists and I asked him as an old and close friend whether it might

29 Hier zitiert nach GUNTHER, John: *Behind the Curtain*. New York 1949, 224f. Gunther, der an der Begegnung des amerikanischen Freundeskreises mit Jan Masaryk im November 1947 teilnahm, bestätigt ausdrücklich: „Many of Masaryk’s close friends in America, including his doctor [...] repeatedly urged him not to go back to Czechoslovakia at all.“ *Ebenda*, 225.

not be best to arrange a business trip to France or England – just in case. But I should have known Jan Masaryk. He was determined to remain in Czechoslovakia, come what might, and spoke disparagingly of the Polish, Hungarian, and Rumanian non-Communists who had fled when the Communists seized power. I remember his typical comment: ‘I’m not the kind of guy who could be happy to go to the United States and write five articles for the Saturday Evening Post for \$15,000. No, Sir, I’m staying put’.“³⁰

Orientierungslosigkeit und Resignation der Demissionsparteien

Der verzweifelte Zweckoptimismus, der sich an die illusionäre Hoffnung klammerte, den Konflikt mit der KPTsch mit parlamentarisch-konstitutionellen Mitteln lösen zu können, und der sich dabei allzu selbstgewiss auf die demokratische Tradition der Tschechoslowakei berief, ging auf seiten der antikommunistischen Kräfte fast unvermittelt einher mit einem Gefühl von Pessimismus und Ohnmacht. Die desparate „Als-ob-Politik“ Präsident Beneš und Aussenminister Masaryks wie ihrer Anhänger korrespondierte mit einer lähmenden Grundstimmung, die angesichts des rabiaten Vorgehens des innenpolitischen Gegners und der aussen- wie sicherheitspolitisch offenbar unvermeidlichen Einverleibung in den sowjetrussischen Herrschaftsbereich ohne Zweifel zur Genüge reale Ursachen hatte. Die Bereitschaft, den Kampf mit der das Machtmonopol immer offener und rücksichtsloser ansteuernden KPTsch in direkter Konfrontation auszutragen, war eingestandener- oder uneingestandenermassen schon gebrochen, noch bevor es zum offenen Konflikt kam. Für die resignative Stimmung unter den Gegnern der KPTsch war es durchaus symptomatisch, wenn führende ihrer Ver-

30 LIE, Trygve: *In the Cause of Peace: Seven Years with the United Nations*. New York 1954, 232f. – Vgl. hierzu auch den Bericht von R. H. Bruce Lockhart, der mit Jan Masaryk bei dessen Zwischenaufenthalt in London auf der Rückreise von der Tagung der Vereinten Nationen in New York Anfang Dezember 1947 in London ein Gespräch führte und ebenfalls dieses Thema berührte. Masaryk äusserte demzufolge: „The truth was, he said, that some American friends had tried to persuade him to give up politics and become an American citizen. He had been tempted. Then he looked at me as though seeking my approval and said: ‘You can leave your country twice or as many times as you have the strength to fight. You can’t do it to fight your own countrymen’.“ LOCKHART, R. H. Bruce: *Jan Masaryk: A Personal Memoir*. Putnam 1956, 67f. (1. Ausgabe 1951). – Vgl. hierzu auch das Zeugnis von John und Sylvia Crane in CRANE: *Czechoslovakia*, 310f. und 326.

treter in Anbetracht der sich zuspitzenden Situation vor aller Öffentlichkeit über eine „innere Emigration“ zu rasonieren begannen.³¹ Am 16. Februar 1948, vier Tage bevor sich die Nationalen Sozialisten zusammen mit der Volkspartei und der slowakischen Demokratischen Partei zu dem folgenschweren Schritt der Demission ihrer zwölf Minister entschlossen, schrieb der mit den Verhältnissen der Tschechoslowakei und insbesondere mit Beneš und seinen politischen Gefolgsleuten wie kaum ein zweiter vertraute Robert Bruce Lockhart in einem dem Foreign Office in London übermittelten Brief: „I have seen some more Czechs who are anxious to come out before the end or to remain here. They tell me that violence is increasing behind the scenes and that Ripka will flee the country if the elections go wrong.“³²

Dies waren allerdings nur vereinzelte Signale der Emigrationsabsichten einzelner Personen, welche in der kritischen Phase des Machtkampfes die politischen Entscheidungszentren der westlichen Alliierten erreichten. Sowohl von Beneš als auch von den in der Nationalen Front längst nicht mehr mit der KPTsch, sondern gegen sie verbündeten Kräften waren keine eindeutigen und miteinander abgestimmten Massnahmen für den Eventualfall einer Emigration und eines neuerlichen Exils vorbereitet worden. Als ersichtlich wurde, dass sich die Tschechoslowakischen Sozialdemokraten und Aussenminister Jan Masaryk dem Manöver der drei Demissionsparteien nicht anschlossen, versuchten diese verzweifelt, das Steuer herumzuwerfen und den Präsidenten von der Annahme ihres Rücktrittsgesuchs wieder abzubringen. Auf diese Weise sollte den Kommunisten in letzter Minute quasi die legale Handhabe entzogen werden, den misslungenen politischen Schachzug umgehend für einen Coup d'Etat zu nutzen. Angesichts dieser drohenden Gefahr richteten sich die Hoffnungen der Demissionsparteien wiederum in völliger Verkennung der Situation auf eine sozusagen nahtlose

31 Vgl. den Leitartikel „Vnitřní emigrace“ von Ferdinand Peroutka, *Svobodné noviny*, 15.2.1948. – Dazu KLADIVA, Jaroslav: *Boj o duši národa v předvečer února 1948*. ČsČH, 15 (1967), 51-72, hier 60f.

32 PRO: FO 371/71284, N 2100/154/12. – Vgl. dazu auch die Bemerkungen von Robert Bruce LOCKHART in seinem im Juli 1948 in den *Foreign Affairs*, Bd. 26, 632-644, veröffentlichten Artikel „The Czechoslovak Revolution“, 635-637. – LOCKHART, R. B.: *Mich rief Europa – Begegnungen auf dem Kontinent*. Stuttgart 1953, 121-133. – RIPKA, Hubert: *Le Coup de Prague: Une Révolution préfabriquée*. Paris 1949, 336; in der 1950 in London unter dem Titel *Czechoslovakia Enslaved: The Story of the Communist Coup d'Etat* publizierten englischen Ausgabe S. 313.

Fortsetzung der bisherigen Politik der „Nationalen Front“, also auf eine Weiterführung der gemeinsamen Regierung unter Ministerpräsident Gottwald bis zu den anstehenden Wahlen. Sie klammerten sich in ihrer ausweglosen Lage derart verzweifelt nicht nur an die Verfassung, sondern vor allem auch an den Strohalm des Machtkartells der alten „Nationalen Front“, dass sich die Nationalen Sozialisten sogar bereit fanden, ihre vier Minister in der Regierung durch andere, vom Manöver der Demission unbelastete Vertreter ihrer Partei auswechseln zu lassen.³³ Diese seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgte doppelbödig Taktik, in der die Bereitschaft zur Anpassung und der Wille zum Widerstand sich bis zur Unkenntlichkeit vermischten, fand ihren wohl anschaulichsten Ausdruck nicht nur in dem paradoxen Umstand, dass Präsident Beneš den kommunistischen „Coup d'Etat“ mit seiner Annahme der Rücktrittsgesuche und der Einsetzung der neuen Regierung Gottwald am 25. Februar von höchster Stelle legitimierte, sondern auch in dem bemerkenswerten Vorgang, dass am 11. März immerhin 116 nichtkommunistische Abgeordnete der Regierung der sogenannten „wiedergeborenen Nationalen Front“ ihre Stimme gaben.³⁴

Wie wenig durchdacht und koordiniert das Vorgehen der Demissionsparteien in den dramatischen Februartagen war, belegt auch das erstaunliche Mass mangelnden „Vorbereitetseins“ (připravenost) für den Fall bzw. für die Notwendigkeit einer Flucht und eines neuerlichen Exils der erklärten Gegner der KPTsch, sollte diese die Regierungskrise für einen Umsturz nutzen.³⁵ Bei der letzten Beratung der vier national-sozialistischen Minister mit Präsident Beneš am 23. Februar wurde, wie Justizminister Prokop Drtina berichtet, das weitere Vorgehen für den Fall, „dass alle parlamentarischen und demokratischen Mittel versagen“, als Thema nicht einmal angesprochen.³⁶ Folgt man der Darstellung des Abgeordneten Ota Hora, der wie Drtina der national-sozialistischen Partei angehörte, so fand sich Beneš angesichts entsprechender Drohungen Gottwalds zu der Berufung der neuen Regierung offenbar nur unter der Voraussetzung bereit, dass es zu keiner Gewaltanwendung komme und die oppositionellen Minister und Abgeor-

33 Vgl. das Kapitel „Poslední schůze zastupitelstva Klofáčovy a Benešovy strany“ bei DRTINA, Prokop: *Československo můj osud*. Bd. 2, Buch 2. Toronto 1982, 548-558 und 569-571.

34 Vgl. hierzu FRIEDMAN: *The Break-up of Czech Democracy*, 90-106.

35 Vgl. hierzu die Ausführungen von Karel Kaplan, der von einem „únorovy šok“ der antikommunistischen Kräfte spricht. KAPLAN: *Největší politický proces*, 9-46.

36 DRTINA: *Československo můj osud*, 547f.

dneten sowie „andere Bürger“ nicht verhaftet würden.³⁷ Über sein Gespräch mit Drtina, das unter dem Schock der Annahme der Demission und der Einsetzung der neuen Regierung am 25. Februar geführt wurde und an dem mit Vratislav Bušek, Luděk Stránský und Miloslav Kohák drei führende national-sozialistische Journalisten teilnahmen, teilt Hora mit: „Es kam zu einer Debatte und es wurde beschlossen, dass wir uns auf jeden Fall entscheiden müssten, wer ins Exil gehen und wer zu Hause bleiben müsse.“³⁸

Präsident Beneš Rückzug in die innere Emigration und die letzten Tage Jan Masaryks

Präsident Beneš sah auch nach der mit legalen und illegalen Methoden zugleich erzwungenen Etablierung des kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems keinen Anlass, seinen tschechischen Gefolgsleuten oder den westlichen Verbündeten wirklich eindeutige Signale eines klaren Kurswechsels seiner Politik zu senden. Er gab weder zu erkennen, dass er beabsichtigte, gezielte Massnahmen zur Formierung eines „dritten Widerstandes“ (třetí odboj) in die Wege zu leiten,³⁹ noch dass er den Entschluss ge-

37 Hora beruft sich auf ein Telefonat Drtinins, das dieser unmittelbar nach der Annahme der Demission in seiner Gegenwart mit Jína, dem Leiter der politischen Abteilung der Präsidentenkanzlei, führte. HORA, Ota: *Svědectví o puči: Z bojů proti komunistické Československa*. Bd. 2. Praha 1991, 177. – Vgl. dazu auch SMUTNÝ, Jaromír: *Únorový převrat*. Teil 1-5. London 1953–1957, hier Teil 5, 12. – Nach den Erinnerungen des national-sozialistischen Abgeordneten Julius Firt hatte Jan Šrámek, der Vorsitzende der Lidová strana und während des Zweiten Weltkrieges Ministerpräsident des tschechoslowakischen Exils, schon zwei Tage vorher, also am 23. Februar angesichts der ausserparlamentarisch-totalitären Mobilmachung der KPTsch die Ansicht vertreten, dass auch Präsident Beneš gegen deren „Putsch“ über keine Gegenmittel verfüge und mit einer neuerlichen Emigration rechne. FIRT, Julius: *Záznamy ze starých denků*. Köln 1985, 28f.

38 HORA: *Svědectví o puči*, II, 177f. – Vgl. auch den Bericht Zenkls bei PEJSKAR: *Pro následovaní vlastenci*, 79. – Zu dem eskapistischen Verhalten führender Vertreter der Tschechoslowakischen Nationalen Sozialisten wie Petr Zenkl und Hubert Ripka, die in den entscheidenden Tagen der Krise das Zentrum der politischen Auseinandersetzung Prag zu Vortragsveranstaltungen in Mähren und im Riesengebirge verliessen, vgl. KLÁTIL, František: *Republika nad stranami: O vzniku a vývoji československé strany národněsocialistické (1897–1948)*. Praha 1992, 322f.

39 Den Vertretern der Studenten, die in einem Demonstrationszug zu seinem Amtssitz auf der Burg gezogen waren, erklärte der Präsident auf dem Höhepunkt der Februarkrise: „III. odboj nemá smysl, národ musí čekat na demokratizaci Sovětského svazu.“ Zitiert nach RADOSTA: *Protikomunistický odboj*, 11.

fasst hätte, die Tschechoslowakei für ein drittes Exil an der Seite der Westmächte zu verlassen.⁴⁰ Der Ausweg, den Beneš, der spätestens seit dem 25. Februar nicht mehr als Subjekt, sondern als ebenso rat- wie hilfloses Objekt der Politik agierte, aus seiner vertrackten Lage suchte, war der der inneren Emigration. Wie er sich im Falle einer Einbeziehung der Tschechoslowakei in den sowjetrussischen Herrschaftsbereich verhalten würde, hatte Beneš in einem Gespräch mit seinem entschieden antikommunistisch gesinnten Mitarbeiter Ladislav Feierabend während seines Londoner Exils hypothetisch, für seine Einstellung jedoch nicht minder bezeichnend dargelegt. In dem Disput wies er Feierabends Zweifel am militärischen Sieg der Sowjetunion zurück und schloss sogar nicht aus, dass in einem solchen Falle Grossbritannien und die Vereinigten Staaten dem Vordringen der UdSSR nach Westen Einhalt gebieten könnten. „Přitom dodal,“ so die Wiedergabe der Unterredung durch Feierabend, „není jisto, zda bychom v tom případě nebyli s Rusy“. Když jsem vyslovil obavu, aby pak nevzniklo u nás bolševictví, president jen poznamenal, že by odešel do Sezimova Ústí a psal paměti. ‘A myslíte, že byste je mohl uveřejnit?’ ptal jsem se presidenta. ‘O to bych se už postaral’, byla jeho odpověď.“⁴¹

Als der Machtkampf zwischen der KPTsch und ihren Gegenspielern am 25. Februar entschieden war und die Einverleibung der Tschechoslowakei in den sowjetrussischen Herrschaftsbereich nicht mehr zu verhindern schien, entzog Präsident Beneš sich fast umgehend dem politischen Geschehen. Oh-

40 In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Interesse, dass Beneš nach seinem ersten Rücktritt vom Amt des Staatspräsidenten am 5. Oktober 1938 zwar schon kurz darauf – am 22. Oktober – nach London flog und von dort aus im Februar 1939 nach den USA weiterreiste, sein Verlassen der ČSR jedoch explizit nicht als Entscheidung für ein politisches Exil verstanden wissen wollte. Sein zweites Exil begann für ihn erst mit der Unterwerfung der Zweiten Republik unter das Protektorat des Dritten Reiches am 15. März 1939. In einem Schreiben vom 27.1.1939 an die neue Regierung Hácha erklärte er: „Dr. Beneš se za politického emigranta nepokládá a návrat do vlasti v době, kdy to bylo správné nebo vhodné, nevylučuje ze svých příštích plánů.“ BENEŠ, Edvard: *Paměti: Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství*. Praha 1948, 85. – Beneš hatte sein „zweites Exil“ während des Zweiten Weltkrieges, wie er einem Mitarbeiter in London erklärte, für sich persönlich bereits als sein „drittes Exil“ betrachtet, da er seinen mehrjährigen Studienaufenthalt in Frankreich zur Zeit der Habsburgermonarchie dabei offenbar mitberechnete. Vgl. FEIERABEND, Ladislav K.: *Ve vládě v exilu*. I.: Na londýnské frontě. Od ustavení vlády v exilu až do napadení Sovětského svazu Hitlerem. Washington, D.C. 1965, 112.

41 FEIERABEND, Ladislav K.: *Ve vládě v exilu*. II.: Východní vítr nad Londýnem. Od zatažení Sovětského svazu do války do jara 1943. Washington, D.C. 1966, 128.

ne dass er seine Beweggründe in einer öffentlichen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht hätte, verliess er am 27. Februar seinen Amtssitz auf der Prager Burg, um sich mit einer symbolischen Geste stummen Protests und Widerstands auf seinen Landsitz in Sezimovo Ústí zurückzuziehen und um nach mehreren Anläufen am 7. Juni 1948 schliesslich ein zweites Mal von seinem Amt als Staatspräsident zurückzutreten.⁴² Nur sieben Monate später starb er in Sezimovo Ústí einsam und verbittert wie in einem von seinen kommunistischen Gegnern hermetisch abriegelten Gefängnis. „Zahynul na počátku rudého protektorátu“, so der Nachruf in der ersten Nummer des von seinen emigrierten Anhängern im Pariser Exil publizierten *Svobodný zítřek*, „jako se zadusil bez svobody v hnědém protektorátě Karel Čapek.“⁴³

Benešs Legalisierung der kommunistischen Machtergreifung sowie zunächst vor allem sein Verweilen im Amt des Staatspräsidenten schockierte und blockierte ganz besonders jene Kräfte, die bereits erste Anstalten trafen, im westlichen Ausland einen „třetí odboj“ zu organisieren. So drohte er mit seinem Verhalten jene Aktivitäten zu paralysieren, die von Juraj Slávik und Ján Papánek sogleich in engem Zusammenwirken mit dem State Department initiiert wurden. Slávik und Papánek, die mit ihrer nur wenige Tage nach dem Putsch erfolgten demonstrativen Amtsniederlegung aus dem Coup d'Etat die äusserste Konsequenz zogen, suchten daher umgehend, den Präsidenten in ihrem Sinne zu beeinflussen. In einem Schreiben, das sie mit Hilfe der Prager US-Botschaft nach Sezimovo Ústí zu übermitteln hofften, „they strongly urged Beneš“, so eine Aufzeichnung des State Department, „to resign in order to cease lending his name as a cloak of respectability to the Communist regime. They believed that this step was essential in the interest of working for the ultimate emergence of the true Czechoslovakia.“⁴⁴

Die Situation, in der sich Beneš befand, war gewiss mehr als prekär. Zum einen brachte er nicht die Kraft auf, sich in konzeptioneller Hinsicht entschieden aus den Fesseln seiner Politik der Kooperation mit der KPTsch und der Sowjetunion zu lösen. Auch nach dem Umsturz plädierte er daher

42 Vgl. SMUTNÝ: *Únorový převrat*, Teil 5, 1-54. – KAPLAN, Karel: *Poslední rok prezidenta: Edvard Beneš v roce 1948*. Brno 1993, 43-93.

43 František Kovárna: „Edvard Beneš“, in: *Svobodný zítřek*, 22.9.1948.

44 Department of State, Llewellyn Thompson, Memorandum of Conversation, Activities of Dr. Slávik and the Situation of Czechoslovak Refugees, Participants: Dr. Juraj Slávik, Former Czechoslovak Ambassador to the United States; L.E. Thompson, Deputy Director for European Affairs; H. C. Vedeler – CE, 23.3.1948. NA: RG 59, 860F.00/3-2348.

um der Bewahrung der Einheit Nation – in dem volksdemokratischen Sinne, wie er sie verstand – und um der Sicherung der nationalen Staatlichkeit willen für eine Fortsetzung der Politik der Nationalen Front unter Einschluss der Kommunisten. Hinzu kam, dass ihm angesichts des rapiden Machtverfalls der ihm nahestehenden Kräfte und des Ausbleibens eines Widerstands sowohl von seiten der Demissionsparteien als auch der Bevölkerung gegen die kommunistische Mobilisierung der „Strasse“ und die „Säuberungen“ des politischen und gesellschaftlichen Lebens die Kompetenz für eigenmächtiges Handeln bereits weitgehend entzogen war. Doch nicht nur in konzeptionell-politischer Hinsicht, sondern in einem sehr handfesten Sinn war auch seine physische Bewegungsfreiheit bereits extrem eingeschränkt. Während, wie noch zu zeigen sein wird, Ministerpräsident und KPTsch-Chef Gottwald im Gegensatz zu den Vertretern der Staatssicherheit die Flucht und Emigration der antikommunistischen Minister und Abgeordneten vergleichsweise gelassen hinnahm, wurden im Fall Beneš sogleich strikte Vorkehrungen getroffen, um ihn am Verlassen des Landes zu hindern. War die KPTsch am Bleiben des Präsidenten im Amt und im Land einerseits interessiert, um ihrer Usurpation der Macht den Anschein der Legitimität zu sichern, so kam andererseits seine Emigration für sie vor allem auch deshalb nicht in Betracht, weil Beneš naturgemäss die potentielle Führungsfigur eines „dritten Widerstands“ und „dritten Exils“ an der Seite des Westens und insofern ein ernstzunehmender und gefährlicher Gegner war.⁴⁵

Beneš seinerseits beeilte sich, gegenüber dem neuen Regime Erklärungen abzugeben, in denen er den Gedanken an eine dritte Emigration, aber auch die Absicht, eine Politik des Widerstands gegen die KPTsch und die UdSSR zu initiieren bzw. anzuführen, weit von sich wies. Am 4. März, als die amerikanische Besatzungsmacht in Deutschland und Österreich bereits Massnahmen für die Aufnahme der ersten Flüchtlingswellen aus der Tschechoslowakei traf, bekundete er gegenüber dem stellvertretenden, der kommunistischen Partei angehörenden Aussenminister Vlado Clementis: „Za první, nikdy nepůjdu proti komunistům. Za druhé, neopustím republiku bez toho, abych se o tom poradil s vládou. Za třetí, nikdy jsem nepomýšlel a nikdy nepřipravoval a nikdy bych se neúčastnil takzvaného třetího odboje, protože by to znamenalo předně jít proti Sovětskému svazu, a já jsem proti Sovětskému svazu nikdy nešel a nepůjdu. A pak by to znamenalo automatické spojení se všemi nepřáteli našeho národa.“⁴⁶ Am 7. März, dem

45 Vgl. dazu KAPLAN: *Poslední rok prezidenta*, 45-53.

46 Záznam V. Clementise o rozhovoru s prezidentem Benešem, 4.3.1948. Zitiert ebenda, 125-127, hier 127.

Geburtstag seines Mentors T. G. Masaryk und zwei Tage bevor dessen Sohn, sein Vertrauter und im Westen höchst populäre Außenminister Jan Masaryk, aus dem Leben schied, vertrat er diese Position auch in einem Gespräch mit Klement Gottwald. Nach seinen eigenen Notizen äusserte er bei dieser Gelegenheit: „Nejdu proti vám. Nepůjdu proti Sovětům. Nepůjdu do vyhnanství účastnit se nějaké akce, tj. nepůjdu proti státu.“⁴⁷ Auch in seinem am 4. Mai 1948 mit Gottwald geführten Gespräch, in dem er seinen Entschluss zum Rücktritt zum Ausdruck brachte, unterstrich Beneš noch einmal seine Absicht, bei aller Gegensätzlichkeit der Auffassungen loyal mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten. „Prezidentu je tento stát tak drahý,“ so die Aufzeichnung von Benešs Kanzleichef Jaromír Smutný, „že nic neudělá, co by jej poškodilo.“⁴⁸ Während in dem von Beneš gebilligten Text Smutnýs das Thema der Emigration nicht expressis verbis angesprochen wird, hielt Gottwald in seiner Niederschrift der Unterredung fest: „Prezident prohlásil, že všechny tyto eventualy uváží, nechce se rozejít ve zlém, chce zůstat v přátelském styku a pomáhat, ač ví, že Gottwald nepotřebuje rozum – bude k dispozici. Ven do zahraničí nepůjde, boj proti komunismu nepovede. Chce hrát fair play, že jsme se k němu také loyálně zachovali. Volbami postaven před nové rozhodnutí.“⁴⁹

Auch wenn Benešs Erklärungen gegenüber den kommunistischen Politikern nicht zuletzt der Beschwichtigung und Camouflage dienten, belegen sowohl seine Äusserungen vor seinen vertrauten Mitarbeitern und innenpolitisch Verbündeten als auch seine verschiedenen den diplomatischen

47 Poznámky prezidenta Beneše o rozhovoru s K. Gottwaldem. *Ebenda*, 128f. – Vgl. auch die Äusserungen Benešs gegenüber Leopold Chmel, dem Direktor der Nationalbank, denen zufolge er sich gleichfalls entschieden gegen eine Emigration aussprach. Nach Chmel distanzierte sich der Präsident in der am 9. April 1948 geführten Unterredung sowohl von der Politik der Amerikaner, die Deutschen als neues „Kanonenfutter“ für ihre imperialistischen Zwecke zu gebrauchen, als auch von jenen Tschechen, „kteří opustili republiku, se vyřazují z národního členství a vlastně řadí se do řad Němců, kteří touží po odvetě“. Záznam generálního ředitele Národní banky Leopolda Chmely o rozhovoru s prezidentem Benešem, 9.4.1948. *Ebenda*, 130-133.

48 Záznam o návštěvě pana předsedy vlády K. Gottwalda u pana prezidenta republiky v Sezimově Ústí dne 4.5.1948 v 16 hodin, 4.5.1948. *Ebenda*, 135-143, hier 138. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äusserte Beneš nach der Aufzeichnung Smutnýs ausserdem: „Když odcházím, tak odchází celý můj život. Co bude dál, já nevím. A chci, abyste byl přesvědčen, že u mne žádných plánů proti státu nebylo, není a nebude. Opakují to znovu, říkám to vám a vaší partaji.“ *Ebenda*, 141.

49 Záznam o schůzi předsednictva ÚV KSČ. Zpráva soudr. Gottwalda o návštěvě u prezidenta Beneše v Sezimově Ústí, 4.5.1948. *Ebenda*, 144-146, hier 145f.

Vertretern der Westmächte ventilierten Ansichten, dass er in der Tat unter den gegebenen Umständen im Lande zu bleiben gewillt war und keinerlei gezielte Vorbereitungen für ein drittes Exil traf. In Anbetracht der bislang bekannten, durchweg recht schillernden Aussagen ist allerdings sehr schwer zu entscheiden, welche Motive es in erster Linie waren, die sein Verhalten bestimmten: ob er eine Emigration nicht anstrebte, weil er nicht die Entschlusskraft aufbrachte, sich kompromisslos aus dem verhängnisvollen Bündnis mit der KPTsch und der UdSSR zu lösen; oder ob er für seine Person hoffte, im Falle einer Amtsniederlegung als Führungsfigur des anti-kommunistischen Lagers im Lande auszuharren und die innen- und aussenpolitische Entwicklung bis zu einem absehbaren Machtverlust der KPTsch abzuwarten – oder ob er aus der Not der faktischen Undurchführbarkeit einer Ausreise bzw. Flucht eine Tugend machte und sich gezwungenermassen auf die innere Emigration als seine Form des Widerstands einrichtete.⁵⁰ Dazu kam noch eine psychische Barriere, die für den Präsidenten nicht ohne weiteres zu überwinden war und sein Handeln bzw. Nichthandeln mitbestimmte. Eine Emigration, daran bestand kein Zweifel, konnte in seinem Fall nur gleichbedeutend sein mit einer geradezu abenteuerlichen Flucht. Und eine Emigration – gesetzt den Fall, die Regierung hätte eine solche überhaupt zugelassen –, erst recht aber eine Flucht aus dem Staat, den er als die Krönung seines Lebenswerkes betrachtete, wäre nach der demütigenden Niederlage in der Februarkrise einem weiteren sichtbaren Eingeständnis des Scheiterns seiner Politik gleichgekommen. Wie er auch im Innersten über eine Emigration bzw. Flucht denken mochte und was immer seine eigentlichen Beweggründe waren, seine diversen Äusserungen hinterlassen bei aller jeweils scheinbaren Eindeutigkeit einzelner Aussagen insgesamt besehen den Eindruck der Zwiespältigkeit.⁵¹

50 Benešs Entschluss, im Lande auszuharren, hat neuerdings Alexandr Ort nicht nur verständnisvoll mit dem Hinweis kommentiert, dass er in einem dritten Exil nicht gegen sein eigenes Volk kämpfen wollte, sondern dass er auf diese Weise als Demokrat auch das Wahlergebnis von 1946 respektierte. Wie Ort, der nachdrücklich auf den sich verschlechternden Gesundheitszustand des Präsidenten verweist, ausserdem feststellt, „a ani po únoru 1948 se mu nedostalo dostatečně přesvědčivého důkazu, že opravdu většina lidu si Gottwaldovu vládu nepřeje tak rozhodně, že by byla ochotna podporovat nový odboj“. ORT, Alexandr: *Edvard Beneš: Diplomát a politik*. Praha 1994, 76f.

51 Der Umstand, dass einer Reihe führender Regimegegner, insbesondere der Beneš nahestehenden Tschechoslowakischen Nationalen Sozialisten, die Flucht und Emigration in das westliche Ausland gelang, gab zu Spekulationen Anlass. Am 25. Sep-

Unmittelbar nach Jan Masaryks Tod liess Beneš über seinen Bruder Vojta den bekannten und vergleichsweise unverdächtigen Literaturkritiker und führenden Vertreter des Widerstands während der Herrschaft des NS-Regimes Václav Černý zu sich nach Sezimovo Ústí bitten, um ihm seine Position nach dem Umsturz zu erläutern und auf diesem Wege einem gezielten Personenkreis mitzuteilen. Vojta Beneš hatte Černý zuvor ein hektographiertes Flugblatt gezeigt, das auch den Präsidenten auf dem Postwege erreicht und zutiefst verletzt hatte. Darin war er von einem „anonymen Patrioten“ aufgefordert worden, in das Ausland zu gehen und sich aller Tätigkeit zu enthalten; ausserdem war er mit Emil Hácha, seinem unglücklichen Nachfolger und Vorgänger im Amt des Staatspräsidenten, verglichen worden.⁵² Černý hatte sich vorgenommen, bei Beneš die Frage einer Emigration bzw. Flucht anzusprechen. Die Gesprächssituation liess es jedoch nicht zuletzt wegen seiner gesundheitlichen und psychischen Verfassung nicht zu, das Thema direkt zur Sprache zu bringen. Stattdessen wählte der vorsichtige Besucher den indirekten Weg und fragte den Präsidenten, ob er die Fluchtbewegung billige, die bereits in den ersten Tagen nach der kommunistischen Machtübernahme eingesetzt hatte. „Je na ně brzo“, so gibt Černý in seinen Erinnerungen Benešs Antwort wieder, „v tuto chvíli nezbude uprchlíkům než dát se do služeb Američanů a pouze plnit jejich přání, samostatná akce k národnímu prospěchu je nemyslitelná.“⁵³

tember 1948 veröffentlichte der amerikanische Publizist Robert Ingrim in der Schweizer, in Luzern erscheinenden Tageszeitung *Vaterland* unter dem Titel „Ein tschechischer Geheimpakt?“ einen Artikel, der in der Beneš und seinen Anhängern kritisch gesinnten tschechischen und slowakischen Exilpresse alsbald ein Echo fand. Unter Berufung auf ungenannte Informanten/Quellen meinte Ingrim Grund zu der Annahme zu haben, dass Beneš mit seinem Nachfolger Gottwald vor dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten Antonín Zápotocký eine geheime, fünf Punkte umfassende Vereinbarung getroffen habe: „1. Válka mezi Amerikou a Sovětským svazem je nevyhnutelná; 2. výsledek války je však nejistý; 3. na konci války musí být Češi na správné straně; 4. musí být tedy již napřed na obou stranách; 5. komunisté umožní odchod vedoucích národněsocialistických civilistů a generálů; 6. za to se národní socialisté zavazují, v případě svého návratu, jako vítězi šetřit vedoucích komunistů.“ Hier zitiert nach -ty.: „Česká tajná dohoda?“, in: *Zprávy české národní skupiny v západním Německu*, Nr. 5-6 (23.3.1949), 13-14. – Vgl. dazu auch Ján Vlkolinský: „Odišli českí emigranti so súhlasom komunistickej vlády?“, in: *Jednota*. Katolícky Týždenník, 23.2.1949. – Vgl. dazu unten Anmerkung 130.

52 ČERNÝ: *Paměti 1945–1972*, 184.

53 *Ebenda*, 188f.

Die amerikanische und britische Diplomatie unternahm in der Tat schon in den entscheidenden Tagen der Februarkrise konkrete Sondierungen, um herauszufinden, ob ihr Verbündeter aus zwei Weltkriegen angesichts des kommunistischen „Coup d'Etat“ an ein drittes Exil dachte. Ein erstes Gerücht, Beneš wolle sich in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands begeben, hatte das State Department in Washington bereits am 25. Februar erreicht.⁵⁴ Am Tag nach der kommunistischen Machtübernahme kablete Aussenminister Marshall an die amerikanische Botschaft in Prag: „Appreciate any info you may be able to ascertain re pressures and restrictions on Beneš and your recommendation how this general subject should be treated over Voice of America.“⁵⁵ Da ein direkter Kontakt der westlichen Botschaften mit dem Präsidenten unter den neuen Verhältnissen nicht mehr realisierbar war, konnten Informationen gerade auch in der heiklen Frage einer Emigration bzw. Flucht nur über seine nächsten Mitarbeiter in Erfahrung gebracht werden. Bereits am 26. Februar stellte der amerikanische Botschafter dem Staatssekretär im Aussenministerium Arnošt Heidrich die Frage, ob die Kommunisten eine Ausreise Benešs ins Ausland zulassen würden, und erhielt eine abschlägige Antwort.⁵⁶ Nach dem Selbstmordversuch des Justizministers Prokop Drtina, einer der engsten Vertrauten Benešs und führender Vertreter der Tschechoslowakischen Nationalen Sozialisten, liess Steinhardt dem State Department unter Verweis auf eine verlässliche, aber ungenannte Quelle die Mitteilung zukommen: „I have learnt that the President is delaying his resignation ending his decision as to whether he should remain in the country or seek to leave.“⁵⁷

Der britische Botschafter Sir Pierson Dixon, der soeben erst sein Amt in Prag angetreten hatte, gab dem Foreign Office drei Tage nach der Bildung der neuen Regierung Gottwald eine Meldung durch, in der die Vermutung geäussert wurde, Beneš habe sich in Anbetracht seiner faktischen Entmachtung durch die KPTsch nun doch für ein neues Exil entschieden, auch wenn er für die Durchführung dieser Absicht unter den gegebenen Umständen

54 In einem Telegramm der US-Botschaft aus Bern vom 25.2.1948 hiess es: „Generally well-informed though unchecked source reports Czechoslovak crisis will come to head within next 24 hours. Beneš reportedly making plans to leave Czechoslovakia for US zone of Germany.“ Vincent an Secretary of State No. 208, 25.2.1948. NA: RG 59, 860F.00/2-2548.

55 Marshall, Department of State, an US Embassy Praha No. 179, 26.2.1948. NA: RG 59, 860F.002/2-2548.

56 Steinhardt an Secretary of State No. 217, 26.2.1948. NA: RG 59, 860F.001/2-2648.

57 Steinhardt an Secretary of State No. 243, 28.2.1948. NA: RG 59, 860F.00/2-2848.

keine Möglichkeit sehe. Ohne seine Informationsquelle anzugeben, schrieb Dixon über Benešs Intentionen : „He is believed to be anxious to leave the country after his resignation but sees no means of being able to do so.“⁵⁸

In einem wenige Tage später geführten Gespräch liess Benešs Kanzleichef Jaromír Smutný den amerikanischen Botschafter Steinhardt wissen, dass der Staatspräsident sich zwar noch nicht entschieden habe, ob er von seinem Amte zurücktreten solle oder nicht, dass er aber vorerst nicht an ein weiteres Exil denke. Demnach hatte Beneš vielmehr vor, im Lande zu bleiben, wo er den Lauf der Dinge besser beeinflussen zu können meinte und wo er ausserdem, auf den Widerstandsgeist der Bevölkerung setzend, hoffte, der „focal point of resistance by communist domination“ zu sein. Bei der Unterredung wies Smutný den amerikanischen Botschafter auch auf die Schwierigkeit und das Risiko einer Flucht hin, die nur heimlich erfolgen könnte. Zugleich brachte er die Befürchtungen Benešs zum Ausdruck, dass ihm für den Fall eines kämpferischen Ausharrens im Lande grosse Gefahr drohe. „He said“, so Steinhardt, „the President was well aware of a plan of the Communists, if he remains in the country, to throw him out of his office, then link him with west and put him on trial as a traitor. He said these plans had begun carefully formulated by Communists and that President was aware of the details.“⁵⁹

Kurz vor dem Tode Jan Masaryks wurde Botschafter Steinhardt, wie aus seinem Telegramm vom 10. März hervorgeht, vom Militäradjutanten des Präsidenten die Nachricht zugetragen, „that yesterday Beneš planned to return to Praha in about ten days and to resign but had not yet decided whether he would thereafter return to his place in the country or seek to leave Czechoslovakia.“⁶⁰

Ende März 1948 hatte sich der Staatspräsident in seinem freiwillig-unfreiwilligen inneren Exil in Sezimovo Ústí gegenüber einer Vertrauensperson der britischen Diplomatie in einer Weise geäussert, die erkennen lässt, in welchen Lähmungszustand ihn das Auseinanderbrechen der im Zweiten Weltkrieg geschmiedeten Allianz von West und Ost versetzte. Botschafter Dixon war es gelungen, unter dem Vorwand eines Abschiedsbesuchs scheinbar rein privaten Charakters für Lady Nichols, die Frau seines Amtsvor-

58 Dixon, Tel. No. 168, From Prague to Foreign Office. PRO: FO 371/71285.

59 Steinhardt an Secretary of State, 4.3.1948. NA: RG 59, 860F.00/3-448. – Vgl. hierzu auch ULLMANN: *The United States in Prague*, 159f.

60 Steinhardt an Secretary of State No. 343, 10.3.1948. NA: RG 59, 860 F.00/Beneš/3-1048.

gängers Sir Philip Nichols, ein Sondierungsgespräch mit dem Präsidenten zu vermitteln.⁶¹ Von Botschafter Dixon mit Fragen präpariert, sprach Lady Nichols in der Unterredung am 25. März auch das Thema einer möglichen Emigration bzw. Flucht an. „The only time“, so ihr umgehend an das Foreign Office weitergeleiteter Bericht, „the President got excited was at enquiry as to whether he might one day have to leave. He shouted ‘I will never, never leave the country’. Reason: because if there is a war a President must be with his people ‘if the Russians come here I must be here. If the Americans come I must be here. I cannot leave’. Madame Beneš here drew my attention and signalled to me not to believe this and I reminded the President that he had said he would only remain as President so long as Gottwald kept his agreement. If therefore there was no war but if Gottwald broke his agreement would he, when he resigned, be prepared to leave? I understood that he would.“⁶²

Alle diese Informationen über Benešs Absichten sind allerdings schon deshalb nur mit Vorbehalt zu interpretieren, weil sie aus zweiter Hand übermittelt wurden und wohl entsprechend gefärbt bzw. gefiltert sind. So sehr die Aussagen auch schwanken, was seinen Grund nicht zuletzt wohl in Benešs eigenen schillernden Äusserungen hatte, so ist aus diesen doch eine allmähliche Verschiebung der Akzente abzulesen. Nach der offensichtlichen innen- und aussenpolitischen Stabilisierung des neuen Regimes begann in

61 Wie aus Dixons als Top Secret klassifiziertem Telegramm vom 26.3.1948 an das Foreign Office zu ersehen ist, betrachtete Beneš sein Refugium in Sezimovo Ústí anscheinend auch als eine Art neutrales Asyl bzw. Exil zwischen Westen und Osten, das ihm freie Hand lassen sollte, seine Selbstisolierung de facto jedoch nur noch verstärkte. Unter Punkt 8 berichtete Dixon: „Lady Nichols tells me that the President was evidently disinclined to receive me, giving as his reason that if he did so he would have to receive the Slav bloc representatives in overwhelming numbers.“ Dixon, Tel. No. 361, From Prague to Foreign Office, 26.3.1948. PRO: FO 371/71287.

62 *Ebenda*. Nicht ohne Interesse ist auch die Antwort des Präsidenten auf Lady Nichols' abschliessende Frage: „I asked him if external developments short of war could help this country and he said very emphatically that only strong economic pressure which is beginning to have its effect. He repeated that his great hope was economic war because Russia could never supply their needs and he was absolutely certain that the working man in Czechoslovakia, whether communist or not, would never submit to the standard of living existing in Russia. His great hope, therefore, and Gottwald's fear, is the strength of economic pressure.“ – Zu der Unterredung von Lady Nichols mit Präsident Beneš vgl. auch BRUEGEL, Johann W.: Dr. Beneš on His Position after February 1948. In: *East Central Europe*, 8 (1981), 103-105.

seinen Überlegungen zumindest unterschwellig die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit einer Flucht offenbar eine grössere Rolle zu spielen, als dies anfangs der Fall war. Sich auf eine ungenannte, verlässliche Vertrauensperson berufend, liess der amerikanische Botschafter am 19. April das State Department wissen: „He has informed me (A) that after saying it would be extremely difficult for him to ‘escape’ from the country, Beneš states he had no desire to leave the country at this time even if a method of escape could be devised; (B) Beneš has no intention of resigning ‘for the present’; (C) Beneš believes Communists in Cz[echoslova]kia are moving ‘much too fast’ and that people of Czechoslovakia cannot be held ‘in bondage’ for more than two years at most.“⁶³

Als Beneš sich schliesslich zur Amtsniederlegung durchgerungen hatte, bestätigte sein Kanzleichef Smutný Botschafter Steinhardt Mitte Mai 1948 noch einmal, dass der Präsident nicht daran denke, das Land zu verlassen. Als entscheidenden Grund führte Smutný nunmehr jedoch allein die strikt ablehnende Haltung der Regierung Gottwald gegen eine Ausreise an: „President does not contemplate leaving country after resigning as he doubts government would give its consent to make an issue thereof or seek to depart clandestinely. However, in event of war Beneš would seek to leave country immediately.“⁶⁴ Letztere Aussage belegt freilich allenfalls den fortgeschrittenen Realitätsverlust eines Mannes, dessen Gesundheitszustand, wie Smutný auch Steinhardt erstmals eingestand, äusserst kritisch war.

Ob von amerikanischer Seite Pläne für Benešs Flucht und Emigration ausgearbeitet wurden, geht aus den vorliegenden Quellen nicht hervor. Ein Gespräch mit Botschafter Steinhardt, in dem das Thema hätte angesprochen werden können, kam bis zu Benešs Tod am 3. September 1948 nicht mehr zustande.⁶⁵ Dass er seine innere Emigration in Sezimovo Ústí in der Tat als eine Gefangenschaft empfunden und erlitten hatte, brachte Hana Benešová, die Witwe des Präsidenten, gegenüber dem amerikanischen Botschafter nach dem Staatsbegräbnis für ihren Mann in aller Offenheit zum Ausdruck: „In conversation with Mrs. Beneš yesterday,“ so der Bericht Steinhardts vom

63 Steinhardt an Secretary of State No. 617, 19.4.1948. NA: RG 59, 860F.001/Beneš/4-1948.

64 Steinhardt an Secretary of State No. 764, 13.5.1948. *Ebenda*, 5-1348.

65 Die Überbringung der Glückwünsche zu seinem 64. Geburtstag am 27. Mai war offenbar die einzige Gelegenheit, die dem amerikanischen und auch französischen Botschafter nach dem Umsturz Ende Mai bzw. Anfang Juni eine Begegnung mit dem Präsidenten in Sezimovo Ústí erlaubte. Vgl. SMUTNÝ: *Únorový převrat*, V, 47. – KAPLAN: *Poslední rok prezidenta*, 43f.

15. September, „she told me she was most desirous of leaving Czechoslovakia as soon as possible but would not do so unless Vojta Beneš and his wife, her husband’s two nieces, the husband of one of them and Ambassador and Mrs. Smutný and their two sons were able to accompany her. She also told me that she and Dr. Beneš had passed the last six months in terror of being sent to Soviet Union to spend rest of their lives in concentration camp and made it unmistakably clear that her husband had died with great bitterness in his heart against Soviet Union, its leaders and all of its works.“⁶⁶

Mit seinem Rückzug in die innere Emigration von Sezimovo Ústí und der damit verbundenen Selbstisolierung arbeitete Beneš, was insbesondere die Kontakte zu seinen in den Westen geflohenen Anhängern betraf, der KPTsch ebenso fatal in die Hände, wie dies zuvor die mit ihm verbündeten Parteien mit ihrem missratenen Demissionsgesuch getan hatten. Er hätte es seinen kommunistischen Gegenspielern kaum leichter machen können, alle für ihn relevanten Verbindungslinien und Entscheidungsstränge sowohl zu den schwachen und zerstreuten Kräften des Widerstands als vor allem auch zum Exil zu kontrollieren bzw. einzuschränken, wenn nicht fast ganz zu kappen. So unüberwindlich die Mauer auch schien, die Beneš von seiner Gefolgschaft in der Heimat und in der Emigration trennte, es gelang ihm dennoch, wie im Zusammenhang der politischen Formierung des dritten Exils an anderer Stelle noch näher darzustellen sein wird, auf Umwegen einzelne Nachrichten und „Botschaften“ in das westliche Ausland gelangen zu lassen.

Nach der späteren Aussage seines einstigen Privatsekretärs Eduard Táborský, eines der Hauptadressaten seiner Informationen, hatte sich Beneš schliesslich doch noch von der Notwendigkeit eines nochmaligen Exils überzeugt.⁶⁷ In einem Memorandum, das er am 14. September 1948, also wenige Tage nach Benešs Tod, verfasste und das von der britischen Botschaft in Stockholm an das Foreign Office übermittelt wurde, hat Táborský, der nach dem Krieg als tschechoslowakischer Gesandter in Schweden akkreditiert war,⁶⁸ Benešs Motive für ein Verbleiben im Lande sowie für seine späteren Fluchtabsichten im einzelnen zu begründen versucht. Darauf verwei-

66 Steinhardt an Secretary of State Tel. No. 140, 15.9.1948. NA: RG 59, 860F.001/Beneš/9-1548.

67 TABORSKY, Edward: *President Edvard Beneš: Between East and West 1938–1948*. Stanford/California 1981, 239-244.

68 Wie eine Reihe anderer antikommunistisch gesinnter tschechoslowakischer Diplomaten trat Táborský im Juni von seinem Posten zurück, als Beneš sein Präsidentenamt abgab.

send, dass dieser sich in seiner Funktion als Staatspräsident hätte weigern können, die neue Regierung Gottwald in das Amt einzusetzen, führte Táborský aus: „[...] and he could instead have fled abroad and accused the communists and the Russians before the United Nations. He did not do that because he felt it would be like deserting his own people in the hour of their supreme trial. Besides he was so ill and so depressed that he had no such thought. And he was of the opinion that this time the situation was quite different from that which he was confronted with in 1939. This time, he said, it is not the question of being liberated from a foreign oppressor, but from a foreign corruptive ideology. And he thought at first that he ought to stay home and try to influence the development from inside. He changed this opinion only later on, and finally agreed to my insistent exhortations to attempt to leave the country. He decided to pretend he was more ill than he actually was and thereby *try to obtain permission to take the cure in Switzerland*. Alas, before that plan could be even attempted, he suddenly collapsed and died.“⁶⁹ Trotz der Isolierung durch die Kommunisten und trotz seines schlechten gesundheitlichen Zustands habe Beneš, so Táborský, die Aktivitäten des im Westen sich formierenden tschechoslowakischen Exils nicht nur aus der Ferne passiv verfolgt, sondern vorgehabt, sich diesem in der Tat selbst mit einer neuerlichen Emigration anzuschliessen. Der Bericht Táborskýs über das Gebahren des auf seinem Landsitz faktisch gefangengehaltenen Beneš und dessen Absicht, schliesslich doch in ein drittes Exil zu fliehen, entbehrt nicht der Skurrilität und eines makabren Anstrichs im Hinblick auf seine beiden vorangegangenen politischen Exile im Ersten und im Zweiten Weltkrieg.⁷⁰

69 Memorandum by Dr. Táborský, former Czech Minister to Sweden, and former Private Secretary to Dr. Beneš, on Dr. Beneš and his attitude to February events in Czechoslovakia. PRO: FO 371/71294 (Hervorhebungen im Original).

70 So teilt Táborský in seinem Memorandum vom 14.9.1948 des weiteren mit: „Despite his illness Dr. Beneš was much interested not only in foreign news, but also in the work of the Czechoslovak political refugees abroad. He listened regularly to Czechoslovak broadcasts from London, Paris and New York. When he was listening in his study on the first floor, the Czech broadcast from Praha was turned on at top voice, so that the guards, who at night were standing near the house itself, could not overhear that Dr. Beneš was listening to ‘treacherous propaganda’ from abroad. In the first months after the February crisis his morale depression was very great and he even doubted whether there is any use of an action abroad. Then, however, he changed his attitude completely, and when he decided finally to leave the country, if he could manage it, he made that decision with the idea to help in the movement of liberation abroad.“ Vgl. auch den Bericht der schwedischen, mit dem tsche-

Die in dem Memorandum enthaltene Schilderung der Emigrationsabsichten Benešs und seines Verhaltens in den Tagen des Umsturzes und in den Wochen und Monaten danach trug unverkennbar apologetische Züge. Táborský zielte ganz offenkundig darauf ab, sowohl die Politik des tschechoslowakischen Staatspräsidenten vor den Westmächten zu rechtfertigen als auch in dessen Namen und Geiste ein drittes politisches Exil etablieren zu helfen, das – so das Fazit der Denkschrift – zu führen nach Benešs Willen neben dem bekannten Journalisten Ferdinand Peroutka er selbst als enger Vertrauter des Präsidenten berufen war.⁷¹

Wie immer auch Benešs Äusserungen zu seinen Absichten hinsichtlich einer Nicht-Emigration oder einer neuerlichen, d.h. dritten Emigration zu bewerten sein mögen, es ist jedenfalls aufschlussreich, dass er in dem Gespräch mit Lady Nichols Ende März ausserdem andeutete, dass auch Jan Masaryk vorhatte, zu einem günstigen Zeitpunkt in das Exil zu fliehen.⁷² Der spektakuläre und mysteriöse Tod von Aussenminister Masaryk ist bis heute – auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus – noch nicht abschliessend geklärt. Die Frage, ob er, neben dem Präsidenten die wichtigste Symbolfigur des antikommunistischen Lagers, wirklich beabsichtigte, zum zweiten Mal in die Emigration zu gehen – der „Auslandsaktion“ (zahraniční akce) seines Vaters und Benešs im Ersten Weltkrieg hatte er sich bekanntlich nicht angeschlossen –, ist bislang ebenso heftig umstritten, wie der Verdacht bisher nicht erwiesen ist, dass er, um seine Flucht zu verhindern, einem kommunistischen Mordkomplott zum Opfer fiel. Bis heute scheint nicht einmal die Frage eindeutig beantwortet, ob tatsächlich ein

chischen Maler Jan Brázda verheirateten Schriftstellerin A. Posse-Brázdová, die Eduard Beneš und seiner Frau Hana eng verbunden war und über die Táborský nach dem Umsturz von den Ansichten des Präsidenten informiert wurde: POSSE, Amelie: *När järnridan föll över Prag*. Stockholm 1968, 117ff. und 158ff.; ferner neuerdings POSSE-BRÁZDOVÁ, Amelie: *Tajné dopisy z Prahy 1948*. Praha 1994, 15ff., 30-39 und 48.

71 Vgl. hierzu auch das vom 19. und 20.8.1948 datierte Schreiben Amelie Posse-Brázdová an Eduard Táborský sowie ihren am 28.11.1948 an Petr Zenkl gerichteten Brief. *Ebenda*, 31-40 und 74-76.

72 „Jan Masaryk“, so Beneš nach Lady Nichols, „told him he intended to remain in the Government for a short time only and meant to escape later. Madame Beneš wept all the time, talking of Jan and described how he was in despair with remorse after what he had said and kept repeating: ‘Can you and the British still trust me’. His last days were sheer desparation. He was possibly also frightened because they discovered his banking account abroad. She thinks he may have left letters but there were only police at Czernin Palace to see.“ PRO: FO 371/71287.

Flugzeug bereitstand, um den Aussenminister heimlich in ein zweites politisches Exil ausser Landes zu bringen, ein Sachverhalt, dessen Aufklärung der amerikanische Publizist John Gunther schon 1949 als ein entscheidendes Kriterium für eine Urteilsbildung über das gewaltsame Ende Jan Masaryks anmahnte.⁷³

Es war nicht zuletzt der tschechoslowakische Aussenminister selbst, der mit seinem Verhalten in den Tagen der Februarkrise, so mit seiner Teilnahme an dem von der KPTsch ausgerufenen einstündigen Generalstreik,⁷⁴ nicht wenig zur Verwirrung gerade seiner Freunde und Anhänger beigetragen hat. Seine in Anwesenheit von Verteidigungsminister Ludvík Svoboda und Generalstabschef Bohumil Boček am 5. März 1948 vor Offizieren des Verteidigungsministeriums abgegebene, letztlich wohl auf Verschleierung seiner wahren Meinung und auf Zeitgewinn bedachte Erklärung lautete nach der Wiedergabe des sozialdemokratischen *Právo lidu*: „O událostech posledních dnů prohlásil ministr Masaryk, že jsme udělali nekrvavou revoluci, a připomněl v této souvislosti převrat v jiných zemích. Vstupujeme do nové fáze naší historie, pravil. Mé credo v této dramatické době bylo jasné. Když se přiostrčila situace, neuvažoval jsem ani minutu, kde je moje místo. Je s lidem, s Čechy a Slováky, které miluji. Slyším-li hovořit o lidech, kteří začínali odboj, píchne mne u srdce. Odboj proti Hitlerovi ano – ale odboj proti vlastní krvi, vlastním bratřím a republice nikdy. Jsem přesvědčen, prohlásil ministr, že se války nedočkám. Je to moje přání a má modlitba. Počítejte se mnou, jsem jedním z vás.“⁷⁵

Noch grössere Rätsel gab Jan Masaryk mit seinem ebensooft zitierten wie in Frage gestellten Interview auf, das er nach der kommunistischen Machtübernahme der französischen Zeitung *L'Ordre* gewährte.⁷⁶ Ob er dies aus Überzeugung, unter dem Druck der Verhältnisse, aus schierer Verwirrung und Ratlosigkeit oder zu Zwecken der Tarnung tat, jedenfalls trug er mit seinem Kommentar zur gemeinsamen Erklärung der USA, Grossbritanniens und Frankreichs vom 26. Februar und mit seinem dort bekundeten

73 GUNTHER: *Behind the Curtain*, 224.

74 Vgl. SMITH: *The State of Europe*, 334f. und ULLMANN: *The United States in Prague*, 162.

75 „Min. Dr. h.c. Masaryk k důstojníkům – Jsme v nové fázi historie“, in: *Právo lidu*, 6.3.1948.

76 „Une interview exclusive de M. Jan Masaryk – ‘La Tchecoslovaquie est et reste un Etat démocratique et qui veut une paix durable’ – ‘Nous ne voulons pas que l'Europe soit divisée en deux camps’ (De notre correspondant particulier Prague)“, in: *L'Ordre*, 29.2.1948.

Bestehen auf einer weiteren Zusammenarbeit mit der KPTsch beträchtlich dazu bei, unter seinen Verehrern und Freunden im Westen Unverständnis und Befremden, wenn nicht gar Entsetzen hervorzurufen.⁷⁷ Gegenüber dem Korrespondenten des französischen Blatts machte er nicht nur die Demissionsparteien für die Krise verantwortlich, sondern betonte ausdrücklich auch den verfassungsgemässen und demokratischen Charakter der neuen Regierung. „Není těžké vydávati prohlášení,“ hielt Masaryk seinen Kritikern ausserdem vor, „která odsuzují politiku našeho suverenního státu. Je skutečně velmi lehké, vztekati se na to, co se děje u souseda. Čechoslováci jsou hluboce demokratičtí a takovými i zůstanou. Rozhodující jsou změny v našem chápání demokracie. Československo se zatím vždy pokusilo své vnitřní problémy vyřešiti, udělalo tak dnes a bude i vždy v budoucnosti dělat. Byl jsem vždycky na straně lidu a na jeho straně také zůstanu [...] Byli u nás lidé, kteří myslili, že budou moci vládnouti bez komunistů nebo proti nim. Takový názor jsem vždycky vášnivě potíral. Krise byla vyprokována demisí tří stran Národní fronty.“⁷⁸

Dass die KPTsch die negativen Reaktionen des Westens auf das Verhalten des tschechoslowakischen Aussenministers in der Februarkrise nur zu gern zum Anlass nahm, diese als einen der Hauptgründe für dessen Verzweiflung und Selbstmord ins Feld zu führen, war naheliegend.⁷⁹ Bei der Beurteilung der Frage, ob Jan Masaryk zu emigrieren bzw. zu fliehen vorhatte oder nicht, ist es jedoch besonders irritierend, dass sich in dieser Hinsicht die Bekundungen gerade jener Personen eklatant widersprechen, die ihm freundschaftlich verbunden waren oder die ihm aus beruflichen bzw. politischen Gründen nahestanden. Aussagen stehen gegen Aussagen, Vermutungen gegen Vermutungen.

77 Zur Beurteilung der von Aussenminister Jan Masaryk, Präsident Beneš und ihren Anhängern in der Februarkrise verfolgten Politik durch den amerikanischen Botschafter Steinhardt und durch das Department of State siehe das kritische Resümee bei ULLMANN: *The United States in Prague*, 158-171.

78 Hier zitiert nach der Rechtfertigungsschrift Bohumil Laušmans, der sich als Vorsitzender der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei ebenso wie Jan Masaryk der Aufforderung zur Demission nicht anschloss, in der neuen Regierung Gottwald kurzzeitig als stellvertretender Ministerpräsident figurierte, 1949 nach Westdeutschland floh, 1953 aus Österreich in die ČSR entführt wurde und 1963 unter ungeklärten Umständen im Gefängnis starb. Laušman war überzeugt, dass Jan Masaryk in seinem Interview mit *L'Ordre* seine wahren Absichten zu verbergen suchte. LAUŠMAN, Bohumil: *Kdo byl vinen?* Wien 1953, 217f.

79 Vgl. hierzu die Reminiszenzen von KOPECKÝ, Václav: *ČSR a KSČ: Pamětní výpisy k historii Československé republiky a k boji KSČ za socialistické Československo*. Praha 1960, 431-438.

Die mit Masaryk befreundete amerikanische Schriftstellerin Marcia Davenport, die sich in der entscheidenden Phase des Machtkampfs in Prag aufhielt und das Land auf seine Bitte hin am 7. März, dem Geburtstag seines Vaters, verliess, hat in ihren 1967 erschienenen Erinnerungen die ihr zugänglichen, überaus widersprüchlichen Zeugenausagen miteinander konfrontiert und einfühlsam zu interpretieren versucht.⁸⁰ Zu diesem Verfahren vergleichenden Abwägens der divergierenden Aussagen sahen sich mangels eindeutiger Belege und Beweise letztlich alle Autoren mehr oder weniger gezwungen, die sich der historiographischen Aufarbeitung des kontroversen Themas annahmen.⁸¹

So ungeklärt die Umstände seines Todes sind, so stimmen doch alle bislang bekannt gewordenen Berichte und Dokumente sowie alle Darstellungen zumindest darin überein, dass Masaryk bis zum Umsturz vom 25. Februar offenbar keine konkreten Absichten und Pläne hatte, die Tschechoslowakei zu verlassen. Anders verhält es sich hingegen mit den Aussagen, die seine Absichtserklärungen unmittelbar nach dem quasilegalen Staatsstreich des 25. Februar betreffen. Ján Papánek, der tschechoslowakische Vertreter bei den Vereinten Nationen, wies gleich nach Bekanntwerden der Todesnachricht die Annahme eines Selbstmords entschieden zurück. Am 22. März gab er im Zusammenhang seiner gegen den kommunistischen

80 DAVENPORT, Marcia: *Too Strong for Fantasy*. New York 1967, 312-441; deutsche Ausgabe: *Stärker als Phantasie*: Ein halbes Jahrhundert Literatur, Musik und Politik zwischen New York, Berlin und Prag. München 1969, 223-363. Vgl. dazu auch dies.: *Jan Masaryk: Poslední portrét*. Praha 1991.

81 An zusammenfassenden Darstellungen seien hier ausser der bereits erwähnten, 1951 und 1956 publizierten Erinnerungsschrift *Jan Masaryk – A Personal Memoir* von Robert Bruce LOCKHART auch dessen gleichfalls schon genannte Memoiren *Mich rief Europa – Begegnungen auf dem Kontinent* aufgeführt, sowie vor allem das aufsehenerregende Buch, das die amerikanische Publizistin Claire STERLING nach dem abrupten Ende des Prager Frühlings im Jahre 1969 unter dem Titel *The Masaryk Case* in New York veröffentlichte; eine tschechische Übersetzung erschien 1991 in Prag unter dem Titel *Případ Masaryk*. – Der Philosoph Ivan Sviták, der in der Causa Jan Masaryk engagiert gegen das kommunistische Regime aufgetreten war, analysierte nach seiner Emigration in den Westen das Schicksal des tschechoslowakischen Aussenministers in einer die grossen politischen wie ideologischen Zusammenhänge einbeziehenden Untersuchung. SVITÁK, Ivan: *Veliký Skluz*. München 1984 und Praha 1990 (dort im selben Jahr auch in einer englische Ausgabe: *The Unbearable Burden of History: The Sovietization of Czechoslovakia*. Bd. 1: From Munich to Yalta). – An neueren Studien zu diesem Thema sei ausserdem verwiesen auf KETTNER, P. – JEDLIČKA, I. M.: *Proč zemřel Jan Masaryk?* Praha 1990. – KOTYK: *Jan Masaryk*. – CRANE: *Czechoslovakia*, 320-332.

Coup d'Etat gerichteten diplomatischen Aktion vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Erklärung ab: „For myself, I cannot accept the official explanation of his death as suicide. I know that he planned to leave Czechoslovakia and begin to work all over again for a free Czechoslovakia.“⁸² Es war dies eine Version, die Papánek zwar nicht belegte bzw. nicht mit entsprechenden Dokumenten beweisen konnte,⁸³ die er aber auch später vertrat und mit der er die Auffassung eines grossen Teils der tschechoslowakischen Emigration von 1948 und der westlichen Öffentlichkeit vorwegnahm.

Lässt man die widersprüchlichen Erinnerungen und Erklärungen jener Zeugen Revue passieren, die mit Jan Masaryk zwischen dem 25. Februar und 9. März persönlich Kontakt hatten, so stellt sich die Frage, ob er, wie Marcia Davenport vermutete, mit seinen verschiedenen Gesprächspartnern bewusst ein Verwirrspiel trieb.⁸⁴ Nicht auszuschliessen ist auch, dass er in seiner Verzweiflung selbst zu verwirrt war, um noch klare und eindeutige Entscheidungen zu treffen.⁸⁵ Marcia Davenports Bericht zufolge gab ihr Masaryk für Robert Bruce Lockhart, der schon die revolutionäre Auslandsaktion seines Vaters unterstützt hatte, die Botschaft auf den Weg, dass er bei passender Gelegenheit, am ehesten wohl anlässlich einer Auslandsreise, die Tschechoslowakei verlassen werde. Die Nachricht, die Lockhart sogleich an Unterstaatssekretär Sir Orme Sargent vom Foreign Office weiterleiten sollte, erreichte ihn allerdings erst am Vormittag des 10. März, als der tschechoslowakische Aussenminister bereits tot war.⁸⁶

Nach dem Zeugnis Marcia Davenports wirkte die Nachricht von der Amtsniederlegung seines Washingtoner Botschafters Juraj Slávik, die ihn am 2. März erreichte, auf Masaryk wie ein Schock. „That morning“, schrieb

82 Hier zitiert nach STERLING: *The Masaryk Case*, 196f.

83 Nach John und Sylvia Crane war Marcia Davenport für Papánek die ausschlaggebende Informationsquelle. CRANE: *Czechoslovakia*, 324.

84 DAVENPORT: *Too Strong for Fantasy*, 396f.

85 In einem am 13. März 1948 an Sir Orme Sargent, Unterstaatssekretär des Foreign Office, gerichteten Schreiben berichtete Botschafter Dixon über die psychische Verfassung Jan Masaryks, die sich nach der am Grab in Lány abgehaltenen Gedenkfeier zum Geburtstag seines Vaters noch deutlich verschlechtert habe: „One or two diplomatic colleagues who saw him in the week before his death said that he looked ghastly and hardly seemed to understand what was said to him. His father's ghost was much with him, and I suspect that the emotional effect of the ceremony at the old President's tomb on the Sunday before his death had much to do with his final act.“ PRO: FO 371/71287.

86 DAVENPORT: *Too Strong for Fantasy*, 425f. – LOCKHART: *Jan Masaryk*, 73ff.

sie am 12. März aus London an Papánek, „began the period when Jan looked and acted like a hunted man.“⁸⁷ Seine Schreckensreaktion rührte ihrer Meinung nach vor allem daher, dass Slávik nach Masaryks Einschätzung der Lage mit seinem vorzeitigen und eigenmächtigen Vorgehen „had torn the American thing completely“. Samt seiner amerikanischen Freundin sah er sich aus diesem Grunde unter die verschärfte Quarantäne der Kommunisten gestellt, die nun eine Flucht noch wesentlich schwieriger erscheinen liess.⁸⁸ Die Flucht in die Emigration und nicht die Formierung und Führung eines neuerlichen politischen Exils war demzufolge die Intention des Aussenministers. Nach Davenports und Lockharts Darstellung zu schliessen, enthielt die von Jan Masaryk nach London übersandte Botschaft auch keinerlei Hinweis darauf, dass er seine Fluchtabsichten mit der Ankündigung verband, sich einem neuen politischen Exil zur Verfügung oder sich gar an dessen Spitze zu stellen.⁸⁹

Dass der Aussenminister über die Amtsniederlegung von Botschafter Slávik entrüstet war, geht auch aus den Erinnerungen hervor, die 1991 der (tschecho)slowakische Diplomat Vlado Houdek veröffentlicht hat.⁹⁰ Houdek, mit Masaryk seit seiner Jugend persönlich bekannt und von Juni 1946 bis März 1948 Legationsrat an der tschechoslowakischen Botschaft in Washington, befand sich zur Zeit des Umsturzes auf Dienstreise in Prag, wo er am Nachmittag des 8. März Gelegenheit hatte, den Minister für mehrere Stunden unter vier Augen zu sprechen.

Houdek bestätigt zwar (die ihm sicherlich bekannten) Ausführungen Marcia Davenports hinsichtlich der Erregung Jan Masaryks über Sláviks vorzeitiges Fanal zur Formierung eines antikommunistischen Exils. Doch im Gegensatz zu ihrer Schilderung und Interpretation unterstreicht er mit seiner Wiedergabe von Masaryks Äusserungen, dass der Aussenminister nicht nur den Gedanken an ein politisches Exil, sondern auch den an eine Flucht

87 DAVENPORT: *Too Strong for Fantasy*, 422f.

88 *Ebenda*, 423.

89 Auf die Befürchtungen der KPTsch anspielend, dass Jan Masaryk im Widerstand des Exils zur führenden Figur geworden wäre, bemerkte Marcia Davenport aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen: „He could not have done that. His revulsion from the thought of fighting his own countrymen and his shattered nerves would have prevented him from taking a stand like the one he had led against Hitler after Munich. He was fleeing for his life when I last saw him and not thinking beyond that.“ *Ebenda*, 432.

90 HOUDEK, Vlado: Spomienka na Jana Masaryka. In: *Historický časopis*, 39 (1991), 666-675.

entschieden ablehnte. „Jan Masaryk“, so Houdek über seine Unterredung, „reagoval zhruba takto: ‘Odpovedal som už na otázku hlavne cudzích žurnalistov, že jedna vec bola byť v emigrácii a bojovať proti nacistom a druhá vec odísť z domu a bojovať proti vlastným ľuďom. Do takejto emigrácie ja nikdy nepôjdem. Ja zostanem tu a budem robiť, čo sa ešte za daných okolností dá’.“⁹¹

Nach Houdek erhob Masaryk gegen Slávik den noch weit schwerwiegenderen Vorwurf, dass dieser mit seinem Verhalten die Fluchtmöglichkeiten aller antikommunistisch gesinnten Kräfte fahrlässigerweise eingeschränkt und ihm selbst Schaden zugefügt habe. „Prečo ma Slávik,“ zitiert Houdek den Aussenminister, „ku ktorému ma viazalo dlhoročné priateľstvo, nezačal telefonicky predtým, než sa odhodlal k tomuto osudnému kroku? Podľa mojich odpovedí alebo aspoň podľa ich tónu by videl, či som obklopený komunistickými policajtmi, alebo či hovorím slobodne. Že hovoril až potom s Clementisom, nemohlo už na veci samej nič zmeniť. Myslím, že si plne nevedomil dôsledky svojho postupu. Svojím činom nezavrel len dvere sebe pre návrat domov, ale aj dvere odtiaľto do cudziny pre všetkých nás, nekomunistov. Sťažil aj moju osobnú pozíciu. Nevie, či sa ešte niekedy dostanem na Západ.“⁹²

Als einen wesentlichen Grund, der Jan Masaryk bewog, nach der Machtergreifung der KPTsch die Tschechoslowakei zumindest vorläufig nicht zu verlassen, nennt Houdek dessen Befürchtungen wegen der deutschen Frage und ihrer völlig unerwarteten Entwicklung im Kontext der eskalierenden Beziehungen zwischen West und Ost bei Ausbruch des Kalten Krieges. Dass der Aussenminister, ebenso wie Präsident Beneš⁹³ und alle tschechischen Parteien einschliesslich der Kommunisten⁹⁴, über die Neuorientierung der

91 *Ebenda*, 670f.

92 *Ebenda*, 671.

93 Vgl. hierzu Benešs Äusserungen vom September 1947 in CRANE: *Czechoslovakia*, 301.

94 Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Wiedergabe eines Gesprächs, das Bruce Lockhart bei seinem Besuch im Mai 1947 mit Ministerpräsident und KPTsch-Chef Klement Gottwald führte, wobei dieser erklärte, dass die Zukunft Deutschlands die „eigentliche Crux des internationalen Problems“ sei. LOCKHART: *Mich rief Europa*, 134-137. – Gegenüber Cyrus L. Sulzberger vertrat Gottwald zur selben Zeit eine ähnliche Position, in der er die offene deutsche Frage als weitaus entscheidender für die Koexistenz von Westen und Osten bezeichnete als die Gegensätze der Systeme. In einer Tagebuchaufzeichnung Sulzbergers vom 4. Mai 1947 heisst es: „Gottwald insisted there was no reason why capitalism and communism should not live side by side in peace. However, he foresaw difficulties between Moscow

amerikanischen Politik gegenüber dem scheinbar endgültig und unwiderfürlich ge- und zerschlagenen Deutschland in höchster Weise beunruhigt war, steht angesichts der auf den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen lastenden Hypotheken ausser Zweifel; und dies insbesondere unmittelbar nach der totalitären Gewaltherrschaft des Dritten Reiches sowie vor allem auch nach dem soeben erst vollzogenen historischen Gewaltakt des „odsun“, d.h. der Vertreibung fast aller Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat in die Besatzungszonen der westlichen Alliierten und der Sowjetunion. In einer Grundsatzrede, die er aus Anlass der Verleihung des Ehrendoktors der Philosophie am 20. Januar 1948 in Brünn (Brno) hielt, wandte sich Masaryk angesichts der unübersehbaren Differenzen zwischen Ost und West einmal mehr an seine tschechischen und slowakischen Landsleute, „kterým musí být“, wie er mit Nachdruck erklärte, „družba a spojenectví se Sovětským svazem věci věrného srdce i zdravého rozumu“.⁹⁵ Noch in seiner Todesnacht schrieb er in einem handschriftlichen Entwurf zum ersten Jahrestag des tschechoslowakisch-polnischen Freundschafts- und Beistandspaktes die Sätze nieder: „Poláci a Čechoslováci se definitivně našli tam, kde je jejich místo mezi slovanskými lidově demokratickými státy. Za přešlý rok jsme udělali dobrý kus práce. Budeme v ní pokračovat, naše sociální, ekonomické, kulturní styky ještě víc prohlubovat, tak jak se sluší na bratry a sousedy. Naším největším problémem je Německo. Pamatujeme na minulost a s očima otevřenýma díváme se do budoucnosti.“⁹⁶

Wie authentisch Houdeks Wiedergabe von Jan Masaryks Äusserungen über seine Beweggründe, im Lande zu verharren, auch sein mag, es erscheint jedenfalls problematisch, dass er dessen Versicherung, nicht nur in der Regierung zu bleiben, sondern auch weiterhin aktiv mit der KPTsch zusammenarbeiten zu wollen, ohne jegliches Fragezeichen versieht. „Tak ja budem s komunistami spolupracovať,“ zitiert Houdek den Aussenmini-

and Washington as long as the German question remained open. He saw no logic for a 'compromise ideology' combining various features of Marxism and capitalism, but he pointed out there were differences between the Communist-led states in Europe and Russia: 'each country has its own traditions and requirements and one cannot impose the same system everywhere.'“ Nach SULZBERGER: *A Long Row of Candles*, 352f.

95 „Promoční řeč dr.h.c. Jana Masaryka“, in: *Svobodné noviny*, 21.1.1948. Vgl. in diesem Zusammenhang auch eine am 9.3.1947 in der *Národní obroda* unter dem Titel „ČSR žádá, aby se velmoci dohodly o kontrole Německa“ abgedruckte Grundsatz-erklärung Jan Masaryks gleicher Zielrichtung.

96 Hier zitiert nach der photographischen Reproduktion des handschriftlichen Entwurfs im Abbildungsteil von STERLING: *The Masaryk Case*.

ster und fügt ausserdem dessen Aussage an: „Gottwald je dobrým Čechom a myslím, že chce republike dobré. I keď máme na rôzne veci rôzne názory, dúfam, že sa dohodneme.“⁹⁷ Wenn die Wiedergabe korrekt ist, stellt sich zumindest die Frage, ob Masaryk wieder nur die bislang befolgte, auf chameleonhafter Anpassung beruhende Taktik der anscheinend unabdingbaren Zusammenarbeit mit der KPTsch zum Ausdruck brachte oder ob er – wie er dies vielleicht auch in seinem Interview mit der französischen Zeitschrift *L'Ordre* tat – mit seinem Washingtoner Legationsrat zur Tarnung seiner wahren Absichten jenes Verwirrspiel trieb, wozu ihn seine Freundin Marcia Davenport für durchaus fähig hielt. Ganz frei wird der Aussenminister trotz der Vertraulichkeit des unter vier Augen geführten Gesprächs schon deshalb nicht gesprochen haben, da er realistischerweise damit rechnen musste, abgehört zu werden. Darüber hinaus mochte ihm der gegenüber Botschafter Slávik höchst kritisch eingestellte Legationsrat Houdek auch als ein Sympathisant des neuen Regimes verdächtig erscheinen. Dessen Verhalten nach Masaryks Tod schliesst einen solchen Verdacht zumindest nicht aus. Houdek arbeitete auch nach dem Umsturz zunächst eng mit dem neuen Regime Gottwald zusammen. Als Nachfolger von Ján Papánek vertrat er seit März 1948 die kommunistische Tschechoslowakei als Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York, bis auch er schliesslich im Mai 1950 sein Amt aus politischen Gründen niederlegte und sich als Emigrant in den Vereinigten Staaten niederliess.⁹⁸

Dass Jan Masaryk nach dem Putsch in der Tat zu fliehen und emigrieren beabsichtigte, hat in einer sensationellen Enthüllung hingegen Oskar Klinger, Arzt sowohl des tschechoslowakischen Aussenministers als auch des Staatspräsidenten, dargelegt. Nach seiner Flucht in den Westen gab er in einem am 21. August 1948 von O. H. Brandon in der amerikanischen Zeitschrift *Saturday Evening Post* veröffentlichten Artikel detaillierte Auskünfte

97 HOUDEK: *Spomienka na Jana Masaryka*, 671f.

98 Nach Claire Sterling war Vlado Houdek ein geheimer Verbindungsmann der KPTsch im Umfeld Beneš und Jan Masaryks. STERLING: *The Masaryk Case*, 197 f. (tschech. Ausgabe 176). – Vgl. auch die Erinnerungen von Rosemary Kavan, der englischen Frau von Pavel Kavan, dem Presseattaché und Botschaftssekretär der tschechoslowakischen Botschaft in Grossbritannien, der als letzter am späten Abend des 9. März mit Jan Masaryk noch ein Gespräch führte. KAVAN, Rosemary: *Kein Frühling in Prag*. Mit einem Vorwort von Arthur Miller. Bergisch Gladbach 1992, 92f.; engl. Ausgabe: *Freedom at a Price: An Englishwoman's Life in Czechoslovakia*. 1985, 44 ff. – Siehe auch GOLDSTÜCKER, Eduard: *Prozesse: Erfahrungen eines Mitteleuropäers*. München-Hamburg 1989, 172-176.

über ganz konkrete Vorbereitungen Masaryks, die Tschechoslowakei am 10. März heimlich per Flugzeug in Richtung England zu verlassen. Klingers Darstellung zufolge betrachtete dieser es ausdrücklich als Sinn und Ziel seiner Flucht, an Stelle des kranken und abgekämpften Staatspräsidenten das antikommunistische Exil im Westen anzuführen. Masaryk äusserte angeblich ihm gegenüber am Morgen vor dem geplanten Fluchtunternehmen: „všechno je připraveno“.⁹⁹ Drei Tage zuvor, d.h. am 6. März, habe ihm der Aussenminister bei dem Treffen mit dem Präsidenten in Sezimovo Ústí im Gespräch über den fehlgeschlagenen Selbstmordversuch von Prokop Drtina erklärt: „Všechno, co jsem učinil, jsem dělal tak dlouho, dokud jsem to mohl ospravedlnit před svým svědomím [...] Nyní to už ospravedlnit nemohu. Beneš se sám vzdal boje. A jestliže Drtina, jeden z mých nejuvěřnějších přátel, považoval sebevraždu za jediné řešení, i když to odsuzuji, potom mohu opustit Československo a bojovat proti komunistům.“¹⁰⁰

Für die Annahme, dass Jan Masaryk zu fliehen beabsichtigte, liefert auch Claire Sterling einen Beleg, indem sie sich auf die Aussage eines zur Zeit des Umsturzes in Regensburg stationierten, ungenannten, aber ihr persönlich bekannten Colonel des CIC (Counter Intelligence Corps) beruft. Dieser „Colonel X“, der seine Nachrichten offenbar vor allem aus tschechischen Quellen bezog, teilte ihr mit: „It was somewhere around then, shortly after the Putsch, that we were alerted to the chance that Jan Masaryk might be coming across the border.“¹⁰¹ Sollte der Colonel diese Information von den ersten die Grenze überschreitenden Flüchtlingen erhalten haben, so ist die Wahrscheinlichkeit ziemlich gross, dass es sich hierbei um eines der zahlreichen Gerüchte handelte, mit denen die amerikanischen Dienststellen nur zu häufig konfrontiert wurden. So hatte das Hauptquartier der Sub-Region Tölz des CIC aufgrund einer Befragung von drei einer Demissionspartei angehörigen Flüchtlingen am 25. Februar die Nachricht verzeichnet: „JAN MASARYK FOREIGN MINISTER has flown to FRANCE.“¹⁰²

99 Hier zitiert nach STERLING: *Případ Masaryk*, 149.

100 *Ebenda*, 147. – Vgl. hierzu die von Ivan SVITÁK nach dem Tode von Oskar Klinger publizierte Dokumentation: Z pozůstalosti dr. Oskara Klinger. In: *Svědectví*, 13 (1975), 367-376. – Der Bericht Klingers lag auch dem State Department vor. NA: RG 59, 860F.002/7-948.

101 STERLING: *The Masaryk Case*, 162 (tschech. Ausgabe 146).

102 Headquartes Sub-Region Tölz Counter Intelligence Region, Operations 25 February 1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1. (Die auf Mikrofiches verfilmten Unterlagen der amerikanischen Militärregierung für Bayern gehören im *Bayerischen Haupt-*

So wie nicht auszuschliessen ist, dass Jan Masaryk den Freitod als letzten Dienst und als höchstes Opfer für das Vermächtnis seines Vaters auf sich nahm, ist auch nicht auszuschliessen, dass jene, die wie Klinger detailliert über gescheiterte Fluchtpläne berichteten und von einem kommunistischen Mordkomplott ausgingen, gleichfalls der Sache der Nation zu dienen trachteten, auch wenn – um welche Version es sich dabei auch handelte – es die Wahrheit war, die auf der Strecke blieb.

Sehr engagiert hat Sylvia E. Crane die Selbstmord-These vertreten. In einem am 28. Januar 1990 in der *New York Times* abgedruckten Leserbrief wies sie unter Berufung auf Äusserungen sowohl von Jan Masaryks Schwester Alice als auch von Beneš Frau Hana die Mord-These kategorisch als „indisputable cold war cliché“ zurück.¹⁰³ In ihrem gemeinsam mit ihrem

staatsarchiv zum Bestand OMGBY. Die originalen, in den *National Archives*, Washington, D.C., befindlichen Dokumente sind Teil der RG 260 – inzwischen unter neuen Signaturen. Dieselbe Zitierweise gilt analog für die im *Hauptstaatsarchiv Stuttgart* und im *Hessischen Hauptstaatsarchiv*, Wiesbaden, sowie im *Institut für Zeitgeschichte*, München, aufbewahrten Akten der amerikanischen Militärregierung.) Einen Tag später überbrachte Paul Weiner, luxemburgischer Konsul in der Tschechoslowakei, beim Grenzübertritt in Eisenstein unter anderem die Mitteilung: „The former Czech Minister of Justice, Drtina, was thrown out of the window from the third floor.“ *Miscellaneous* [hier ohne Deckblatt]. *Ebenda*. – In einem Bericht der bayerischen Landesgrenzpolizei vom 23.3.1948 wurde aufgrund von Aussagen tschechischer Flüchtlinge im Kommissariat Furth i.W. festgestellt: „President Beneš is under guard in order to prevent him from fleeing to the US zone. In the ČSR it is generally believed that Masaryk was murdered by the communists and his body was put underneath the window of his official apartment.“ Mulzer, Polizeirat, an Public Safety – Border Police OMGB, Att: Captain Rohan, 23.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-2/30. Einen Tag später meldete das Oberfinanzpräsidium Nürnberg unter Verweis auf eine vom Kommissariat Waldsassen vorgenommene Befragung tschechischer Flüchtlinge: „These people stated that MASARYK had been found in his garden. It is assumed that he has not thrown himself out of the window, but has been poisoned. Allegedly BENESCH will be the next victim.“ Report of Oberfinanzpräsidium Nürnberg, 24.3.1948. *Ebenda*. Im Halbmonatsbericht der Bayerischen Landesgrenzpolizeidirektion vom 30.3.1948 hiess es unter den Meldungen aus Marktredwitz: „A Czech political refugee said that the Minister of Foreign Affairs, Masaryk, did not commit suicide but was slain by his opponents.“ Im selben Bericht wurde ausserdem ein geflohener tschechischer Student zitiert, der erklärt hatte, „that the well-known primare Dr. Zenkl of Prague was slain by the communists“. Riedl, Oberreg.-Rat, Staatsministerium des Innern, Bayer. Landesgrenzpolizeidirektion, Semi-monthly report for the time from 1 to 15 March 1948, an Public Safety – Border Police OMGB, Att: Captain Rohan, 30.3.1948. *Ebenda*.

103 Sylvia E. Crane: „Masaryk a Suicide, to the Editor“. *The New York Times*, 28.1.1990. – Eine eindrucksvolle Schilderung der Reaktion von Alice Masaryk auf den Tod ihres

Mann John O. Crane¹⁰⁴ verfassten Buch über die Tschechoslowakei zielte ihre Kritik auf die aus ihrer Sicht zu rigide Politik Präsident Trumans im Ost-West-Konflikt sowie auf die unflexible Haltung der USA gegenüber der Tschechoslowakei bei Ausbruch des Kalten Krieges. In den Augen von Sylvia und John Crane war Jan Masaryk vor allem ein Opfer des Kalten Krieges, der ihn in den Selbstmord trieb. Sie interpretierten seine Tat gleichfalls im Sinne eines Opfertodes für das Vermächtnis seines Vaters. Nach ihrer engagierten Darstellung hat der tschechoslowakische Aussenminister mit seinem Verbleiben in der Regierung und im Lande die Sache der Demokratie und des Westens nicht verraten; vielmehr war er es, der sowohl vom Westen als auch von Gottwald verraten wurde. Ihre Kritik schliesst den Vorwurf mit ein, dass die westliche Seite die alsbald in Umlauf gebrachte Mord-These allzu weidlich nutzte, um sie zu propagandistischen Zwecken zu instrumentalisieren. „His premature demise“, so das Autorenpaar, „inflamed the intensity of the rival power polemics, as the murder charge was eagerly adopted and exploited by the Western government press.“¹⁰⁵

Bruders findet sich in den neuerdings veröffentlichten Briefen Amelie Posse-Bráz-dová. Im Anschluss an einen Besuch bei Alice Masaryk berichtete sie am 13.7.1948 Eduard Táborský: „Ta mi dala své čestné slovo při památce otcově a jménem své rodiny, že po nejpodrobnějším a objektivním šetření dospěla k přesvědčení, že si [Jan] vzal život sám. Přála bych si, aby to byla vražda, pro něj by to bylo kratší utrpení. Je hrozné pomyslet na hluboké zoufalství, které ho k tomu dovedlo, ale nemohl nebýt hoden našeho otce a jména, které nosíme. Teď se mu konečně podařilo otevřít oči světu i svému národu a ukázat, co se událo.“ Když jsem vyprávěla, co nám [der nach England emigrierte Blažej] Vilím říkal po rozhovoru s dr. Klinge-rem a jinými v Londýně, vykřikla: ‘To není možné! Pan Kl[inger] by takové věci neměl říkat! On ví, jak to bylo, nesmí se nechat přemluvit a propůjčovat svou autoritu propagandistickým lžím, i kdyby je šířil v dobrém úmyslu.’ Naším heslem musí zůstat ‘Pravda vítězí’. Musíme se držet pravdy, ať to stojí cokoli.“ POSSE-BRÁZ-DOVÁ: *Tajné dopisy z Prahy*, 12f.; vgl. hierzu auch im selben Schreiben die Äusserungen von Alice Masaryk sowie von Beneš Privatsekretär Václav Sýkora, ebenda, 16.

104 John O. Crane war ein Sohn des für T.G. Masaryk und die Entstehung der Tschechoslowakei so bedeutsamen amerikanischen Industriellen Charles R. Crane. Sein Bruder Richard vertrat nach dem Ersten Weltkrieg als erster Botschafter die USA in Prag. In dem Unternehmen Charles R. Cranes hatte Jan Masaryk vor dem Ersten Weltkrieg in Bridgeport/Connecticut eine Anstellung gefunden und mit dessen Tochter Frances, der Schwester von Richard und John O. Crane, eine Ehe geführt, die im Jahre 1931 in beiderseitigem Einvernehmen aufgelöst wurde. CRANE: *Czechoslovakia*, xviii und 321ff.

105 CRANE: *Czechoslovakia*, 320f. und 331f.

Welcher Wahrheitsgehalt auch immer den verschiedenen Aussagen über Jan Masaryks Absichten, zu fliehen oder gar ein neues Exil anzuführen, zukommt, den verantwortlichen Repräsentanten der amerikanischen Diplomatie in Prag sind solche Informationen bzw. konkrete Intentionen und Pläne nicht bekannt geworden. Wenn sich der amerikanische Botschafter Steinhardt gegenüber dem State Department ausdrücklich als Anhänger der „suicide theory“ bezeichnete, hatte dies seinen Grund vor allem darin, dass er und seine Mitarbeiter in Prag keinerlei relevanten Hinweise auf eine eventuelle Flucht und Emigration Masaryks erhalten hatten.¹⁰⁶ Seinen vom 16. September 1948 datierten Bericht über eine Unterredung mit Jaromír Smutný, in dem dieser die von Oskar Klinger publizierte Darstellung der Ereignisse entschieden als Unwahrheit zurückgewiesen hatte, schloss er mit der lapidaren Feststellung: „When I replied that neither Klinger nor Masaryk had ever discussed with me, or, insofar as I am aware, with any member of my staff, Masaryk's escape from Czechoslovakia and that I had no knowledge of any kind of Masaryk's intention to escape, Smutný said that Klinger had told him that I was fully informed of the details of the plan and was giving my active assistance thereto. In view of fact that neither Klinger nor Masaryk so much as intimated to me the desire of either of them to leave Czechoslovakia and as I have no reason to doubt the truthfulness of Smutný's statements as to what Klinger represented to him, I am convinced that Klinger's statements in *Saturday Evening Post* are not entitled to credence and I am therefore disposed to hold to my original impression that Masaryk committed suicide.“¹⁰⁷

Bei seinen Nachforschungen zur Klärung von Masaryks Schicksal erhielt das State Department alsbald von einem hochrangigen Mitarbeiter eine Bestätigung der Überzeugung Steinhardts, dass der Aussenminister Selbstmord begangen hatte. Am 20. November 1948 war Arnošt Heidrich, dem unter Masaryk und seinem Nachfolger Vlado Clementis amtierenden Generalsekretär des tschechoslowakischen Aussenministeriums, die Flucht in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands gelungen.¹⁰⁸ Heidrich,

106 Den 1968 publizierten Aufzeichnungen des britischen Botschafters zufolge scheint Jan Masaryk auch ihm gegenüber keinerlei Absichten dieser Art angedeutet zu haben. DIXON, Pierson: *The Life of Sir Pierson Dixon: Don and Diplomat*. London 1968, 254.

107 Steinhardt an Secretary of State, 16.9.1948. NA: RG 59, 860F.00/9-1648.

108 Vgl. Summary of a Memorandum of Conversation with Arnošt Heidrich, former Secretary-General of the Czechoslovak Ministry of Foreign Affairs, Director of European Affairs, an The Secretary, 26.1.1949. NA: RG 59, 860F.00/1-2649.

ein enger Mitarbeiter auch von Präsident Beneš und während des Zweiten Weltkrieges eine der führenden Figuren des Widerstands im Protektorat, avancierte bei der am 25. Februar 1949 erfolgten Gründung der Rada svobodného Československa, des höchsten Vertretungsorgans des dritten tschechoslowakischen Exils, neben Ján Papánek zu einem ihrer beiden Generalsekretäre. Anfang August desselben Jahres wurde er in Washington einer speziellen Befragung zum Tode Jan Masaryks unterzogen. Dabei gab er John H. Bruins, der während der Februarereignisse Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft in Prag war, zu Protokoll, dass Masaryk in den letzten dramatischen Tagen seines Lebens ihm gegenüber seine Absicht ausgesprochen hatte, Selbstmord zu begehen. Trotz flehentlicher Aufforderungen, die Flucht in ein zweites Exil zu wagen, entschied sich der tschechoslowakische Aussenminister demnach – wenngleich ein entsprechender Abschiedsbrief, der diese Annahme bestätigen würde, bislang nicht vorliegt – bewusst für den Freitod als letzten Ausweg und als letzten Dienst für den von seinem Vater gegründeten Staat.

In seinem Bericht vom 19. September 1949 hielt John H. Bruins fest: „Dr. Heidrich stated that during the early days of March 1948, Masaryk called him into his office and expressed his intention of committing suicide. Heidrich's reaction was one of shock and amazement, and he attempted to dissuade Masaryk, explaining that although difficult, it would be possible to smuggle him out of Czechoslovakia. However, Masaryk stated his decision had been made and his only object in calling Heidrich into his office was not to discuss the decision but only to ask him to make certain financial arrangements.“¹⁰⁹

Dass die letzten Lebenstage Jan Masaryks von einem verzweifelten Schwanken und Ringen um Flucht, Emigration und Selbstmord bestimmt waren, hat Arnošt Heidrich weit detaillierter und eindringlicher in einem 1967 in Washington verfassten und 1991 in den *Lidové noviny* in Prag publizierten Bericht dargestellt.¹¹⁰ Vom Selbstmordversuch des Justiz-

109 John H. Bruins, First Secretary of Embassy, American Embassy London, 19.9.1949, an The Secretary of State, Washington, Reporting Conversation with Dr. Arnošt Heidrich, Former Secretary General, Czechoslovak Foreign Office, and Others Regarding Death of Jan Masaryk. NA: RG 59, 860F.00/9-1949. – Vgl. dazu auch Heidrichs gegenüber James Reston von der *New York Times* abgegebene Erklärung, wonach nicht der leiseste Zweifel daran bestehen könne, dass Jan Masaryk Selbstmord begangen habe. STERLING: *The Masaryk Case*, 196 (tschech. Ausgabe 174).

110 Arnošt Heidrich: „Poslední dny Jana Masaryka. Vzpomínka blízkého spolupracovníka“, in: *Lidové noviny*, 9.3.1991. – Vgl. dazu neuerdings auch Zdeněk Čech: „Oběť

ministers Prokop Drtina offenbar zutiefst schockiert, äusserte der Aussenminister demzufolge am Tage nach der kommunistischen Machtübernahme gegenüber seinem Generalsekretär: „Cožpak mohu s komunistickým programem předstoupit před parlament? Vždyť bych zneuctil památku svého otce.“ Dass der im furchtlosen Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland erprobte Arnošt Heidrich den Gedanken an Selbstmord sogleich entschieden zurückwies und den Aussenminister schon seines Namens und Renommees wegen aufforderte, sich stattdessen an die Spitze einer neuen Widerstands- und Auslandsaktion zu stellen, ist nur verständlich. Zwischen beiden Männern entspann sich eine Auseinandersetzung, die mehrere Tage andauerte, bis sich Masaryk, vom Zerbrechen des ungleichen Bündnisses zwischen West und Ost und der kommunistischen Gewalttätigkeit aufs äusserste verwirrt und tödlich verwundet, schliesslich für den Selbstmord entschied.

„Řekl jsem mu,“ erinnerte sich Arnošt Heidrich, „že je třeba ihned zahájit odboj v zahraničí, a že ani v Československu, ani venku není vhodnějšího činitele, který by se mohl postavit v čelo tohoto odboje, než je nositel jména Masarykova. Masaryk odpověděl, že na tento úkol již nestačí, že se cítí už příliš unaven a že má také pochybnosti o tom, zda všichni naši přátelé na Západě pochopili, že jediná zbraň proti komunismu a Moskvě, která demokratům v Československu a v jiných východoevropských a středoevropských státech po osvobození zůstala, bylo pokusit se o spolupráci s komunisty. ‘To jediné, čím mohu ještě prospět svému národu, je zemřít’, řekl tichým hlasem a pokračoval s větším důrazem: ‘Musím svou smrtí vyburcovat svědomí světa, především svědomí Západu. Západ musí konečně jasně vidět, co se zde v Evropě děje; musí vědět, že Moskva znásilňuje naši svobodu, znásilňuje vše, čím civilizované demokratické národy žijí. Jestliže to Západ včas nepozná, přijde brzy řada i na ně.“

Zwischen seinen Empfindungen hin- und hergerissen, scheint Masaryk den Gedanken an ein Exil zunächst durchaus ernsthaft in Betracht gezogen und mit seinem Generalsekretär auch Einzelheiten einer Flucht und einer im Ausland, d.h. in den USA zu formierenden Widerstandsaktion besprochen zu haben. An der Ansicht, dass der Sohn des Staatsgründers am Ende als nationaler Märtyrer gleichsam den Selbstmord als Opfertod für sein Volk und Land wählte, hat Heidrich trotz aller anderen inzwischen vertretenen Meinungen auch in seinem 1967 niedergeschriebenen Artikel festgehalten.

Jana Masaryka. Prokáže se někdy s jistotou, že smrt v Černínském paláci byla opravdu vražda?“, in: *Lidové noviny*, 30.9.1995.

Eine inhaltlich weitgehend identische und ähnlich dramatische Darstellung von Jan Masaryks Verzweiflung und innerem Ringen hat Lumír Soukup, einer seiner drei Sekretäre, hinterlassen. Im Sinne Arnošt Heidrichs und wohl auch in Absprache mit diesem suchte auch er den Aussenminister vom Selbstmord abzuhalten und für den Gedanken an Emigration und Exil zu gewinnen. Gleichfalls Masaryks Reaktion auf den Selbstmordversuch Prokop Drtinas schildernd, berichtet Soukup, sich auch auf damalige Aussagen Heidrichs berufend: „Ráno prý našel pana ministra oblečeného na posteli a když mu oznámil, že dr. Drtina je naživu, Jan Masaryk po chvíli mlčení odpověděl: ‘To musím udělat taky.’ Heidrich ho začal přesvědčovat, že velká práce na něj teprve čeká, že musí odejít za hranice, aby začal opět nový odboj. Nikdo jiný to dělat nemůže, nikdo nemá takovou prestiž. J[an] M[asaryk] odpověděl, že na nový odboj již nemá dost sil. Beneš bude hlídán, nepodaří se mu odejít, a bez něho to dělat nemůže. Ale že má ještě dosti sil zemřít. To bude mluvit hlasitěji než jeho slova. Marně, marně jej Heidrich přemlouval. Najednou ho vyzval, aby otevřel okno, aspoň uvidí, kde jej brzo najdou. Podá rezignaci ihned. Marně, marně jej Heidrich přemlouval, že jeho místo je v cizině.“¹¹¹

111 SOUKUP, Lumír: *Chvilé s Janem Masarykem*. Praha 1994, 102; vgl. dort 110f. auch die Aussage Soukups (der später nach Schottland emigrierte) über seine vergeblichen Bemühungen, Masaryk unter Berufung auf die bekannte Schrift seines Vaters über den Selbstmord umzustimmen und für die Idee eines neuerlichen Exils zu gewinnen.

III.

DIE ERSTEN REAKTIONEN DER WESTLICHEN ALLIIERTEN AUF DIE HERAUSFORDERUNG EINER DRITTEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN EMIGRATION

Sowohl Präsident Beneš und Aussenminister Masaryk als auch die Demissionsparteien waren aufgrund ihres innen- wie aussen- und sicherheitspolitischen Paktes mit der KPTsch und der UdSSR zu Gefangenen ihrer eigenen Politik geworden. Da die antikommunistischen Kräfte mit Beneš und Masaryk an der Spitze sich nicht nur vor, sondern auch nach der Machtübernahme der KPTsch nicht in der Lage sahen, eindeutig und konsequent für den Westen Stellung zu beziehen, waren auch die USA, Grossbritannien und Frankreich nicht von vornherein auf den Eventualfall einer neuerlichen Emigration, d.h. vor allem auf eine Fluchtbewegung grösseren Ausmasses eingestellt, um sozusagen aus dem Stand mit entsprechend koordinierten Anstrengungen umfassend reagieren zu können. Wie von amerikanischer Seite die Situation kurz vor dem entscheidenden Kräftemessen in der zweiten Februarhälfte 1948 eingeschätzt wurde, veranschaulicht ein von der Armeeführung an EUCOM¹¹² und OMGUS¹¹³ gerichtetes Telegramm vom 18. Januar 1948. Auf eine Anfrage der US-Botschaft in Prag vom 17. Dezember 1947 eingehend, wie die Emigration von antikommunistischen Flüchtlingen aus Osteuropa über die Tschechoslowakei in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu handhaben sei, wurde in einer Weise geantwortet, die erkennen liess, dass zu diesem Zeitpunkt ein Asylbegehren bedeutenderen Ausmasses, aber auch schon die Durchreise und der Zwischenaufenthalt einer grösseren Zahl von Gegnern des kommunistischen Systems auf deutschem Boden prinzipiell zurückgewiesen wurde. Diese Ablehnung erfolgte nicht nur mit Rücksicht auf den durch Flucht und Vertreibung bedingten Bevölkerungsüberschuss in der amerikanischen Zone, sondern ausdrücklich auch mit dem Hinweis auf die vergleichsweise sichere Situation in der Tschechoslowakei: „It does not appear“, so hiess es, „that

112 European Command.

113 Office of Military Government for Germany (U.S.).

conditions in Czech itself are such that ordinary anticommunist refugees [from] other countries are at present in danger.“ Darüber hinaus wurde allerdings im Blick auf prominente kommunistische Regimegegner bereits ausdrücklich konstatiert: „Discretion could be used re facilitating departure to Am Zone of outstanding democratic political personalities whose personal safety is endangered. Embassy would wish to satisfy itself of exceptional circumstances and that case could be handled in manner least hazardous to its status. Persons of sp interest to US Mil would be assisted on latter's responsibility.“¹¹⁴

Als die sich überschlagenden Ereignisse in der zweiten Februarhälfte jedoch einen eindeutigen Verlauf nahmen und die Tschechoslowakei mit dem kommunistischen Umsturz und den sogleich einsetzenden „Säuberungen“ und Verfolgungen fast widerstandslos dem stalinistischen Totalitarismus anheimfiel, stellte sich die amerikanische Politik sehr schnell auf die veränderte Lage – und damit vor allem auf Tschechen und Slowaken als potentielle Flüchtlinge und Emigranten ein. Sie reagierte mit ersten Massnahmen, noch bevor Präsident Beneš am 25. Februar ein zweites Mal in seiner Laufbahn in entscheidender Situation kapitulierte.

Am 23. Februar, einen Tag bevor das vom Kommunisten Václav Nosek geleitete Innenministerium den Erlass publik machte, mit dem faktisch eine allgemeine Ausreisesperre verhängt wurde, hatte Botschafter Steinhardt dem State Department bereits gemeldet, dass alle Reisepässe für ungültig erklärt worden waren und es den Bürgern der Tschechoslowakischen Republik damit vorerst unmöglich gemacht wurde, auf legalem Wege das Land zu verlassen.¹¹⁵

Bereits am 24. Februar, als die demissionierten Minister noch verzweifelt auf Beneš einzuwirken versuchten, ihr Rücktrittsgesuch nicht anzunehmen, liess der amerikanische Aussenminister Marshall an General Clay, den

114 Dept. of the Army CSCAD an EUCOM, 18.1.1948. *IfZ*: OMGUS AGTS-19/12. Ausgenommen von dieser Bestimmung waren, wie im selben Zusammenhang konstatiert wurde, „refugees [...] eligible for US Entry visas or have permission to enter destination country“.

115 NA: RG 59, 860 F.00/2-2348. Vgl. dazu auch die vom 23. und 25.2.1948 datierten Intelligence-Berichte über die Situation an der Grenze: *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1, und *IfZ*: OMGUS ODI 7/23-1/4. – Bereits am 21. Februar war allen tschechoslowakischen Militärflugzeugen Startverbot erteilt worden, eine Massnahme, die vor allem die Mehrheit der als besonders fluchtverdächtig geltenden Piloten betraf, die im Zweiten Weltkrieg in der Royal Air Force gedient hatten. Vgl. BUŠEK, Vratislav: *Poučení z únorového převratu*. New York 1954, 90.

Chef der US-Militärregierung in Deutschland, die streng geheime Nachricht übermitteln, „that in view possibility prominent Czech political leaders, editors and trade union officials may seek refuge in US Zone, we assume he will arrange for reception and care of these persons together with other opposition Czechs who may be of informational value“.¹¹⁶ Gleichzeitig wies die US-Armee ihre an der Grenze zur Tschechoslowakei stationierten Truppen sowie Constabulary- und Intelligence-Einheiten an, die Flüchtlinge in Empfang zu nehmen und zu versorgen.¹¹⁷ Zuständig für die Aufgreifung der Flüchtlinge und ihre Übergabe an die amerikanischen Besatzungsbehörden war ausser den Beamten der deutschen Zollverwaltung vor allem die bayerische Landesgrenzpolizei, der von der Militärregierung die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung an der Grenze übertragen worden war.¹¹⁸

Von dem Moment an, in dem der Machtkampf in der Tschechoslowakei zugunsten der KPTsch entschieden schien, bezogen die Westmächte jedoch nicht nur die Flucht und Aufnahme der antikommunistischen Regimegegner, sondern auch aktive Fluchthilfe in ihr politisches Kalkül ein. Wie aus einer Meldung der *New York Times* hervorgeht, äusserten Vertreter der amerikanischen Militärregierung schon am 26. Februar, „that they expected ‘pressure’ against the Czech-German border by Czechoslovaks seeking to leave their country because of the Communist coup“. Am selben Tage gab Botschafter Robert D. Murphy, der politische Berater von Militärgouverneur General Lucius D. Clay, eine Erklärung ab, in der er die offizielle, gleichsam abgestufte Reaktion der USA auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei formulierte. Während er zum einen auf der Linie der Anerkennung der neuen Regierung Gottwald durch die westlichen Alliierten nach dem Bericht der *New York Times* klarstellte, dass die Vereinigten Staaten „would make no move here regarding the new Czechoslovak political situation“, fügte er zum anderen mit aller Deutlichkeit hinzu, „that ‘our policy always has been to accept political refugees““.¹¹⁹

116 NA: RG 59, 860F.00/2-2448.

117 NA: RG 59, 860F.00/2-2548.

118 Headquarters Sixth Constabulary Regiment 427/31 CIC Detachment, Report No. Sp 99, Security Survey, Re: US Zone-Czech Border in 6th Regiment Area, 4.11.1947. *BayHStA*: OMGBY 15/101-3/36. – Dazu PIOCH, Hans Hugo: Organisation und Zuständigkeit der Polizei in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands. In: *Deutsche Verwaltung*, 2 (1949), Nr. 9 und 10, 225-229 und 257-259, hier 226f.

119 *The New York Times*, 27.2.1948.

Charles Bohlen, ehemaliger Botschafter der USA in Moskau und führender Osteuropa-Experte, entwickelte in einem „Office Memorandum“ des State Department vom 29. Februar 1948 eine Reihe von Vorschlägen, die bereits deutlich die Richtung erkennen liessen, welche die amerikanische Politik in Anbetracht der neuen Lage einzuschlagen gedachte. Nachdem die in der Tschechoslowakei geschaffenen Fakten – bei Verzicht auf äussere Gewaltanwendung – kaum oder gar nicht zu beeinflussen waren, galt es, möglichen Folgewirkungen der kommunistischen Machtergreifung in der politischen Landschaft Europas entgegenzusteuern. „The purpose therefore of any United States action“, so Bohlen, „would be to counteract any psychological effect in Europe and throughout the world of the successful Communist coup in Czechoslovakia.“ Bezog sich Bohlen in seinen Ausführungen zwar auf Finnland,¹²⁰ so richtete sich die Aufmerksamkeit der USA in dieser Hinsicht bekanntlich vor allem auf die prekäre Situation in Italien, wo die Kommunisten, wie in Frankreich, über eine ausserordentlich starke Basis verfügten und wo entscheidende Wahlen bevorstanden. Was die Verhältnisse in der Tschechoslowakei betraf, so brachte er in dem Memorandum zum Ausdruck, dass, wenn schon eine direkte politische Intervention ausgeschlossen war, ein indirektes Eingreifen mit Hilfe des Exils und folglich mit dessen Formierung und Unterstützung angezeigt schien. Als erste konkrete Massnahme schlug Bohlen vor, dass Juraj Slávik, dem Botschafter der ČSR in den Vereinigten Staaten, der aus Protest gegen den kommunistischen Coup sogleich sein Amt niedergelegt hatte, die Möglichkeit gegeben werden sollte, die Gründe seines Rücktritts darzulegen und seine Erklärung in einer Sendung der tschechoslowakischen Abteilung der „Voice of America“ in seine Heimat auszustrahlen. Das Ziel, das Bohlen damit zu erreichen suchte, sprach er in aller Klarheit aus: „By thus dramatizing Slávik's refusal to serve the present Government, the defection of other Czech representatives abroad for the same reasons should be greatly facilitated and might possibly have some effect on Beneš's subsequent action.“¹²¹ Ähnliche Intentionen lagen auch der britischen und insbesondere der französischen Politik zugrunde. Die Akten hierfür, sofern die Fluchthilfeaktionen der westlichen

120 Nach der Unterzeichnung des von der Sowjetunion und Grossbritannien entworfenen Friedensvertrages am 10.2.1947 in Paris befand sich Finnland gegenüber seinem übermächtigen Nachbarn in einer schwierigen Verhandlungsphase, die am 6.4.1948 zum Abschluss eines zunächst auf zehn Jahre bemessenen Freundschafts- und Beistandspaktes mit der UdSSR führte.

121 Office Memorandum von Bohlen an Lovett 29.2.1948. NA: RG 59, 860 F.00/2-2948.

Alliierten einen dokumentarischen Niederschlag fanden, sind noch nicht alle bekannt bzw. zugänglich, zumal jene französischer Provenienz.

Geeignete Vorkehrungen für die propagandistisch-ideologische und psychologische Kriegführung im nunmehr offen ausgebrochenen Kalten Krieg zu treffen und – soweit unter den schwierigen Bedingungen möglich – besonders wichtig erscheinenden politischen Verbündeten den Weg in das Exil zu bahnen, waren im Grunde die einzig praktischen Massnahmen, mit denen die Westmächte auf die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei reagieren konnten.¹²² Es waren naturgemäss die Repräsentanten der unterlegenen politischen Klasse, auf die sich ihr Augenmerk zunächst und in erster Linie richtete. Sehr schnell sollte sich jedoch abzeichnen, dass nicht nur prominente und erklärte politische Gegner des Regimes zu fliehen versuchten, sondern dass in weitaus höherer Zahl auch politisch weniger oder nicht-profilierte Bürger aus unterschiedlichsten Gründen zu entkommen trachteten. Sich all der vom kommunistischen Regime eliminierten bzw. vertriebenen Tschechen und Slowaken anzunehmen, denen es gelang, den Weg in das Exil zu finden, erwies sich daher für die Westmächte als jene Herausforderung, die es als vorrangigste Aufgabe ihrer Politik gegenüber der Tschechoslowakei im Kalten Krieg zu bewältigen galt.

Wenn hier von den westlichen Alliierten gesprochen wird, so sind in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika gemeint. Sie waren von der Fluchtwelle und der Entstehung eines dritten tschechischen bzw. tschechoslowakischen Exils in besonderer Weise betroffen. Zum einen – wie sich vor allem bei der Formierung des neuen Exils erweisen sollte – in ihrer Rolle als der unbestrittenen Führungsmacht des Westens. Zum anderen jedoch aus dem einfachen Grund der geographischen Lage ihres Okkupationsgebietes. Ihre Besatzungszonen in Deutschland und bis zu einem gewissen Grade auch in Österreich boten all jenen, denen es zu fliehen gelang, ein natürliches Refugium. Da die Tschechoslowakei entlang vier Fünfteln ihrer Grenze von kommunistisch beherrschten und sowjetrussisch besetzten Ländern eingeschlossen und nach der Abtretung der Karpaten-Ukraine im Osten an die UdSSR unmittelbar an Stalins Imperium angrenzte,

122 Eine Darstellung zur Rolle und Bedeutung der Tschechoslowakei im Rahmen der seit 1948 von den USA im Kalten Krieg betriebenen Propaganda liegt bislang nicht vor. Für die Nachkriegszeit bis zum Februarumsturz vgl. STEINITZ, Mark S.: The U.S. Propaganda Effort in Czechoslovakia, 1945–48. In: *The Journal of Diplomatic History*, 6 (1982), 359–385.

stellte der Westen, d.h. Bayern als Teil des amerikanisch besetzten Deutschlands, das günstigste Fluchtziel dar.¹²³

Der vor allem für die Slowaken nahe liegende südliche Weg in das besetzte Österreich wurde schon aus Rücksicht auf die Lage des russisch besetzten Landesteils weitaus weniger eingeschlagen. Aus verständlichen Gründen wurde auch nur selten der Fluchtweg über die sowjetische Besatzungszone Deutschlands oder über Berlin gewählt. Polen und insbesondere Ungarn und Jugoslawien, die für die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgelösten Emigrationswellen grosse Bedeutung hatten,¹²⁴ waren jetzt nur das Ziel allenfalls individueller, von der Zahl her kaum ins Gewicht fallender Fluchtunternehmungen. Auch der spektakuläre Fluchtweg, auf dem Ladislav Feierabend mit seiner Frau, in einem Elbkahn versteckt, von aussig (Ústí nad Labem) durch die sowjetisch besetzte Zone bis in den Hamburger Hafen und von dort direkt nach Grossbritannien gelangte, stellte eher eine Ausnahme dar.¹²⁵

Der Umstand, dass der Fluchtweg fast aller tschechischen und slowakischen Emigranten zunächst nach Bayern und damit in das soeben besiegte und zerstörte Deutsche Reich führte, warf allerdings gravierende Probleme auf – nicht zuletzt weil die weit überwiegende Mehrheit Deutschland nur als Fluchtziel, nicht aber als den eigentlichen Bestimmungsort ihrer Emigration betrachtete. Die zumeist abenteuerlichen Fluchtvorgänge sowie den Einsatz der Fluchthelfer und die Fluchtrouten der tschechischen und slowakischen Emigration von 1948 und der folgenden Jahre auch nur in Beispie-

123 In der Form, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, grenzte die Tschechoslowakische Republik auf einer Länge von 356 Kilometern an den „Westen“, nämlich an die amerikanische Besatzungszone Deutschlands. Die restliche Grenze, d.h. die Grenze zur Sowjetunion, den sowjetisch besetzten Gebieten Deutschlands und Österreichs – die an die Tschechoslowakei angrenzenden Gebiete Österreichs gehörten zur dortigen sowjetischen Besatzungszone – und zu den sowjetrussischen Satellitenländern Polen und Ungarn erstreckte sich hingegen auf insgesamt 3.197 Kilometer. Vgl. GADOUREK, Ivan: *The Political Control of Czechoslovakia: A Study in Social Control of a Soviet Satellite State*. Leiden 1953, 3f. – Vgl. dazu die bei JOSTEN: *Oh my Country*, 106 abgebildete Landkarte.

124 Vgl. HEUMOS, Peter: *Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945: Politisch-soziale Struktur, Organisation und Asylbedingungen der tschechischen, jüdischen, deutschen und slowakischen Flüchtlinge während des Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumentation*. München 1989, 55ff.

125 Vgl. FEIERABEND, Ladislav K.: *Pod vládou Národní fronty*. Washington, D.C. 1968, 180–198.

len zu schildern, soll hier nicht unternommen werden. Flugzeugentführungen und das Kommandounternehmen des sogenannten „Freiheitszuges“ erfuhren dabei wohl die grösste Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Im Jahr 1989 haben Jožka Pejskar und Vladimír Škutina in Zürich eine in reportagehafter Form aufgemachte Auswahl von Fluchtberichten publiziert.¹²⁶ Es ist zu erwarten und zu hoffen, dass nunmehr, im Gefolge der „samtenen Revolution“ vom November 1989, weitere und wesentlich detailliertere Fluchtberichte publiziert werden. Dies gilt selbstverständlich vor allem für die von den westlichen Alliierten geleistete Fluchthilfe. Es ist anzunehmen, dass sich auch in dieser Hinsicht die Archive öffnen und dass einschlägige Dokumente und Erinnerungen zugänglich gemacht bzw. veröffentlicht werden.¹²⁷

Die vom Ausland geleistete Fluchthilfe, die dem Regime Gottwald nicht verborgen blieb, stellte ein Politikum ersten Ranges dar. Von der KPTsch, die den Westmächten seit Ende 1947 mit zunehmender Schärfe unterstellt und vorgeworfen hatte, einen reaktionären Umsturz herbeiführen zu wollen, sind insbesondere die Botschaften der USA, Grossbritanniens und Frankreichs als Agenturen des Verrats und der Verschwörung angeprangert worden.¹²⁸ Diese Attacken dienten offensichtlich auch dazu, vom konspirativen Charakter des eigenen Vorgehens abzulenken. Doch besass die KPTsch aufgrund ihres weitverzweigten Überwachungs- und Bespitze-

126 PEJSKAR, Jožka: *Útěky železnou oponou*. Ročenka Reportéra 1989. Zürich 1989. Die reportagehafte Aufarbeitung des aus dem Archiv Pejškars stammenden Materials übernahm V. Škutina. – Vgl. dazu neuerdings DVORÁKOVÁ, Zora: *Z letopisů třetího odboje*. Praha 1992, 85–93.

127 In den publizistischen Darstellungen der Februar-Emigranten, die mit Unterstützung der westlichen Alliierten ausser Landes gebracht wurden, finden sich über die besonderen Umstände der von den Alliierten geleisteten aktiven Fluchthilfe verständlicherweise keine konkreten Angaben. Vgl. hierzu das Kapitel „Ma fuite“ bei RIPKA: *Le Coup de Prague*, 336–342 (engl. Ausgabe 313–318); die Schilderung des genauen Fluchtvorgangs und der aktiven Fluchthilfe der – in seinem Falle – französischen Alliierten behielt er sich ausdrücklich für einen späteren Zeitpunkt vor, ebenda, 341. – Ferner LETTRICH, Jozef: *History of Modern Slovakia*. New York 1955, 268ff. – Individuelle Fluchtschilderungen ausserdem bei JOSTEN: *Oh my country*, 83f. und 202–213 (tschech. Ausgabe 202–212). – HORA: *Svědectví o puči*, II, 163 und 175–191. – MORAVEC, František: *Špión, jemuž nevěřili*. Praha 1990, 361ff. – FIRT: *Záznamy*, 28–42.

128 Vgl. hierzu den internen Situationsbericht „Dopis Štěpána Plačka a Karla Černého ústředním výboru KSČ o situaci ve Státní bezpečnosti“, abgedruckt bei KAPLAN: *Největší politický proces*, 197–220, hier 197–202.

lungssystem nicht nur Informationen über die engen Kontakte, die führende politische Gegner in den kritischen Monaten vor dem Februarumsturz mit den westlichen Botschaften gepflegt hatten. Wie die missglückte Flucht des ehemaligen Ministerpräsidenten Jan Šrámek und seines Mitarbeiters František Hála Anfang März 1948 spektakulär demonstrierte, vermochte sie sich auch Kenntnisse über westliche Fluchthilfe-Aktionen für prominente Gegner des neuen Regimes zu verschaffen. Im Falle Šrámeks und Hálas hatte die französische Botschaft die Flucht zu organisieren versucht, ein Unternehmen, das von kommunistischen Agenten in den eigenen Reihen jedoch vereitelt wurde.¹²⁹ Nach Aussage Ferdinand Peroutkas war vom französischen Geheimdienst – d.h. von kommunistischen Doppelagenten – auch der ursprüngliche Fluchtplan Hubert Ripkas verraten worden, der mit Hilfe von Botschafter Maurice Dejean die Tschechoslowakei verlassen wollte.¹³⁰ Es wirft ein Licht auf die komplizierten Verhältnisse, dass es der 1952 im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozess hingerichtete kommunistische Aussenminister Vlado Clementis war, der Ripka über Arnošt Heidrich, den antikommunistisch eingestellten Generalsekretär des Aussenministeriums,

129 Zu der missglückten Flucht Šrámeks und Hálas vgl. den Bericht eines ungenannten tschechischen Flüchtlings: Oberreg.-Rat Dr. Riedl, Staatsministerium des Innern, Bayerische Landesgrenzpolizeidirektion, 5.5.1948, an OMGB, Public Safety -Border Police, Att. Captain Rohan: News from the ČSR. *BayHStA*: OMGBY 10/89-2/30. – Dazu auch PLOJHAR, Josef: *Vítězný únor 1948 a čs. strana lidová*. Praha 1958, 63. – TRAPL, Miloš: *Monsignore Jan Šrámek*. Olomouc 1995, 83. – KAPLAN: *Největší politický proces*, 26f.

130 Nachdem Ripka am 23. Februar seiner Funktion als Aussenhandelsminister entoben worden war, gab er dem Vorsitzenden des Aktionsausschusses seiner Behörde zu verstehen, dass er sich geschlagen gebe und sich aus der Politik zurückziehen wolle. Falls es dem neuen Regime genehm wäre, würde er diesem gerne als Professor dienen. „Was auch immer geschehen mag“, so beteuerte er demnach, „würde aus ihm kein Emigrant und er ginge nicht gegen die Republik“ (že nebude z něho emigrant a nepůjde proti republice). Diese Äusserungen, die Ripka ausdrücklich Gottwald, Innenminister Nosek und Finanzminister Jaromír Dolanský mitteilen liess, dienten ohne Zweifel der Verschleierung seiner wahren Absichten und der Vorbereitung seiner Flucht. Zu den Aussagen Ripkas vgl. BOUČEK, Miroslav – KLIMEŠ, Miloslav: *Dramatické dny února 1948*. Praha 1973, 223. – Dass Ripka sich tatsächlich unmittelbar nach der Machtübernahme zur Flucht entschloss, geht aus den Erinnerungen Feierabends hervor. Dieser – selbst bereits mit Fluchtvorbereitungen beschäftigt, ohne dies seinem Gesprächspartner jedoch mitzuteilen – suchte am 25. Februar Ripka auf, der ihm erklärte: „Co tady ještě děláš? Hled' se dostat ven co nejrychleji. Já také odejdu do ciziny, ale musím chvíli počkat, poněvadž jsem silně hlídán'.“ FEIERABEND: *Pod vládou Národní fronty*, 181f.

vor diesem Verrat warnte und ihm so zu einem zweiten, diesmal erfolgreichen Versuch verhalf.¹³¹ Aus den nach der „Wende“ von 1989 zugänglich gewordenen Unterlagen geht hervor, dass die KPTsch, insbesondere Gottwald, die Flucht und Emigration einer Reihe führender Persönlichkeiten aus dem gegnerischen Lager bewusst hingenommen hat.¹³²

Die britische Botschaft und das britische Kulturinstitut leisteten bereits in den Tagen des Umsturzes drei Flüchtlingen auf dem Weg in die Emigration nach Grossbritannien Beistand.¹³³ Ohne dass bislang alle Details offengelegt sind, lässt sich aus den zugänglichen Quellen erkennen, dass zumal bei einigen besonders prominenten Gegnern des neuen Regimes vor allem die USA und ihre Repräsentanten in der Tschechoslowakei in Zusammenarbeit mit Gegnern des neuen Regimes aktiv waren. So wurde in einer aufwendigen und riskanten Operation – wie aus Unterlagen des State Department hervorgeht – Petr Zenkl, der bis zum Februarumsturz amtierende stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Nationalen Sozialisten, mit Hilfe des amerikanischen Militärattachés und der in Prag operierenden Agenten der CIA (Central Intelligence Agency) ausser Landes gebracht.¹³⁴ Genannt sei hier auch der national-sozialistische, politisch ein-

131 Vgl. die Aussage Peroutkas vom 15.7.1948 bei der Befragung im European Command Intelligence Center (ECIC). *IfZ*: OMGUS ODI 7/32-2/1-9.

132 Vgl. KAPLAN: *Největší politický proces*, 22ff.; aus der Darstellung wird ersichtlich, dass in Moskau und insbesondere vom sowjetischen Botschafter Zorin die Flucht und Emigration führender Gegner des kommunistischen Regimes mit Misstrauen beobachtet wurden. Eine Vereinbarung zwischen Beneš und Gottwald, die Flucht und Emigration von führenden Regimegegnern zuzulassen, ist nicht dokumentiert. Aus der Sicht der mit der KPTsch kollaborierenden Vertreter der Tschechoslowakischen Volkspartei zum Fluchtvorgang seiner antikommunistischen Parteikollegen PLOJHAR: *Vítězný únor 1948*, 62f., wo er feststellte: „Diese Fluchten wurden anfänglich im grossen und ganzen wohlwollend hingenommen, da Leute flohen, welche der Republik früher geschadet hatten und ihr auch weiterhin so oder so Schaden zufügen würden.“ Am 4. Juli 1948 verkündete der neue Ministerpräsident Antonín Zápotocký in einer öffentlichen Rede, dass niemand, der nicht für das Land arbeiten und es verlassen wolle, an einer Emigration gehindert würde und eine Flucht daher unnötig sei. Von der amerikanischen Botschaft wurde die Erklärung wohl dahingehend interpretiert, dass es Zápotocký vor allem darum ging, dem Eindruck entgegenzuwirken, bei der ČSR handele es sich um einen Polizeistaat. Bruins an Secretary of State, 19.7.1948. *NA*: RG 59, 860F.00/1948.

133 Vgl. den Bericht der Headquarters Sub-Region Tölz CIC Region V vom 25.2.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

134 Vgl. den Bericht von Harold C. Vedeler, Admission of Zenkl's guards to the United States through Joint Chief of Staff Action, 22.12.1948. Es handelt sich hierbei um

flussreiche Publizist Julius Firt, der den Zweiten Weltkrieg im Londoner Exil verbracht hatte und der, in einer grossen amerikanischen Limousine versteckt, über die Grenze geschmuggelt wurde.¹³⁵ Mit Unterstützung durch die USA entkam des weiteren wohl ebenfalls der bereits erwähnte Arnošt Heidrich. Ausländische Fluchthilfe und die des heimischen Widerstands griffen unmittelbar ineinander im Falle des Sozialdemokraten Blažej Vilím, der am 6. März 1948 in einer zwischen seinen tschechischen Helfern und amerikanischen Stellen abgestimmten Aktion bei der Ortschaft Schwarzes Kreuz (Černý Kříž) die grüne Grenze nach Haidmühle in Bayern überschritt.¹³⁶

eine von seiten des State Department vorgenommene Zusammenfassung der Fakten, welche die Zulassung von fünf bzw. sechs (d.h. einschliesslich einer Ehefrau) an der Flucht beteiligten tschechischen Helfern für die Immigration in die USA betraf. NA: CE file, hier ohne Signatur. – Dazu eine aus dem Jahr 1949 stammende, ohne genaues Datum versehene „Analysis of the Importance of the Case to National Security from the Standpoint of the Department of State“. NA: RG 59, 860F.00/4-1549. – Vgl. hierzu auch den am 11.8.1948 in der in *Frankenpost* (Hof) erschienenen Bericht „Führer der Benesch-Partei in Bayern. Die abenteuerliche Flucht Dr. Zenkls / CSR-Partisanen halfen?“. Danach erfolgte die Flucht, die nach Aussage Zenkls „das Werk tschechoslowakischer Partisanen“ war, zunächst per Eisenbahn und Lastwagen und dann in der Schlussphase zu Fuss. – Wie aus jetzt zugänglich gewordenen Unterlagen hervorgeht, geschah die Flucht Zenkls mit Wissen der tschechoslowakischen Staatssicherheit, der es gelang, Agenten in seine Wachmannschaft einzuschleusen, die mit ihm sogar die Grenze überschritten. KAPLAN: *Největší politický proces*, 24.

135 Den Hinweis verdanke ich Herrn Dr. Martin K. Bachstein, dem Julius Firt die Umstände seiner Flucht erzählt hat.

136 US Political Advisor for Germany an Secretary of State, Transmitting interrogation reports on certain Czechoslovak Refugees, 25.3.1948. NA: RG 59, 860F.00/3-2548. Wie der Bericht über die Flucht Vilíms belegt und wie aus anderen Akten hervorgeht, verfügten die amerikanischen Dienststellen über die Organisation der von tschechischen Widerstandsgruppen geleisteten Fluchthilfe und über deren Fluchtwege keine exakten Informationen. So hiess es in einer Stellungnahme des Office of Military Government for Bavaria (OMGB) vom 19.3.1948: „Information received from Capt. Larned, Region VI, 970th CIC, is that there is a definite link between the Czechs that have already arrived in the zone and those that are planning on coming. There have been many instances where they have found notes on new refugees from persons that have already passed the screening, telling them to follow the same route etc. Capt. Larned says that they have not yet discovered their means of communication.“ C.F. Blackman Research an Analysis Maloney, Czech Refugees, 19.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

Die westlichen diplomatischen Vertretungen wurden vom Gottwald-Regime daher einer strengen Überwachung unterzogen, die dazu führte, dass die Verbindungen zu den ihnen nahestehenden gesellschaftlichen Kreisen und politischen Kräften vielfach abrisen. Zu welcher Vorsicht sich die westlichen Botschaften veranlasst sahen, ist aus den Erinnerungen von Ladislav Feierabend zu ersehen. Auf der Flucht vor seinen Bewachern und der kommunistischen Polizei hatte sich Feierabend zu dem ihm wohlbekanntesten amerikanischen Legationssekretär Bruins gerettet. Dieser wollte ihn wegen seines diplomatischen Status auch nicht für eine einzige Nacht in seiner Villa aufnehmen und konnte sich dazu erst nach längerer Unterredung entschliessen, nachdem ihn Feierabend davon überzeugt hatte, dass es um sein Leben ging.¹³⁷

137 FEIERABEND: *Pod vládou Národní fronty*, 185.

IV.

DIE PROVISORISCHE AUFNAHME DER FLÜCHTLINGE IN DER AMERIKANISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IN DEN MONATEN NACH DEM FEBRUARUMSTURZ

An eben demselben 24. Februar, als von amerikanischer Seite im Hinblick auf Flucht und Emigration aus der Tschechoslowakei erste Massnahmen getroffen wurden, richtete in München der tschechische Journalist Pavel Tigrid ein Memorandum an die Militärregierung, in dem er darauf hinwies, dass im Falle einer kommunistischen Machtübernahme mit einem Strom politischer Flüchtlinge zu rechnen sei, von denen viele illegal die tschechoslowakisch-bayerische Grenze zu überschreiten versuchen würden.¹³⁸ Tigrid war mit seinem Kollegen Edward Bauer am 19. Februar nach seinen Angaben für journalistische Recherchen legal aus der ČSR ausgereist. Als Chefredakteur des *Vývoj* und der *Obzory*, zweier Zeitschriften der Volkspartei, hatte Tigrid couragierte Kritik an der KPTsch und ihrer Politik geübt. Bei Ministerpräsident Gottwald war er derart unliebsam aufgefallen, dass dieser ihn in einer Unterredung mit Monsignore Hála neben Bohdan Chudoba als einen der beiden „bad people“ der Volkspartei bezeichnete, wie aus einem Bericht der amerikanischen Botschaft hervorgeht.¹³⁹ Nachdem Tigrid und sein Kollege am 23. Februar vom Rundfunk und der Presse in Prag bezichtigt worden waren, Verräter zu sein, die ihre Flucht geplant hätten und illegal über die Grenze geflohen seien, erledigte sich die Frage einer Rückkehr angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei von selbst.¹⁴⁰ Pavel Tigrid und Edward Bauer waren somit – ob sie eine solche

138 Pavel Tigrid, Memorandum, Munich, 24 Feb 48. *BayHStA*: OMGBY 10/92-2/5.

139 The Ambassador in Czechoslovakia (Steinhardt) to the Secretary of State, Praha, 22.10.1947. *FRUS 1947*, Bd. 4, 236f.

140 So die Darstellung Tigrids in seinem Memorandum vom 24.2.1948. – Vgl. dazu auch den Bericht des in Chicago erscheinenden *Denní hlasatel* vom 25. Februar über ein am Vortag geführtes Gespräch Tigrids mit Vertretern der Presse. In dem Interview legte Tigrid gleichfalls dar, dass er entgegen den kommunistischen Behauptungen legal aus der ČSR ausgereist sei und dass die KPTsch sich entschlossen habe, „zmocniti se vlády pučem“, protože mají strach z květnových voleb“.

Eventualität eingeplant hatten oder nicht – die ersten Exulanten des Februarumsturzes. Bereits am 27. Februar gab Tigrid in Frankfurt am Main in einem Pressegespräch über den „Putsch“ in Prag eine Erklärung ab. „He hopes“, so der Bericht der *Times*, „to proceed to London shortly and speaks of the possibility of setting up a Czech committee in exile.“¹⁴¹

Drei illegale Grenzgänger, im Jargon der amerikanischen Besatzungsbehörden IBCs (Illegal Border Crossers), die angaben, Vertreter der anti-kommunistischen Opposition zu sein, und die sich im Westen einer „vierten“ – gemeint war wohl einer dritten – „Widerstandsbewegung“ anschliessen wollten, wurden bereits am 25. Februar vom CIC einer „interrogation“ unterzogen.¹⁴² Richtlinien, nach denen die mit dem Empfang und der Versorgung der Flüchtlinge beauftragten US-Einheiten vorgehen sollten, lagen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. In einem Memorandum vom folgenden Tag prognostizierte der Direktor der Intelligence Division der Militärregierung, dass mit einer beträchtlichen Zahl politischer Flüchtlinge zu rechnen sei. Er stellte zugleich fest, dass man zwar um Instruktionen gebeten habe, bislang jedoch noch keine erteilt worden seien.¹⁴³

Erste, noch sehr allgemein formulierte Direktiven an die zuständigen amerikanischen Einheiten kamen am 27. Februar von Murray D. Van Wagoner, dem Land Director der Militärregierung für Bayern. Sie sahen vor, dass alle Flüchtlinge unverzüglich zunächst dem CIC zum „screening“ zu übergeben seien. Wer diese Befragungsprozedur durchlaufen hatte, sollte an die örtlichen deutschen Behörden „for customary refugee treatment“ weitergeleitet und nicht als illegaler Grenzgänger behandelt werden. Ein „special handling“ war hingegen für bestimmte prominente Personen vorgesehen, die nach ihrer Flucht umgehend der Intelligence Division der Militärregierung in Bayern zu melden waren.¹⁴⁴ Am selben Tage erteilte Van

141 „Refugee's Account – Former Ministers Under House Arrest“, in: *The Times*, 28.2.1948.

142 Bericht der Headquarters Sub-Region Tölz, CIC Region IV, 25.2.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

143 R.C. Martindale, Director Intelligence Div., Memo for Record, 26.2.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/92-2/5.

144 Van Wagoner an Commanding Officer, Company „B“, 3rd MG Regt, Nurnberg; Company „D“, 3rd MG Regt, Regensburg; Company „E“, 3rd MG Regt, Munich, 27.2.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1. – Zur Struktur, den Kompetenzen und dem Aufgabenbereich der amerikanischen Militärregierung in Bayern vgl. HEYDEN-REUTHER, Reinhard: Office of Military Government for Bavaria. In: *OMGUS-Handbuch*: Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949. Hrsg. v. Christoph Weisz. München 1994, 143-315.

Wagoner auch dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard die Anweisung, „that appropriate refugee officials in Bavaria be notified to make adequate provision for the reception of these persons in an orderly and humane manner“.¹⁴⁵

Obwohl die Massnahmen zur Sicherung der Grenze nach ihrer Schliessung am 23. Februar noch sehr provisorisch waren, überschritten in den Tagen nach der kommunistischen Machtergreifung und der damit einhergehenden Säuberungswelle nur relativ wenige Flüchtlinge die grüne Grenze. Nach der Einschätzung von Charles B. Rovin, dem Chef der Flüchtlingsabteilung der Public Welfare Branch der Militärregierung für Bayern,¹⁴⁶ erklärte sich diese Verzögerung zum einen durch den Umstand, dass viele Fluchtwillige aus der Slowakei zu erwarten waren und einen dementsprechend weiten Weg vor sich hatten. Zum anderen, so Rovin, brauchten diejenigen, die aus den übrigen Landesteilen zu fliehen vorhatten, gleichfalls einige Tage, um die dafür notwendigen Vorkehrungen zu treffen.¹⁴⁷

Fast alle, die aus Prag und den entfernteren Landesteilen über die Grenze nach Bayern zu fliehen beabsichtigten, waren in der Tat vor erhebliche logistische Probleme gestellt. Wie aus den vorliegenden Zeugnissen ersichtlich, fuhren die Fluchtwilligen im allgemeinen per Bahn oder per Auto so weit wie ratsam und möglich an die Landesgrenze heran. Dann überquerten sie diese zu Fuss oder wegen des starken Schneefalls auf Skiern, zumeist mit Hilfe bezahlter Führer, unter denen sich auch ortskundige Sudetendeutsche befanden.¹⁴⁸ Sowohl in den ersten Tagen nach dem Umsturz als

145 Land Director Murray D. Van Wagoner, Military Government for Bavaria, Office of the Land Director, an Minister President for Bavaria Ehard, 3.3.1948. Mit dem Schreiben bestätigte der Land Director in schriftlicher Form seine am 27.2. durch Albert C. Schweizer, den Direktor der Civil Administration Division, dem Ministerpräsidenten übermittelten Anweisungen. Der Brief Van Wagoners ist in seinem Auftrag vom Deputy Land Director Clarence M. Bolds unterzeichnet. *BayHStA*: StK 130 816.

146 Ursprünglich der Internal Affairs Division zugeordnet, wurde die Public Welfare Branch nach deren Auflösung der Civil Affairs Division zugeteilt. Sie figurierte seitdem als Public Welfare and DP Branch und setzte sich aus zwei Unterabteilungen zusammen, und zwar der Civil Welfare Section und der von Charles B. Rovin geleiteten Refugee and DP Section. Vgl. HEYDENREUTHER: *Office of Military Government for Bavaria*, 219.

147 Charles B. Rovin, Chief Refugee Sec., Public Welfare Br., an Land Director OMGB, 2.3.1948, Influx of Refugees from Czechoslovakia. *BayHStA*: OMGBY 10/92-2/5.

148 Vgl. dazu beispielhaft die von Karel Pacner geschilderte Flucht von Miloš Knorr:

auch in der Folgezeit war es für die in Grenznähe lebenden Regimegegner vergleichsweise leicht, die Grenze zu überschreiten. Bereits am 27. Februar flohen der stellvertretende Bürgermeister sowie der Kriminaloberinspektor Marienbads (Mariánské Lázně), ersterer ein Mitglied der Nationalen Sozialisten, bei Waldsassen über die grüne Grenze.¹⁴⁹ Unter den ersten Flüchtlingen befanden sich aus diesem Grunde auch Angehörige der tschechoslowakischen Grenzsicherungs- und Zollorgane, die umgehend nach dem Umsturz einer Säuberung unterzogen und mit Kräften ergänzt und verstärkt wurden, die dem neuen Regime ergeben waren. In ihrer Meldung „Tschechen flüchten nach der USA-Zone“ berichtete am 28. Februar 1948 die in Hof erscheinende *Frankenpost*, dass die in Marktredwitz stationierte bayerische Grenzpolizei, die für die Sicherheit von etwa einem Drittel der deutsch-tschechoslowakischen Grenze zuständig war, 25 politische Flüchtlinge – darunter Redakteure, Bürgermeister, Polizeibeamte und Soldaten – festgenommen und den zuständigen amerikanischen Dienststellen „als Ausländer zur Aburteilung überwiesen“ habe.¹⁵⁰

Die extrem schwankenden statistischen Angaben über die Fluchtbewegung in dieser frühesten Phase illustrieren, wie unsystematisch zu diesem Zeitpunkt das Aufnahmeverfahren der US-Behörden war. Hiess es im Bericht der Intelligence Division vom 1. März, dass mindestens 28 Personen seit dem 24. Februar aus der Tschechoslowakei nach Bayern geflohen waren,¹⁵¹ so ging Rovin in seiner Mitteilung an den Land Director am 2. März davon aus, dass über fünfhundert, wahrscheinlich aber weniger als tausend Personen in den letzten Tagen aus der ČSR nach Bayern gekommen seien.¹⁵² Nach dem vom selben Tag datierten Bericht der Intelligence Division

„Dočasný poručík Jeho Veličenstva“, in: Magazinbeilage von *Mladá fronta dnes*, 4.4.1996.

149 Staatsministerium des Innern, Bayer. Landesgrenzpolizeidirektion an OMGB, Public Safety-Border Police, Att: Captain Rohan, Illegal crossing of border from the ČSR, 27.2.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-2/30.

150 Die betreffenden Aktenbestände des bayerischen Innenministeriums, d.h. die Monatsberichte der bayerischen Landesgrenzpolizei, aus denen sich die genauen Zahlen der von den deutschen Behörden erfassten illegalen Grenzgänger aus der Tschechoslowakei entnehmen liessen, sind im Bayerischen Hauptstaatsarchiv erst für den Zeitraum ab 1.11.1950 erhalten. *BayHStA*: MInn 80308.

151 R.C. Martindale, Intelligence Div, an Land Director OMGB: Refugees from the Communist Government in Czechoslovakia, 1.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

152 Charles B. Rovin, Refugee Sec., Public Welfare Br., an Land Director OMGB: Influx of Refugees from Czechoslovakia, 2.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/92-2/5.

der Militärregierung hatten – „from all sources available“ – ungefähr zweihundert Personen seit dem Coup die bayerische Grenze überschritten.¹⁵³ In Anbetracht der winterlichen Verhältnisse – im Böhmer- bzw. im Bayerischen Wald lag um diese Zeit zwei Meter Schnee – erfolgte der illegale Übertritt vor allem in der nördlichen Oberpfalz, und dies zumeist während der Nacht.

Mit ihrer quasilegalen Machtergreifung, die auf die völlige Aus- und Gleichschaltung der eigenständigen Elemente der bürgerlichen und kleinbürgerlichen tschechischen und slowakischen Politik und Gesellschaft hinauslief und damit innerhalb von nicht einmal vier Jahrzehnten ein „drittes“ tschechisches Exil auslöste, bewirkte die kommunistische Alleinherrschaft einen Trend gegenläufiger Mobilisierung zu ihren Gunsten. Auch wenn die statistischen Angaben nur mit Vorbehalt zu werten sind, so steht doch fest, dass aus Gründen, die in der vorliegenden Studie nicht zu untersuchen sind, die Erringung des absoluten Machtmonopols der KPTsch zunächst einen grossen Zulauf an neuen Mitgliedern einbrachte, welche die Gunst der Stunde zu nutzen trachteten. So schlossen sich nach Aussage des *Rudé právo* in der Zeit von Ende Januar bis März 1948 190.138 neue Mitglieder der KPTsch an.¹⁵⁴

Zur selben Zeit flohen jedoch nicht nur prominente und unmittelbare Gegenspieler der Kommunisten wie Minister, Abgeordnete, Soldaten, Beamte und Journalisten, sondern von Anbeginn der kommunistischen Alleinherrschaft auch „unbekannte“ Regime- und Systemgegner. Wie sich bereits in den allerersten Tagen der Fluchtbewegung abzeichnete und wie dies erst recht für deren späteren Verlauf zutreffen sollte, überwog dabei die Zahl der letzteren bei weitem: In einem Bericht des CIC vom 2. März 1948 wurde – auf der Grundlage der Befragung von 200 Personen – rund 20 Prozent der Betroffenen „some prominence“ zugesprochen. Etwa 80 Prozent der Befragten wurden für ihre Flucht zwar „sound political reasons“ unterstellt,

153 R.C. Martindale, Director Intelligence Division, an Land Director OMGB, Att: Mr. Kennedy, 2.3.1948. *Ebenda*.

154 Hier nach *The Times*, 17.3.1948. – Wie aus neuerdings veröffentlichten statistischen Daten hervorgeht, verzeichnete die KPTsch von März bis August 1948 einen Zuwachs von 856.657 neuen Mitgliedern. Von diesen gehörten vorher 115.100 den Nationalen Sozialisten, 113.500 den Sozialdemokraten und 25.300 der Volkspartei an. 197.000 neue Mitglieder schlossen sich der KP in der Slowakei an, von denen die Mehrheit aus der Demokratischen Partei kam. KAPLAN: *Největší politický proces*, 11 und 17.

doch galten sie nach Einschätzung des CIC als „not prominent in political life“.¹⁵⁵

Die Frage, wie beide Personengruppen jeweils behandelt werden sollten, führte in dieser frühesten Phase der Fluchtbewegung bei den amerikanischen Besatzungsbehörden zu Unstimmigkeiten, die nicht zuletzt ihre mangelnde Koordination widerspiegeln. Ein Grund für Missverständnisse bestand ohne Zweifel in der Anweisung von Militärgouverneur General Lucius D. Clay, Instruktionen aus Geheimhaltungsgründen soweit wie möglich nur verbal zu erteilen und schriftliche Äusserungen zum Teil sogleich nach Erhalt zu vernichten.¹⁵⁶

Die Unstimmigkeiten, die in der Anfangsphase auftraten, resultierten jedoch auch aus grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Das CIC – unmittelbar dem European Command in Frankfurt am Main unterstellt – erteilte in einem am 26. Februar in Selb abgehaltenen Briefing von etwa 80 „special agents“ erste Richtlinien. Diese Agenten, die für die „special operation“ der Aufnahme der Flüchtlinge eingesetzt werden sollten, hatten die Aufgabe, „to work with the police agencies concerned and intercept, interrogate, classify and segregate Czech nationals fleeing from CSR as a result from political situation“. Ihnen oblag es, die Flüchtlinge einer „classification into two groups“ zu unterziehen: „High Level and Low Level. High Level were certain top flight personages who were to be treated with extreme courtesy, care, food, clothing and be personally escorted to the rear for further interrogation by top level CIC personell at Frankfurt [...] Low Level persons, after screening, were to be turned over to MG for ‘preferential treatment’.“ Die Agenten wurden angewiesen, von ihren Waffen nur im ex-

155 R.C. Martindale, Director Intelligence Division, an Land Director OMGB, Att: Mr. Kennedy, Border Crossings, 2.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

156 Vgl. das Schreiben George P. Hays, Deputy Military Governor, an Charles M. LaFollette, Director Land Wuerttemberg-Baden, 27.3.1948. *Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStASt)*: OMGWB 12/226-3/1. – Ein besonderes Problem stellte das Verfahren mündlicher Instruktionen an die deutsche Zivilverwaltung dar. So forderte der hessische Ministerpräsident Christian Stock am 10. April 1948 vom OMGUS Berlin eine schriftliche Anordnung an, um zusätzlich zu den ihm verbal erteilten Anweisungen eine gesetzlich eindeutige Handhabe für die Aufnahme gerade auch der tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge zu erhalten. Dies wurde vom OMGUS Berlin abgelehnt. Vgl. dazu das Schreiben von Ministerpräsident Christian Stock an James R. Newman, Direktor der Militärregierung für Hessen, vom 10.4.1948 und von George P. Hays, Deputy Military Governor, an James R. Newman, Office of Military Government for Hesse (OMGH), 20.4.1948. *Hessisches Hauptstaatsarchiv (HStA)*: OMGH 8/69-1/6.

tremen Notfall Gebrauch zu machen und bei der „special operation“ mit der deutschen Polizei eher zusammenzuarbeiten als sie zu überwachen. „Agents were also instructed“, so der Bericht des Military Government Liaison & Security Office des Landkreises Rehau und Stadtkreises Selb, „to assume a sympathetic attitude towards the person crossing the border in flight, with particular emphasis on the High Level category who were in possession of identifying pass words and who were to be evacuated with all due caution.“¹⁵⁷

Unter Vorzugsbehandlung wurde vom CIC zunächst offensichtlich eine Unterbringung und Versorgung in amerikanischer Regie verstanden. Das CIC – für die High Level Category in jedem Falle zuständig – setzte sich für eine bevorzugte Behandlung aller tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge ein. In den Diskussionen mit Mitarbeitern der Militärregierung verwies einer seiner Vertreter unverblümt auf die Gefahr, dass die Flüchtlinge, sollte ihnen eine solche Vorzugsbehandlung nicht zuteil werden, enttäuscht sein würden und die ganze Operation scheitern lassen könnten.¹⁵⁸ Dagegen setzten sich die Vertreter der amerikanischen Militärregierung in Bayern energisch zur Wehr. Der Deputy Land Director Clarence M. Bolds gab die Anweisung, dass den Flüchtlingen grundsätzlich nur „refugee treatment“ zustehe und für sie kein „red carpet“ auszurollen sei. Aufgrund einer Anweisung vom 31. Oktober 1945 waren alle nichtdeutschen Flüchtlinge in Bayern, die nicht als United Nations Displaced Persons anerkannt wurden, der Fürsorge des Landes überstellt worden. Da es sich hierbei in erster Linie um Personen handelte, die der Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland bezichtigt wurden, fielen sie in die „category of ex-enemy nationals, stateless persons, and Volksdeutsche of every nationality“. Die bayerische Landesregierung war angehalten, allen diesen Gruppen einschliesslich der für eine Betreuung durch die Vereinten Nationen nicht in Frage kommenden nichtdeutschen Flüchtlinge genau dieselbe Behandlung angedeihen zu lassen, wie sie den deutschen Bürgern der amerikanischen Besatzungszone zustand.¹⁵⁹ Erst am 3. Februar 1948 hatte Land Director

157 Alvin S. Adams, Major, Director Military Government Liaison & Security Office Det B-258, Landkreis Rehau & Stadtkreis Selb, Periodic Report – Special Operation, 2.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

158 *Ebenda*. Im Bericht heisst es über die Flüchtlinge: „There was evidence of alarm by CIC that if the people coming over were not given preferential treatment, that they might become disgruntled and ‘blow the operation’.“

159 Walter J. Muller, Brigadier General, Director OMGB, an Minister President Dr. Martin Högner, 31.10.1945. *BayHStA*: StK 114890.

Van Wagoner unter Bezugnahme auf die erwähnte Regelung vom 31. Oktober 1945 klargestellt, „that numbers of United Nations nationals and others, primarily those who entered Bavaria since 21 April 1947, will be declared ineligible for continued United Nations care, and therefore will become the responsibility of the Bavarian government“.¹⁶⁰

Mit dem Hinweis auf das Datum des 21. April 1947 war die von Militärgouverneur General Lucius D. Clay erlassene sog. „Freeze Order“ gemeint, wonach nichtdeutsche Flüchtlinge, die nach diesem Stichtag in die amerikanische Besatzungszone kamen, von einer Betreuung durch die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) bzw. durch deren Nachfolgeinstitution, die International Refugee Organization (IRO), ausgeschlossen waren. Im Hinblick auf die Tschechen und Slowaken, die unter dem Eindruck des kommunistischen Staatsstreichs nach dem Februar 1948 in die amerikanische Besatzungszone flohen, war damit eine politisch überaus heikle Frage aufgeworfen. Diese Flüchtlinge sahen sich fast ausnahmslos als Verbündete des Westens und als Angehörige eines Siegerstaates, die mit der Kategorie der „ex-enemy nationals“ und der sog. Volksdeutschen, zumal der vertriebenen Sudetendeutschen, nicht auf eine Ebene gestellt werden wollten und deren Vertreter und Fürsprecher sogleich auch nachdrücklich eine Betreuung durch die IRO verlangten. Bis zu ihrer Lösung im Sommer 1948 sollte sich die Frage nach dem Status der tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge daher als ein ebenso kompliziertes wie kontroverses Diskussionsthema in den Verhandlungen zwischen der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, dem State Department und dem amerikanischen Verteidigungsministerium einerseits sowie dem Foreign Office in London, der PCIRO¹⁶¹ in Genf und ihrer deutschen Vertretung in Bad Kissingen andererseits erweisen.¹⁶²

Massnahmen, die für die tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge ein generelles „preferential treatment“ vorsahen, hätten die „Freeze Order“ ausser Kraft gesetzt. In dieser Situation bot sich eine spezielle Vorzugsbehandlung eines kleinen Kreises wichtig erscheinender Perso-

160 Murray D. Van Wagoner, Land Director OMGB, an Minister President for Bavaria, 3.2.1948. *Ebenda*.

161 Preparatory Commission for International Refugee Organization.

162 Vgl. dazu HOFFMANN, Roland J.: *Die Emigration aus der Tschechoslowakei, 1948–1956*. Teil 1: Flucht und Aufnahme in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Darstellung und Dokumentation. Ms. 115-177. – Dazu SALOMON, Kim: *Refugees in the Cold War: Toward a New International Refugee Regime in the Early Postwar Era*. Lund 1991, 55-91.

nen als Ausweg an, während das Gros der Flüchtigen zunächst nach den allgemein geltenden Richtlinien der deutschen Flüchtlingsverwaltung zu betreuen war. „Preferential treatment“ sollte nach Rückfrage im Frankfurter Hauptquartier demnach nur auf die sogenannte „High Level Category“ der Prominenten angewandt werden und nicht auf die „Low Level Category“ der nichtprominenten, sozusagen namenlosen Flüchtlinge. Aus der Sicht der Militärregierung war damit die auf einer generellen Anwendung einer bevorzugten Behandlung basierende Interpretation des CIC „incorrect“.¹⁶³

Nachdem mehrfach versucht worden war, zwischen der Militärregierung und dem European Command eine Abstimmung herbeizuführen, erfolgte am 8. März 1948 mit der von Land Director Van Wagoner erlassenen Instruktion „Treatment of Incoming Czechoslovak Nationals“ eine erste detaillierte Grundsatzentscheidung und Klarstellung.¹⁶⁴ Die neue Anweisung schrieb aber im wesentlichen die bereits am 27. Februar erlassenen Richtlinien fort und brachte lediglich in zweitrangigen Fragen wie mitgeführte Geldmittel und in der Anwendung des Gesetzes Nr. 53 der Militärregierung einige neue Bestimmungen.¹⁶⁵ Festgestellt wurde, dass die nach Bayern fliehenden „Czechoslovak nationals“ einen Anspruch auf den Status von „United Nations nationals“ hätten, für eine Betreuung durch die IRO jedoch nicht in Betracht kämen. Wie die sechs Punkte umfassende Regelung vorsah, sollten die tschechischen und slowakischen Flüchtlinge – falls ihnen keine kriminellen oder subversiven Absichten nachgewiesen werden konnten – nicht als illegale Grenzgänger behandelt werden. Die bayerische Flüchtlingsverwaltung wurde angewiesen, die „Czechoslovak nationals“ zu den gleichen Konditionen zu betreuen wie die deutschen Flüchtlinge, mit der Massgabe allerdings, dass sie nicht in denselben Lagern wie die Sudetendeutschen untergebracht werden sollten. Bis auf weiteres waren sie, wie schon zuvor, nach dem Screening durch das CIC der deutschen Flüchtlingsverwaltung zuzuführen. Die besondere Behandlung der als prominent eingestuften Flüchtlinge sowie die Unterscheidung einer „High Level“ und „Low Level Category“ fanden in der Instruktion keine Erwähnung.

163 Alvin S. Adams, Director Military Government Liaison & Security Office Det B-258, Landkreis Rehau & Stadtkreis Selb, Periodic Report – Special Operation Period 1 – 3 March 1948, 4.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

164 Murray D. Van Wagoner, Land Director OMGB, Treatment of Incoming Czechoslovak Nationals, 8.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 15/102-1/5.

165 Zu dem die Devisenbewirtschaftung („Foreign Exchange Control“) betreffenden Gesetz Nr. 53 der amerikanischen Militärregierung vgl. HEMKEN, Ruth: *Gesetze der Militärregierung und des Kontrollrates*. Stuttgart 1946 [Loseblattsammlung], Bd. 3.

Obwohl das Problem der Unterbringung und Versorgung der tschechischen und slowakischen Flüchtlinge von der Grössenordnung her für die amerikanischen Besatzungsbehörden zunächst von untergeordneter Bedeutung war, erwies es sich dennoch von ausserordentlicher Brisanz, und dies nicht nur im Blick auf den Status, der den Flüchtlingen zuerkannt werden sollte bzw. konnte. Hinzu kamen die Schwierigkeiten, die sich aus der Zuständigkeit der deutschen Behörden für die – im Sinne einer gleichgestellten Behandlung mit den deutschen Flüchtlingen – als „Low Level Category“ eingestuften Personen ergaben. „The Czechs are being turned in Refugee Camps“, so hiess es in einem Bericht der Intelligence Division vom 3. März über die von den deutschen Stellen getroffenen Massnahmen, „with no supplemental rations of any kind from any source. The Germans are relieving the Czechs of all their valuables. Where they go is not known.“ Der Frage, ob die Militärregierung die für die Lagerverwaltung zuständigen deutschen bzw. bayerischen Behörden veranlassen könnte, den tschechischen Flüchtlingen „preferential treatment“ zu gewähren, fügte der Bericht die Feststellung hinzu: „Germans are mistreating and ridiculing them.“¹⁶⁶

Es war abzusehen, dass die Flucht der Tschechen in das zerstörte Nachkriegsdeutschland und die unerwartet schnelle Wiederbegegnung mit den „abgeschobenen“ Sudetendeutschen nach all den wechselseitigen traumatischen Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit und angesichts der gegenseitig aufgestauten kollektiven Ängste und Ressentiments zu erheblichen Friktionen und Problemen führen mussten. Die in der Frage der komplizierten Beziehungen zwischen Tschechen und Sudetendeutschen ebenso erfahrene wie sensibilisierte Londoner Times stellte in ihrem bereits erwähnten Bericht vom 28. Februar ausdrücklich fest: „Events in Prague call attention to the large concentration in the American zone of Sudeten Germans who, since being expelled, have endeavoured to maintain their ethnic and political identity.“¹⁶⁷ Die Frage der vertriebenen Sudetendeutschen stellte für die westlichen Alliierten aber auch insofern ein Politikum dar, als die KPTsch und ihre Bundesgenossen das Regime der „wiedergeborenen Nationalen Front“ auch mit dem Hinweis auf die von Deutschland und den Sudetendeutschen ausgehende Gefahr zu rechtfertigen trachteten. Um die neue Regierung Gottwald vor der westlichen Öffentlichkeit zu legitimieren, war eigens der mit den Kommunisten kollaborierende Sozial-

166 R.C. Martindale, Director Intelligence Div, an Public Welfare Branch, 3.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

167 „Refugee's Account“, in: *The Times*, 28.2.1948.

demokrat General Bohuslav Ečer nach London entsandt worden. Am selben Tag, als Pavel Tigrid in Frankfurt am Main in einer ersten öffentlichen Stellungnahme des „třetí odboj“ das kommunistische Regime anprangerte, gab Ečer in der britischen Hauptstadt eine Pressekonferenz, in der er zu der „Krise“ in der Tschechoslowakei ausführte: „Its real cause was the feeling of the people that they did not have an effective Government at a time when Germany was rising again and the Sudeten Germans were organizing in Munich.“¹⁶⁸

Das Interesse der amerikanischen Besatzungsbehörden galt daher aus Gründen der inneren Sicherheit und wegen der aussenpolitischen wie internationalen Dimension der Problematik nicht nur den „grass root‘ reactions“ der eingesessenen bayerischen Bevölkerung auf die kommunistische Machtergreifung in der benachbarten ČSR, sondern insbesondere auch der Einstellung der vertriebenen und verbitterten Sudetendeutschen. Was die Stimmung in der Bevölkerung Bayerns insgesamt anbelangte, sah sich ein grosser Teil der Befragten in der Überzeugung bestätigt, wonach der Umsturz nur die Unaufhebbarkeit des Ost-West-Gegensatzes demonstriert habe. Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten und Kriegsangst manifestierten sich dabei ebenso wie die Bereitschaft, an der Seite des Westens und der USA gegen den Kommunismus zu kämpfen. In den an die ČSR grenzenden Bezirken war darüber hinaus eine vorausseilend-opportunistische Anpassungswilligkeit gegenüber den lokalen Grössen der KPD für den Fall einer Invasion aus dem Osten zu registrieren.¹⁶⁹

Das Aufeinandertreffen der ungleichen Nachbarn scheint indes zumindest punktuell schon in dieser frühen und schwierigen Phase der friedlichen Wiederbegegnung auf beiden Seiten auch positive Reaktionen bewirkt zu haben. „Several Czechs made the remark,“ so der Bericht einer amerikanischen Dienststelle vom 1. April 1948, „that they had not liked Germans in the past but now they have changed their minds since they have been treated very kindly by farmers in this Zone after having crossed the border.“¹⁷⁰

168 „Sudetens Germans“, in: *The Times*, 28.2.1948.

169 Donald T. Shea Chief, Analysis Branch, Intel. Div., Memorandum for Mr. Martindale, Director Intel. Div., 2.3.1948. *BayHStA*: OMBY 10/89-3/1. – Dazu ausserdem ein vom 28.2.1948 aus Günzburg datierter Bericht „Communism in Czechoslovakia“, *ebenda*, sowie eine von Anfang März 1948 stammende Übersicht „V Security: Czech Nationals Seek Refuge“ [ohne Deckblatt], *ebenda*, 10/89-2/30.

170 Section V – Security – D-310 – Wolfstein, 1.4.1948 [ohne Deckblatt]. *BayHStA*: OMBY 10/89-2/30.

Im Vergleich dazu fielen die von den amerikanischen Besatzungsbehörden verzeichneten Reaktionen der entwurzelten und in der Diaspora der Vertreibung zerstreuten Sudetendeutschen verständlicherweise erheblich härter und abweisender aus. Wie sehr diese von tiefer Verletzung und Verzweiflung, aber auch von trotziger Hoffnung bestimmt waren, lässt eine von Anfang März stammende Einschätzung der amerikanischen Behörden erkennen: „Meanwhile the Sudeten Germans expelled from Czechoslovakia greet the recent Communist coup with open satisfaction: they can now jeer at some of the Czech nationals who remained at home while they were dispossessed and driven out, and, more important, war between U.S. and Russia now becomes (in their opinion) only a matter of months. Such a war, they believe, can result in the restoration of their old homes and property to them – and at least they can't be much worse off in any event than they now are. Also, having been given the 'cold shoulder' by the native Bavarians, they now enjoy seeing the natives worry about the possibility of being also dispossessed of their property and liberty by the Communist menace over the border.“¹⁷¹

In Regensburg, wo Gruppen von Sudetendeutschen auf offener Strasse über neu eingetroffene tschechische Flüchtlinge herzogen, mussten deren Lager von der Polizei bewacht und den Insassen der Rat erteilt werden, nachts nicht allein auszugehen.¹⁷² Auch wenn die Verbitterung der Sudetendeutschen von den amerikanischen Besatzungsbehörden ernsthaft in Betracht gezogen wurde, sahen sie keine Gefahr wirklich schwerwiegender Konflikte. „While the German Sudeten refugees in Bavaria“, so der erwähnte Bericht von Anfang März 1948, „can be expected to exhibit some hostility

171 V Security: Czech Nationals Seek Refuge. *Ebenda*. – In der kurzen, vom 28.2.1948 aus Günzburg übermittelten Lagebeurteilung hiess es hierzu: „A large part of the refugees coming from Czechoslovakia view developments with considerable satisfaction since they are reported as wishing for general disturbances and turmoil there. This attitude on their part is caused mostly by a feeling of revenge against those who caused them to be evicted from their homes.“ *BayHStA*: OMBY 10/89-3/1.

172 Charles B. Rovin, Ref & DP Sec., Public Welfare & DP Br, an Martindale, Director Intelligence Division, 9.3.1948. *BayHStA*: OMBY 10/89-3/1. – Vgl. zu der auch aufgrund der Wohnraumbeschlagnahmen äusserst angespannten Lage in Regensburg HEIGL, Peter: *Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Stadt Regensburg 1945 bis 1949*. Magisterarbeit. Univ. Regensburg 1987, 68ff. – HILMER, Ludwig: *Regensburg unter amerikanischer Besatzung: 1945–1949*; Struktur, Schriftgut und Tätigkeit des Military Government. Magisterarbeit. Univ. Regensburg 1986, 174–178. – DISTLER, Erika: *Evakuierte, Fremdarbeiter und Heimatvertriebene in Regensburg von 1944–1949*. Staatsexamensarbeit. Univ. Regensburg 1980, 20–33.

towards the ČSR nationals, it is unlikely that this will become a serious threat to internal security.¹⁷³

Der Ort, wo die Gegensätze zwischen den vertriebenen Sudetendeutschen und den geflüchteten Tschechen für die amerikanische Militärregierung allerdings ein Problem besonderer Art darstellten, waren die Flüchtlingslager. Dort begegneten sich nach dem Februarumsturz die alten Kohabitanten und Kontrahenten Böhmens und der böhmischen Länder unverhofft und höchst widerwillig auf engstem Raum und unter schwierigen Umständen. Dass das ungewollte Zusammentreffen in Lagern sowie in deren näherem Umfeld zu Reibungen führen musste, war den Vertretern der Besatzungsmacht bewusst. „CIC advises“, so hiess es vorsorglich in einem Bericht vom 4. März aus dem Grenzort Rehau, „that a guide who escorted a truck load of Low Level persons to Camp Moschendorf (Hof) reports that the Czech nationals are being quartered in the same area as are Sudeten Deutsche. Want to make this a matter of record in case there is any trouble in the future.“¹⁷⁴ Ein besonderer Vermerk über die Reaktion einer vierköpfigen tschechischen Flüchtlingsfamilie auf ihre Aufnahme und Unterbringung in dem für illegale Grenzgänger bestimmten Aufnahmelager Moschendorf illustriert anschaulich den Schock des Zusammentreffens mit den Deutschen und Sudetendeutschen: „The man was distracted because none of them had been given food or drink since they crossed the border. His wife and children were crying and there were nothing but Germans in their area of the Camp.“¹⁷⁵ In einem Bericht des Welfare Refugee Office Ansbach über eine am 12. März im Beisein des zuständigen deutschen Flüchtlingskommissars durchgeführte Besichtigung eines „special camp for Czech nationals“ im Landkreis Schwabach hiess es: „Several of the Czechs had crossed the border in British and Czech uniforms, most of them spoke fluent German and English. Nine of the men were students of the Prag[ue] university, all of the Czechs entertained the opinion that they ‘did not come to

173 V Security: Czech Nationals Seek Refuge. *BayHStA*: OMGBY 10/89-2/30.

174 Alvin S. Adams, Director Military Government Liaison & Security Office Det B-258, Landkreis Rehau & Stadtkreis Selb, 4.3.1948: Periodic Report – Special Operation – Period 1 – 3 March, an Director OMGB. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1. – Dazu auch Alexander F. Warshall, Welfare Refugee Officer for Regierungsbezirk Oberfranken, Weekly Report, 1.3.1948, an OMGB, Att. Mr. Rovin. *Ebenda*, 13/101-2/15.

175 Alvin S. Adams, Director Military Government Liaison & Security Office Det B-258, Landkreis Rehau & Stadtkreis Selb, 4.3.1948: Periodic Report – Special Operation – Period 1 – 3 March, an Director OMGB. *BayHStA*: OMGBY 10/89-3/1.

Germany, but to the Americans’. They were bitter because they were treated as illegal border crossers and because they had to spend time in Moschendorf with German nationals. Complaints voiced by the Czechs were not directed against the refugee officials, but to the effect that they had to eat German food, some of them wanted to leave at once to join the British Army, others want to work and asked if they were permitted to do so.“¹⁷⁶

In dem für illegale Grenzgänger genutzten Lager Hof-Moschendorf war eine Separierung von den deutschen Lagerbewohnern nicht gewährleistet. Wie aus dem Security-Bericht von Anfang März hervorgeht und wie in den Instruktionen Van Wagoners vom 8. März vorgesehen, ergriff die amerikanische Besatzungsmacht daher sogleich Massnahmen, um die ungleichen Flüchtlinge und Vertriebenen soweit wie möglich voneinander zu trennen: „To prevent conflict between these ČSR refugees and those from the Sudetenland – largely housed in refugee camps on the border area – separate collection centers were established for the ČSR refugees at Hof, Marktredwitz, and Regensburg. From these temporary camps, all ČSR refugees were then channeled into a more permanent installation at Schwabach near Nuerenberg.“¹⁷⁷

Hof-Moschendorf wurde zunächst auch weiterhin als Auffanglager benutzt, von wo aus die sogenannten „Nationaltschechen“ in das Lager Schwabach II bzw. Schwabach-Vogelherd weitergeleitet wurden. Nach dem Wochenbericht der Regierung von Ober- und Mittelfranken für die Zeit vom 24. bis 30. Juni 1948 kamen am 23. Juni hundert tschechische Flüchtlinge im Lager Schwabach an, in dem sich zu diesem Zeitpunkt somit 897 Personen befanden.¹⁷⁸ Mit der Überführung von 195 Personen am 30. August 1948 in das Lager Schwabach II wurde das Lager Moschendorf auf Anordnung der Militärregierung als Auffanglager für „Nationaltschechen“ aufgelöst und zu diesem Zweck stattdessen ausschliesslich das tschechische Durchgangslager Goethe-Schule in Regensburg vorgesehen.¹⁷⁹ Die als Sammelstelle bestimmte Goethe-Schule in Regensburg verfügte über eine Aufnahmekapazität von fünf- bis sechshundert Personen. Für die Aufnahme

176 Thomsen, Ansbach Welfare Refugee Office, an OMGB, R.F. Malloney, Intelligence Division, 15.3.1948. *Ebenda*.

177 V Security: Czech Nationals Seek Refuge. *BayHStA*: OMGBY 10/89-2/30.

178 Regierung von Ober- und Mittelfranken an die Militärregierung für Bayern, Zivilverwaltung Mr. Thomsen, Ansbach 12.7.1948. *BayHStA*: OMGBY 9/124-3/20-21.

179 Regierungsbeauftragter für das Flüchtlingswesen im Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken an die Militärregierung für Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken, Civil Administration Field Team Ansbach, Ansbach 8.9.1948. *Ebenda*.

von 60 tschechischen (und slowakischen) Flüchtlingen wurde ausserdem ein Hotel in Deggendorf requiriert.¹⁸⁰

Der Schock und die Unzufriedenheit der tschechischen Flüchtlinge resultierten freilich nicht allein aus der Feindseligkeit und dem Spott der abgeschobenen Sudetendeutschen, mit denen sie unversehens ein ähnliches Schicksal teilten. Wie aus demselben Bericht hervorgeht, fühlten sie sich auch von seiten der Amerikaner nicht angemessen behandelt: „Public Welfare Branch notes that Czechs at the Regensburg collection center complain about receiving the same treatment accorded German refugees and state the 1 March 48 'Voice of America' radio program practically invited them to come to the U.S. Zone by stating that some of their political leaders have formed committees here and were awaiting them. A British broadcast gave similar information, they state. CIC interrogation established that this complaint and statements about the broadcasts were not isolated cases but widely held among the ČSR nationals at Regensburg.“¹⁸¹

In den USA leiteten die beiden Ex-Botschafter Juraj Slávik und Ján Papánek im engen Kontakt mit dem State Department erste Massnahmen ein, um ein politisches Exil zu formieren und um die geflohenen Landsleute auch in materieller Hinsicht zu unterstützen.¹⁸² Am 14. April 1948 wurde in London unter dem Vorsitz von Karel Macháček das Czechoslovak Relief Committee for Political Refugees gegründet, das sich vor allem zum Ziel setzte, „to better the conditions of our political refugees in the Western Zones of Germany and Austria“.¹⁸³ Das Komitee bestand in erster Linie aus „politi-

180 Charles B. Rovin, Chief Refugee Sec., Public Welfare Br., an Land Director OMGB, 2.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/92-2/5. – Stanley M. Gould, Investigation and Enforcement Branch Region IV, an OMGB, Chief Investigation and Enforcement Branch, Memorandum on Visit to Regensburg, 4.3.1948. *Ebenda*, 10/89-3/1.

181 V Security: Czech Nationals Seek Refuge. *BayHStA*: OMGBY 10/89-2/30. – Vgl. auch die Mitteilungen von Charles B. Rovin, REF & DP Sec., Public Welfare & DP Br, an Mr. Martindale, Dir. Intel. Div., 9.3.1948 und Charles F. Blackman an Anal Branch, 24.3.1948. In letzterem Bericht werden zwar die „bitter complaints“ der „ČSR refugees“ über die Aufnahme durch die deutsche Seite hervorgehoben, ansonsten wird jedoch festgestellt: „The refugees are generally pleased with the treatment received at the hands of U.S. authorities.“ *Ebenda*, 10/89-3/1.

182 Vgl. Department of State, Memorandum of Conversation, Activities of Dr. Slavik and the Situation of Czechoslovak Refugees, Participants: Dr. Juraj Slavik, Former Czechoslovak Ambassador to the United States; L.E. Thompson, Deputy Director for European Affairs; H. C. Vedeler – CE., 23.3.1948. NA: RG 59, 860F.00/3-2348.

183 So im von Eugen Leiss, Sekretär des Czechoslovak Relief Committee, signierten Schreiben vom 14.5.1948 an die US-Botschaft in London. *IfZ*: POLAD 820-2.

cians and representatives of Czechoslovak public and cultural life“,¹⁸⁴ d.h. aus jener High Level Category, die aufgrund ihres privilegierten Status bereits aus der amerikanischen Besatzungszone hatte ausreisen können. Als „central and coordinating body“ gedacht, sollte der Ausschuss zudem dazu dienen, „to initiate the formation of local Committees in all the countries where there are friends of democratic Czechoslovakia“.¹⁸⁵

In den USA wurde das Czechoslovak Relief Committee neben Slávik und Papánek von Jozef Lettrich, dem führenden Repräsentanten der Demokratischen Partei der Slowakei und Präsidenten des Slowakischen Nationalrates, vertreten, dem Flucht und Emigration bereits gelungen waren. Für Deutschland figurierten als Bevollmächtigte die Amerikanerin Barbara G. Bentley, Edward Bauer und Pavel Tigríd.¹⁸⁶ Unter massgeblicher Mitwirkung von Barbara G. Bentley, die mit einigen amerikanischen Frauen am 10. April in Wiesbaden ein provisorisches Czech Refugee Emergency Relief Committee ins Leben gerufen hatte, kam es dort am 26. April zur Gründung eines „Czechoslovakian Democratic Relief Committee“. Diesem stand sie bis zu seiner endgültigen Konstituierung im Juni desselben Jahres vor, mit J. Korbel (Pseudonym) und Petr Lekavý als stellvertretenden Vorsitzenden sowie Ilja Gregor als Sekretär.¹⁸⁷

Die Verhältnisse im Illegalen-Lager Moschendorf wurden auch von deutscher Seite scharf kritisiert. Am 21. Februar, kurz vor dem Prager Umsturz also, hatte die Hofer *Frankenpost* die Verhältnisse in dem bayerischen Regierungslager zur Aufnahme von illegalen, vor allem aus der sowjetischen Besatzungszone kommenden Grenzgängern in einer schonungslosen Reportage an die Öffentlichkeit gebracht.¹⁸⁸ Unter Bezugnahme auf diesen Be-

184 *Ebenda*.

185 *Ebenda*.

186 *Ebenda*.

187 Vgl. Barbara G. Bentley, Chairman, Czech Refugee Emergency Relief Committee, 16.4.1948; Barbara G. Bentley, Chairman, Czech Refugee Emergency Relief Committee, Summary of Meeting of Czech Camp Representatives, 23.4.1948; B.G. Bentley, Chairman, I. Gregor, Secretary, Czechoslovakian Democratic Relief Committee, Establishment of the Czechoslovakian Democratic Refugees Relief Committee sowie den von Barbara G. Bentley verfassten Chronological Report of Organization for Czech Relief, 30.4.1948 (sämtliche hier zitierten Dokumente des Komitees im *IfZ*: POLAD 820-2). – Vgl. dazu HOFFMANN: *Die Emigration aus der Tschechoslowakei*, I (Ms.), 117ff.

188 Vgl. Helmut F. Krüger: „Hinter Stacheldraht in Moschendorf. Ein Mitarbeiter der 'Frankenpost' geht als Beobachter unter illegale Grenzgänger“, in: *Frankenpost*, 21.2.1948. Nach dem Bericht Krügers hielten sich zu diesem Zeitpunkt rund

richt verglich der sozialdemokratische Abgeordnete Erich A. Behrlich im Bayerischen Landtag am 3. März das Lager Moschendorf aufgrund der äusseren Umstände – Stacheldrahtverhau, nächtliche Scheinwerferbeleuchtung, Präsenz der Polizei – mit einem „Behelfsgefängnis“ und fügte mit sarkastischer Schärfe hinzu: „Es ist also so wie ein KZ.“¹⁸⁹ Bei derselben Gelegenheit sprach sich Behrlich, der von 1934 bis 1939 als Emigrant in der Tschechoslowakei und danach in Schweden und Dänemark gelebt hatte, aber auch höchst kritisch über die „neue Art von Flüchtlingen“ aus, die der Februarumsturz über die Grenze nach Bayern strömen liess: „Das sind demokratische Emigranten, die sich diese Emigration hätten ersparen können, wenn sie selbst unerschütterlich am Prinzip der Duldsamkeit festgehalten hätten.“¹⁹⁰

Dass in der von materieller Not gekennzeichneten und von Emotionen aufgewühlten Situation der ersten Nachkriegszeit auch die Duldsamkeit der Deutschen und Sudetendeutschen erschöpft war, belegt sehr deutlich deren Reaktion auf die Aufnahme der tschechischen Flüchtlinge. In der Sitzung des Bayerischen Landtages vom 3. März wies Wolfgang Jaenicke, der Staatssekretär für Flüchtlingsfragen, darauf hin, dass einer Mitteilung des Regierungsbeauftragten in Regensburg zufolge nach der kommunistischen Machtübernahme achthundert Menschen aus der Tschechoslowakei nach Bayern gekommen seien und dass sich damit die Frage stelle, „was mit diesen Menschen geschehen soll“. Die Art und Weise, wie Jaenicke diese Frage selbst beantwortete, war für die Einstellung der deutschen Bevölkerung wie auch für die Sichtweise von Politik und Verwaltung in dieser Phase durchaus repräsentativ: „Es ist doch ausgeschlossen, dass wir sie in Wohnräumen unserer überlasteten Bevölkerung unterbringen. Es ist auch ausgeschlossen, dass wir sie in Lager bringen, wo sich Sudetendeutsche befinden; dies ist

1000 Personen im Lager Moschendorf auf. Zum Lager Hof-Moschendorf vgl. KORNRUMPF, Martin: *In Bayern angekommen: Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen.* München-Wien 1979, 142f. – Zu der Situation in den Lagern allgemein siehe PSCHIEDT, Edgar: *Die Flüchtlingslager in Bayern.* In: PRINZ, Friedrich (Hrsg.): *Integration und Neubeginn: Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.* Bd.1: Texte und Anmerkungen. Bd. 2: Dokumente. München 1984, hier I, 197-270.

189 *Verhandlungen des Bayerischen Landtags* [I. Wahlperiode], II. Tagung 1947/48. Stenographische Berichte, Bd. 2, Teil 2, 985.

190 *Ebenda*, 986.

nach all den schrecklichen Vorgängen, die sich in der Tschechei abgespielt haben, ganz ausgeschlossen. Ich habe daher heute an die Militärregierung die schriftliche Bitte gerichtet, die Militärregierung möge doch erreichen, dass uns DP-Lager zur Verfügung gestellt werden, wo wir diese aus ihrem eigenen Vaterland geflüchteten Leute unterbringen können.“¹⁹¹

Am 9. Juni 1948 leitete Ministerpräsident Ehard eine von Staatssekretär Jaenicke erarbeitete Denkschrift über die Überlastung Bayerns durch den fortwährenden Zustrom illegaler Grenzgänger an Land Director Van Wagoner weiter und verwies dabei auch auf die angespannte Situation in den beiden „Auffanglagern für Nationaltschechen“ in der Goethe-Schule in Regensburg und im Lager Schwabach II.¹⁹² In Anbetracht der weiterhin angespannten Lage sah sich die bayerische Regierung zum Handeln gezwungen. „Nach einer mit Fernschrift eingegangenen Minister-Entscheidung“, so der Wochenbericht der Regierung von Ober- und Mittelfranken vom 12. Juli 1948, „wurden die Stadt- und Landkreise angewiesen, unverzüglich zur Unterbringung der neu einströmenden Flüchtlinge aus der ČSR Tanzsäle, Turnsäle und u.U. auch Schulen nach dem Reichsleistungsgesetz zu beschlagnehmen, da die z.Zt. bereitstehenden Lager für eine Unterbringung nicht mehr ausreichen und die Zahl der Flüchtlinge, die aus der ČSR kommen, nicht abnimmt.“¹⁹³

Doch auch das Bestreben nach Isolierung und Ausgrenzung der tschechoslowakischen Flüchtlinge als Kollaborateure der Kommunisten machte sich auf deutscher Seite geltend. Wie die *Süddeutsche Zeitung* vom 23. März 1948 meldete, forderte die „Junge Union“ Oberpfalz in einer Entschliessung die deutschen Regierungsstellen und die amerikanische Militärregierung auf, „alle tschechoslowakischen Flüchtlinge in Lagern zusammenzufassen und genauestens zu überprüfen, weil die Gefahr bestehe, dass diese ‘angeblich politischen Flüchtlinge den Bolschewismus nach Bayern tragen’. Zur Verhinderung eventueller Grenzzwischenfälle müsste eine 50 Kilometer breite Sperrzone entlang der deutsch-tschechischen Grenze errichtet werden, in der sich kein Flüchtling aufhalten dürfe.“¹⁹⁴

191 *Ebenda*, 999.

192 Hans Ehard, Bavarian Minister President, an Murray D. Van Wagoner, OMGB, 9.6.1948, und Jaenicke, Flüchtlingslager, an Ministerpräsident Ehard, 14.4.1948. *BayHStA*: StK 114845.

193 Regierung von Ober- und Mittelfranken an die Militärregierung für Bayern, Zivilverwaltung Mr. Thomsen, Ansbach 12.7.1948. *BayHStA*: OMGBY 9/124-3/20-21.

194 „Tschechoslowakische Exilregierung?“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.3.1948.

Das emotionsgeladene Thema kam am 13. Mai im Landtag abermals zur Sprache, als ein von Fritz Linnert, einem eingesessenen bayerischen Abgeordneten der FDP, gestellter Antrag angenommen wurde. Die mit grosser Mehrheit gebilligte Fassung lautete: „Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Militärregierung sofortige Schritte zu unternehmen, damit für nach Bayern geflüchtete Tschechen kein Wohnraum in Privathäusern, Gaststätten oder öffentlichen Gebäuden beschlagnahmt wird.“¹⁹⁵ Der sozialdemokratische (aus Leipzig gebürtige) Abgeordnete Heinz Beck, der während des Dritten Reiches seit 1936 im belgischen, französischen und Schweizer Exil überlebt hatte, stellte in dieser hitzigen Asyldebatte des Landtags jedoch ausdrücklich fest: „Aber wir müssen das eine verlangen, dass wir, solange wir noch ein Stückchen Brot haben, es mit denen teilen, die bei uns Asyl suchen, wenn sie für die Freiheit, wenn auch mit Irrtümern, in ihrem eigenen Land gekämpft haben.“¹⁹⁶

Die Probleme der tschechischen Flüchtlinge in der amerikanischen Besatzungszone und insbesondere die Spannungen zwischen ihnen und den sudetendeutschen Lagerinsassen, die daraus resultierten, dass beide Gruppen sich auch im gemeinsamen Schicksal von Flucht und Vertreibung feindselig als Kriegsverlierer und Kriegsgewinner gegenüberstanden, fanden in der amerikanischen Presse sehr schnell ein weithallendes Echo. Die *New York Times* schilderte am 7. März in einer eigenen Reportage die Verhältnisse im Lager Moschendorf, das in der Zeit des Dritten Reiches für Zwangsarbeiter und nach dessen Zusammenbruch für deutsche Kriegsgefangene gedient hatte und das anschliessend für vertriebene Deutsche sowie illegale Grenzgänger und nunmehr auch für tschechische und slowakische Februarflüchtlinge genutzt wurde.¹⁹⁷ Massnahmen, die, wie in den Instruktionen

195 *Verhandlungen des Bayerischen Landtags*, 71. Sitzung, 13.5.1948, 1456-1458. – Vgl. dazu auch den Bericht „Tschechenflüchtlinge und Asylrecht“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 25.5.1948.

196 *Verhandlungen des Bayerischen Landtags*, 71. Sitzung, 13.5.1948, 1458.

197 Kathleen McLaughlin: „Czechs in Bavaria Protest on Care. Refugees Object to Being Put with Sudeten Germans in Camp for Exiles“, in: *The New York Times*, 7.3.1948. – Vgl. den Bericht der *New York Times* über die Zustände im Lager Moschendorf vom 9.3.1948 „Germans, Czechs Clash“ sowie den Artikel von Julia Edwards: „Fear Seizes Refugees of Czech Regime“, in *Herald Tribune*, 13.3.1948. Eine erste, ausgesprochen positive Stellungnahme tschechischer Flüchtlinge, zumindest was die Aufnahme durch die amerikanischen Behörden anbelangte, publizierte in der deutschen bzw. bayerischen Presse am 6.3.1948 die *Süddeutsche Zeitung*: „Tschechische Minister in Bayern. SZ-Gespräch mit den jüngsten politischen Flüchtlingen“.

Van Wagoners vom 8. März vorgesehen, der räumlichen Entflechtung dienen – so eine provisorische Verlegung der tschechischen Flüchtlinge in das Lager Schwabach bei Nürnberg –, waren nur ein erster Schritt, mit dem die Militärbehörden die Situation in den Griff zu bekommen trachteten.¹⁹⁸

In einem sechs Punkte umfassenden Memorandum forderte Walter Schoenstedt, der Welfare-Refugee Field Officer für den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz, am 9. März eine Überprüfung der bislang eingeleiteten Massnahmen.¹⁹⁹ Er verwies dabei auf das politische und moralische Interesse der USA an diesen „voluntary immigrants“ und zugleich auf die feindselige Einstellung der Deutschen. Er machte aber auch auf die mangelnde Bereitschaft der Februarflüchtlinge aufmerksam, sich in die deutschen Verhältnisse zu integrieren und sich zumindest zeitweise für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu engagieren. Da politische Aktivitäten der tschechoslowakischen Flüchtlinge und Emigranten zu erwarten und angesichts der Grenznähe „undesirable underground channels to their home country“ einzukalkulieren waren, plädierte Schoenstedt dafür, ihnen zu

198 Den schwierigen und unbefriedigenden Verhältnissen im Illegalen-Lager Moschendorf widmeten auch die ranghöchsten Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht ihre Aufmerksamkeit. General George P. Hays, der stellvertretende Militärgouverneur für Deutschland, fand sich am 11. Juni 1948 zu einer Besichtigung ein. Wenige Tage später, am 19. Juni, inspizierte der Direktor der US-Militärregierung für Bayern, Murray D. Van Wagoner, das Lager, um insbesondere auch die Unterbringung der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei zu kontrollieren. Vgl. „General Hays in Hof. Besuch des Lagers Moschendorf“, in: *Frankenpost*, 12.6.1948, und „Van Wagoner besuchte Hof. Er besichtigte das Lager Moschendorf“, in: *Frankenpost*, 23.6.1948. – Eine Woche nach dem Besuch des Chefs der amerikanischen Militärregierung für Bayern kam es zwischen den tschechoslowakischen und deutschen Lagerinsassen aus einem nichtigen Anlass, wegen eines Streits um ein Mädchen bei einer Tanzveranstaltung, zu schweren tätlichen Auseinandersetzungen. Während die deutsche Lagerleitung deshalb sogleich beim bayerischen Staatskommissar für das Flüchtlingswesen auf eine Verlegung der tschechoslowakischen Flüchtlinge drängte, wandte sich die tschechoslowakische Lagerleitung ebenfalls mit dem Wunsch um eine separate Unterbringung an die amerikanische Militärregierung. Der örtliche Flüchtlingskommissar der Militärregierung verfügte umgehend die sofortige Verlegung aller 350 tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die noch am selben Abend in einem Sonderzug in das unter der Verwaltung der IRO stehende Lager Schwabach gebracht wurden. Vgl. den Bericht „Messerstecherei in Moschendorf. Neun Verletzte / Alle 350 Tschechen nach Schwabach abtransportiert“, in: *Frankenpost*, 31.8.1948.

199 Walter Schoenstedt, Welfare-Refugee Officer, an OMGB Public Welfare Branch, Attn. Mr. Rovin, Voluntary Immigrants, 9.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 15/102-2/14.

helfen, in westlichen Ländern Asyl zu finden. Als Sofortmassnahme schlug er vor, die Flüchtlinge zunächst aus dem bayerisch-böhmischen Grenzgebiet möglichst nach Württemberg-Baden²⁰⁰ zu bringen. Sowohl im Interesse der Flüchtlinge als auch im Sicherheitsinteresse der Amerikaner setzte sich Schoenstedt für eine Versorgung durch die US-Armee ein. Zudem plädierte er dafür, die Zuständigkeit der deutschen Behörden zu beenden und den an den deutschen Begriff „Flüchtlinge“ erinnernden Terminus „Refugees“ zu vermeiden.²⁰¹ „It should be realized“, so schloss Schoenstedt programmatisch seine Ausführungen, „that subject persons come across the border expecting to be met by at least a friendly attitude on the part of Military Government. They are extremely positive towards the United States and should be considered as Allied Nationals as well as potential exponents of the Western cause – which cannot be said of the majority of Sudeten-German ‘Flüchtlinge’.“²⁰²

200 Die amerikanische Militärregierung hatte am 19.9.1945 die in ihrem Besatzungsgebiet befindlichen nördlichen Teile der historischen Länder Württemberg und Baden zu dem Land Württemberg-Baden mit Regierungssitz in Stuttgart vereinigt. Nach einer Volksabstimmung am 9.12.1951 wurde 1952 das neue Bundesland Baden-Württemberg konstituiert.

201 Vgl. dazu auch das Protokoll einer Lagebesprechung vom 4.3.1948, an der für die amerikanische Militärregierung in Bayern Vertreter der Finance Division, Public Welfare Branch, Legal Division, Public Safety und Public Information teilnahmen: Meeting in Mr. Sim's Office, Topic of Discussion – Current Czech Border Crossers. *BayHStA*: OMGBY 15/102-1/30. – Zur Handhabung des Begriffs „Flüchtling“ in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vgl. KORNRUMPF: *In Bayern angekommen*, 52ff.

202 Am 23. März 1948, als bereits 2000 „Czechoslovak nationals“ in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands geflohen waren, resümierte Charles Rovin, der Leiter der Flüchtlings- und DP-Abteilung bei der Militärregierung in Bayern, noch einmal deren Klagen über die Gleichstellung mit den deutschen „Flüchtlingen“ und die Spannungen mit den vertriebenen Sudetendeutschen. Nach Ansicht Rovins war abzusehen, dass einige der Beschwerden der Februarflüchtlinge „will reach interested organizations and individuals in the United States, and may result in criticism of Military Government policy“. Um einer solchen Entwicklung zuvorzukommen, schlug er vor, „that, if possible, Czechoslovak nationals be concentrated in the western part of the US Zone in several large installations. These installations can retain German administration and responsibility but will permit internal camp administration by the Czechoslovak inmates and will provide an opportunity for interested organizations or individuals to supplement the German ration by gifts.“ Charles B. Rovin, Chief Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Land Director OMGB, 23.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 15/102-1/30.

Am selben Tag, als Schoenstedt der Militärregierung in Bayern seine Vorschläge vorlegte, also unmittelbar vor dem Tod von Aussenminister Jan Masaryk, der die politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei erneut in das Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit rückte, gab der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, in Berlin eine Pressekonferenz. Dort äusserte sich Clay erstmals auch öffentlich zu dem Thema der seit dem Februarumsturz in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands strömenden Flüchtlinge. Seine Feststellungen liessen erkennen, dass die amerikanische Militärregierung in dieser Frage noch über kein klares Konzept verfügte und dass die von ihr bislang ergriffenen Massnahmen rein provisorischen Charakter trugen. Mit der Frage konfrontiert, welche Politik von amerikanischer Seite gegenüber den tschechischen Flüchtlingen verfolgt werde, gab Clay die lapidare Antwort: „I don't know that we have a policy on Czech refugees, but if people from Czechoslovakia come into our zone, why there they are. We have no intention of searching them out and running them back.“ Auf die Zusatzfrage, ob die Flüchtlinge eine andere Behandlung erfahren würden als die „ordinary DPs“, die sogenannten Displaced Persons,²⁰³ gab der Militärgouverneur zu verstehen, dass dies „under our present policy“ nicht der Fall sei. „Those that come in have to live as any other visitors that come into Germany“, lautete sein bündiger Kommentar. Sie hätten wohl Anspruch auf eine Bezugskarte und auf Unterbringung – Clay sprach in diesem Zusammenhang sehr unbestimmt von „some sort of billet accommodation“ –, hätten aber ansonsten für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Eine Betreuung der tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge durch die International Refugee Organization war zunächst aufgrund der von ihm erlassenen „Freeze Order“ ausgeschlossen.²⁰⁴

Bei der Berliner Pressekonferenz vom 9. März gab General Clay ausserdem zu verstehen, dass die tschechoslowakischen Flüchtlinge, sofern sie über die erforderlichen Visa eines entsprechenden Aufnahme- bzw. Gastlandes verfügten, jederzeit die Genehmigung für die Ausreise aus der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands erhalten würden. Während er gegen die Einrichtung eines „pure relief and benevolent committee“ keine Ein-

203 Vgl. JACOBMEYER, Wolfgang: *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer: Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951*. Göttingen 1985. – WYMAN, Mark: *Europe's Displaced Persons*. Philadelphia 1989.

204 Vgl. „Czech Refugees Face Ban in U.S. Zone Camps“, in: *The New York Times*, 14.3.1948.

wände erhob, stellte er für die Militärregierung jedoch klar: „We certainly don't propose to permit political activities to be conducted in the US Zone while it is under the Army of Occupation, other than the normal German activities authorized.“²⁰⁵

Wenn General Clay auch den politischen Aspekt der Fluchtbewegung ansprach, so äusserte er sich selbstverständlich nicht über die interne Differenzierung und Separierung von High und Low Level Category Flüchtlingen. Diese Frage stellte sich für ihn schon deshalb nicht, weil die Flucht der prominenten antikommunistischen Regimegegner nach Deutschland nur eine kurze Durchgangsstufe ihrer Emigration in die Länder der westlichen Alliierten darstellte. Die High Category Flüchtlinge, die im engeren Sinne des Wortes politischen und im Blick auf die Führungen des Kalten Krieges als hochkarätig eingestuft wurden, tangierten die Militärregierung für Bayern daher nur am Rande. Abgesehen davon, dass sie schon in quantitativer Hinsicht eine untergeordnete Rolle spielten und ausserdem in die unmittelbare Zuständigkeit des Central Intelligence Corps fielen, wurden sie nach der ersten Aufnahmeverfahren in der Regel auf direktem Wege in das Hauptquartier des European Command nach Frankfurt am Main geschickt. In Oberursel, einem in der Nähe von Frankfurt am Main gelegenen Ort, wurden die prominenten Flüchtlinge im sogenannten Alaska-House, von der Aussenwelt hermetisch abgeschirmt, von führenden Mitarbeitern des European Command Intelligence Center (ECIC) einer intensiven Befragung unterzogen. Nach einem meist nicht langen Aufenthalt führte sie von hier aus der Weg unmittelbar in die Emigration, vorwiegend in die Vereinigten Staaten, nach Grossbritannien oder Frankreich. In dem Alaska-House fanden sich nach dem Schock der Niederlage im Kampf gegen die KPTsch und der völligen Ausschaltung aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben erstmals die Mitglieder der Demissionsparteien zusammen, um sich in Freiheit und aller Offenheit über die Herausforderungen der neuen Situation und damit vor allem über die Probleme und Aufgaben eines „třetí odboj“, eines neuerlichen tschechoslowakischen Exils, zu beraten.²⁰⁶

205 Die komplette Niederschrift der Pressekonferenz befindet sich in den Akten des Hauptstaatsarchivs Stuttgart: OMGWB 12/226-3/1. – Vgl. dazu auch „Asylum to Czechs is Offered by Clay“, in: *The New York Times*, 10.3.1948.

206 Hierzu in Vorbereitung HOFFMANN, Roland J.: *Die Emigration aus der Tschechoslowakei, 1948–1956*. Teil 2: Politik und Programme. Darstellung und Dokumentation.

Im Gegensatz zu dem kleinen und elitären Zirkel der Prominenten oder der als solchen Klassifizierten stellte die Gruppe der nichtprominenten Flüchtlinge die amerikanische Militärregierung schon aufgrund ihres grösseren Umfangs und ihres absehbaren weiteren Anwachsens vor erhebliche Schwierigkeiten. Dies galt besonders für die Militärregierung des direkt an die Tschechoslowakei grenzenden und von der Fluchtwelle primär betroffenen Bayern. Wenn sie sich gegen ein pauschales „preferential treatment“ aussprach, so hatte sie dafür gewiss ihre besonderen Gründe: Sie war es, die in erster Linie gefordert war, da sie die hauptsächlich über die tschechoslowakisch-bayerische Grenze kommenden Flüchtlinge aufzunehmen hatte. Zudem war die amerikanische Militärregierung für jenen Teil des besetzten Deutschlands verantwortlich, der als unmittelbare Folgelast des Zweiten Weltkriegs den höchsten Anteil an Vertriebenen, Flüchtlingen und Displaced Persons aufwies. Mit ihrer Ablehnung eines generellen „preferential treatment“ entsprach sie damit freilich nicht den Vorstellungen und Wünschen der tschechoslowakischen Flüchtlinge, die sich als Verbündete der westlichen Alliierten betrachteten und schon aus diesem Grunde gegen eine Gleichbehandlung mit den deutschen Vertriebenen protestierten und auf eine Separierung von anderen Nationalitäten sowie auf eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung in den Lagern und baldige Emigration aus Deutschland drängten.²⁰⁷

Laut einem Bericht der Militärregierung war nach dem Stand vom Juni 1948 von den über neun Millionen Einwohnern Bayerns ein Viertel nicht-bayerischer Herkunft. Das Hauptkontingent bildeten die Sudetendeutschen mit 1.038.000 sowie die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neisse mit 606.000 Personen. Aus Ungarn kamen 51.000 und aus „anderen Ländern“ insgesamt 170.000 Personen.²⁰⁸ Diese Zahlen spiegelten eine enorme Bevölkerungszunahme wider, die noch nicht abgeschlossen war, sondern weiterhin andauerte. Die hauptsächliche Ursa-

207 Vgl. den Bericht von Charles B. Rovin, Chief Ref DP Sec, Pub Welf & DP Branch, an Land Director OMGB, 23.3.1948, *BayHStA*: OMGBY 15/102-1/30, die vom 9.5.1948 datierte Eingabe des „Committee of the Czechoslovak Democratic Refugees Schwabach“ sowie die Stellungnahme des Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen im Landkreis Schwabach vom 24.5.1948, *ebenda*, 9/124-3/20-21.

208 Report on Refugees and Displaced Persons in Land Bavaria prepared by Office of Military Government for Bavaria for Visiting Delegates of the Empire Parliamentary Association. Das Begleitschreiben zu dem Bericht ist vom 21.10.1948. *BayHStA*: OMGBY 13/128-1/5.

che hierfür lag darin, dass aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, aber auch gerade von der Grenze der Tschechoslowakei her ein Strom illegaler Immigranten zufloss.

Es gehört zur bitteren Ironie der Geschichte der aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangenen und auf den Ruinen des Zweiten Weltkrieges wiedererstandenen Tschechoslowakei, dass nach der kommunistischen Machtergreifung Tschechen und Sudetendeutsche – wenn auch nicht gemeinsam und aus denselben Gründen, so doch in einem ähnlichen Schicksal vereint – zu Tausenden über die grüne Grenze nach Bayern, in das zerstörte und besetzte Deutschland flohen. Ihr unmittelbares Fluchtziel war somit jenes Land, dessen Herrschaft die einen als lebensbedrohendes Trauma gerade abgeschüttelt zu haben meinten und in das die anderen innerhalb eines knappen Jahrzehnts mitsamt ihrer Heimat zunächst „heimgekehrt“ und wie in einem zur entsetzlichen Wirklichkeit gewordenen Alptraum ohne ihre Heimat schliesslich „abgeschoben“ worden waren: jener Teil Deutschlands also, der mit dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges zum Einlassort, aber auch sehr bald zum Glacis des Westens werden sollte.

Am 29. Oktober 1946 war mit der symbolischen Verabschiedung des letzten Deportationszuges in Karlsbad (Karlovy Vary) durch Innenminister Nosek der von der Potsdamer Konferenz sanktionierte „Transfer“ der Sudetendeutschen aus der ČSR zwar offiziell, aber bis zum Jahresende noch nicht de facto abgeschlossen worden.²⁰⁹ In der Folgezeit gelangten – von den sogenannten Antifa-Transporten abgesehen²¹⁰ – zumindest auf quasi-

209 In einem vom State Department dem Weissen Haus vorgelegten Bericht vom 5. November 1946 heisst es: „Although Czech officials have led the public to believe that the expulsion of Sudeten Germans has come to an end, Steinhardt reports that expellees are being sent from Czechoslovakia to the US zone in Germany at the rate of about 20,000 per month.“ NA: RG 59, General Records of the Department of State. White House Daily Summaries of the Executive Secretariat, 1946-50, Box 16. Vgl. dazu auch STANĚK, Tomáš: *Odsun Němců z Československa 1945–1947*. Praha 1991, 225ff.

210 Vgl. hierzu FOITZIK, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 31 (1983), 308-334. – KAPLAN, Karel: *Poválečné Československo 1945–1948: Národy a hranice*. München 1985, 155-158. – STANĚK: *Odsun Němců*, 140-155 und 274-289. – WILLE, Manfred: Die „freiwillige Ausreise“ sudetendeutscher Antifaschisten in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands – erfüllte und enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen. In: Ders. (Hrsg.): *Die Sudetendeutschen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands: Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche*. Magdeburg 1993, 28-61. – SCHNEIDER, Uwe: Bemerkungen zur Aussied-

legalem Wege, und zwar im Rahmen der Familienzusammenführung, nur noch wenige Sudetendeutsche in die westlichen Zonen Deutschlands. Wenig bekannt ist, dass der Februarumsturz auch unter den in ihrer Heimat zumeist wegen ihrer Qualifikation als unersetzliche Facharbeiter zurückgehaltenen Sudetendeutschen eine Fluchtwelle auslöste. Dies war nicht zuletzt eine Reaktion auf die mit dem „odsun“ bezweckte völlige Auslöschung der Kollektivexistenz der Sudetendeutschen in der angestammten Heimat und den damit verbundenen Perspektive- und Identitätsverlust. Aus den Berichten der amerikanischen Besatzungsbehörden und der bayerischen Landesgrenzpolizei geht hervor, dass das neue Regime verstärkt Pressionen anwandte – so mit der Drohung der Zwangsumsiedlung ins tschechische Landesinnere oder gar der Zwangsarbeit in den St. Joachimsthaler Urangruben und in Kohlebergwerken. Auf diese Weise sollten auch noch die letzten in ihrer Heimat zurückgebliebenen Sudetendeutschen assimiliert bzw. zum Verlassen des Landes gedrängt werden. Im Gegensatz zu den tschechischen und slowakischen Februarflüchtlingen wurden ihrer Flucht keine grösseren Hindernisse in den Weg gelegt. Es geschah sogar nicht selten, dass die tschechoslowakischen Grenzbehörden den illegal nach Bayern ausreisenden Sudetendeutschen aktiv Fluchthilfe leisteten.²¹¹ Während die tschechischen und slowakischen Flüchtlinge als bürgerliche Klassenfeinde und nationale Verräter ihr Land freiwillig-unfreiwillig verlassen mussten, resultierte die unfreiwillig-freiwillige Migration der Sudetendeutschen aus der von der KPTsch systematisch fortgeführten Politik der Schaffung eines national homogenen tschechischen bzw. tschechoslowakischen National-

lung der sudetendeutschen Antifaschisten aus der ČSR und zu ihrer Aufnahme in Sachsen 1945 bis 1946. In: *Die Sudetendeutschen in Nordböhmen: Situation nach 1918, Vertreibung in die Sowjetische Besatzungszone und Ankunft in Sachsen 1945/46*. Hrsg. v. Manfred Jahn. Dresden 1993, 78-85. – Ders.: Die deutschen Antifaschisten in der ČSR im Jahre 1945, die Situation nach Kriegsende und Aussiedlung in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ). In: *Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen: Begleitband zur Ausstellung*. Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs. München 1995, 257-276. – WERNER, Emil: Die Antifa-Transporte in den Westen. *Ebenda*, 277-298.

211 Vgl. etwa den Bericht des Oberfinanzpräsidiums München vom 4.3.1948, *BayHStA: OMBGY 10/89-3/1*, sowie den Artikel „Der Flüchtlingsstrom reisst nicht ab. Gouverneur Wagoner fordert schärfere Bewachung der bayerisch-tschechischen Grenze“, in: *Münchner Merkur*, 5.7.1948. – Dazu auch die Aussagen der Abgeordneten Maria Probst und des Innenministers Willi Anker Müller in der 77. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 2.7.1948, 1606-1609. – BAUER, Franz J.: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950*. Stuttgart 1982, 193f.

staates.²¹² So unterschiedlich beide migratorischen Prozesse in ihren Ursachen waren, so verschiedenartig waren sie auch in ihrem Verlauf und in den sozialen wie vor allem politischen Konsequenzen, die sie für die Konstituierung der Emigration und des Exils von Sudetendeutschen und Tschechen nach sich ziehen sollten.

Bevor die Aufnahme der tschechischen und slowakischen Flüchtlinge in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands weiterverfolgt werden soll, seien zunächst einige statistische Daten zum Verlauf der Fluchtbewegung sowie zur nationalen, sozialen und politischen Zusammensetzung der Flüchtlinge angeführt. Hatten in den ersten Tagen nach dem Februarumsturz nur wenige Flüchtlinge die Grenze illegal überschritten, so sollte sich dies sehr schnell ändern. In seinem Bericht vom 2. März 1948 an Land Director Van Wagoner schätzte Flüchtlingsoffizier Rovin die Zahl der seit dem Februarumsturz nach Bayern entkommenen Tschechen und Slowaken auf fünfhundert bis tausend.²¹³

Von diesem Zeitpunkt an wurden etwa 70 Flüchtlinge pro Tag registriert, die von den deutschen und amerikanischen Behörden aufgegriffen wurden.²¹⁴ Am 8. März gaben die zuständigen CIC „Regions“ IV, V und VI, d.h. die Regionen Regensburg, Bamberg und München, die Zahl der Flüchtlinge mit insgesamt 517 an.²¹⁵ Bis zum 15. März hatte das CIC 1080 illegale Grenzgänger „contacted“ und 30 „important border crossers“ an das European Command Intelligence Center (ECIC) weitergeleitet.²¹⁶

212 Vgl. STANĚK, Tomáš: Německá národnostní skupina v Československu v letech 1947–1986: Stručný přehled problematiky. In: *Slezský sborník*, 88 (1992), 81–95, hier 81ff. – Ders.: *Německá menšina v českých zemích 1948–1989*. Praha 1993, 66–84. – KUČERA, Jaroslav: Die rechtliche und soziale Stellung der Deutschen in der Tschechoslowakei Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre. In: *Bohemia*, 33 (1992), 322–337.

213 Charles B. Rovin, Chief Refugee Sec., Public Welfare Br., an Land Director OMGB: Influx of Refugees from Czechoslovakia, 2.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 10/92-2/5.

214 V Security: Czech Nationals Seek Refuge. *BayHStA*: OMGBY 10/89-2/30. Vgl. dazu die von der bayerischen Landesgrenzpolizei der Militärregierung vorgelegte und bis April 1948 reichende graphische Darstellung der statistisch in Marktredwitz, Furth i.W. und Passau sowie insgesamt erfassten Fluchtvorgänge: Illegal Crossing of Border since Government Crisis in the ČSR. *Ebenda*.

215 Wolbier, Analysis Br., Intelligence Division OMGB, an Col. Rodes, Office of Dir. of Intel., OMGUS, Refugees from Czechoslovakia, 8.3.1948. *Ebenda* 10/89-3/1.

216 David G. Erskine, Colonel Commanding, Headquarters 970th Counter Intelligence Corps Detachment European Command, Memorandum to Chief, Operations Branch, Czech Situation Spot Report, 15.3.1948. *IfZ*: POLAD 820-1.

Welche Schwierigkeiten die statistische Erfassung, die die zuständigen Behörden nicht selten zu umgehen suchten, in Wirklichkeit bereitete, belegt recht anschaulich der vom selben Tag datierte Bericht des Welfare-Refugee Officer für den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz. Danach waren etwa achthundert „Czechoslovak nationals“ in Lagern untergebracht, und – so Flüchtlingsoffizier Rovin – „probably several hundred additional persons have entered and have either made their own living arrangements, passed on to other zones of Germany, or may be in CIC custody“. Zu diesem Zeitpunkt schätzte Rovin den Zustrom auf rund hundert Personen pro Tag.²¹⁷ Eine Woche später ging der amerikanische Flüchtlingskommissar für Bayern von einem weiterhin konstanten Zustrom von täglich etwa hundert Personen und einer Gesamtzahl von knapp über zweitausend Flüchtlingen in den Besatzungszonen der Westmächte aus. Davon lebten etwa tausend Personen innerhalb organisierter Lager in Bayern und zwei- bis dreihundert ausserhalb von Lagern. Dreihundert Personen waren nach Württemberg-Baden in Lager verlegt worden. Die Zahl der „infiltrates“ in Württemberg-Baden und Hessen betrug nach Rovins Bericht damals hundert, in der britischen Zone zweihundert. Im Hinblick auf die vom CIC zurückgehaltenen, offenbar „prominenten“ Flüchtlinge belies es der Flüchtlingskommissar bei der Aussage „undetermined number“.²¹⁸ Nach seiner Meldung vom 30. April hatten bis zum 26. des Monats um die 3500 „Czech Nationals“ den Weg nach Bayern gefunden, womit der Tagesdurchschnitt der Flüchtlinge von hundert auf fünfzig bis sechzig Personen gefallen war.²¹⁹

Ausserordentlich krasse Unterschiede in den Zahlenangaben finden sich in den britischen Unterlagen. In einem Telegramm des britischen Botschafters in Washington an das Foreign Office vom 21. April 1948 ist unter Bezugnahme auf das State Department zu diesem Zeitpunkt von 7000 Flüchtlingen in der US-Zone die Rede und von zweihundert Personen, die täglich aus der ČSR entkämen.²²⁰ In einem nicht sonderlich gut informierten Be-

217 Charles B. Rovin, Chief Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Bolls, Deputy Land Director, Czechoslovak Refugee Situation to Date, 15.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 15/102-1/30.

218 Charles B. Rovin, Chief Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Director Civil Administration Division, Influx of Czechoslovak nationals, 23.3.1948. *Ebenda*.

219 Charles B. Rovin, Pub Welf & DP Branch, an Civ Admin Division, OMGUS, 30.4.1948. *Ebenda*.

220 From Washington to Foreign Office, No. 1951, 21.4.1949 (unter Bezugnahme auf F.O. Tel. No. 1931 an Brit. Militärmission in Berlin „Czech Refugees“ vom 21.4.1948). *PRO*: FO 371/72091 A.

richt des britischen Botschafters Dixon in Prag an das Foreign Office vom 23. April heisst es: „Estimates of the numbers involved vary from 3000 upwards and I have been informed that the American authorities have screened no less than 2800 former members of the Czechoslovak air force, both officers and men.“²²¹ Eine Delegation von Abgeordneten des Unterhauses, die am 17. Juni 1948 im Foreign Office wegen der Situation der Februarflüchtlinge vorstellig wurde, erhielt die Auskunft, dass sich in der britischen Besatzungszone Deutschlands bis dahin etwa dreihundert und in der US-Zone ungefähr zehntausend Personen eingefunden hätten.²²² Das Londoner Czechoslovak Relief Committee for Political Refugees ging in seinem an eine Reihe von zuständigen Stellen der Alliierten gerichteten und vom 14. Mai 1948 datierten Bericht von einer Gesamtzahl von zehn- bis zwölftausend „Czechoslovak refugees“ seit dem Februarumsturz aus.²²³ Der in Chicago erscheinende *Denní hlasatel* registrierte am 8. April 1948 dreitausend, am 3. Mai zehntausend und am 19. August dreissigtausend tschechische und slowakische Flüchtlinge in der US-Zone Deutschlands.

Die Zahlen des CIC Headquarters Frankfurt fielen niedriger aus als die der Militärregierung für Bayern. Sie waren aber, wie aus den Unterlagen hervorgeht, offenkundig die präziseren.²²⁴ In der Statistik des CIC wurden die „Czechs“ bzw. „Czechoslovak Nationals“ sowohl gemeinsam in einer Rubrik mit den „Sudetens“ bzw. „Sudeten Germans“ oder „Sudeten Nationals“ aufgeführt als auch getrennt von ihnen: Vom Stichtag des 23. Februar bis zum 10. Mai 1948 hatten demzufolge 3627 Tschechen und 2256 Sudetendeutsche die grüne Grenze überschritten.²²⁵ In einem Bericht der Militärregierung für Bayern vom selben Tag wird hingegen von vier- bis vierinhalbtausend „Czechoslovak Nationals“ ausgegangen. Während hinsichtlich der Tschechen und Slowaken konstatiert wurde, dass die Zahl der nach Bayern kommenden Flüchtlinge leicht abnehme und im Tagesschnitt etwa 60 betrage, wurde bei den illegalen Grenzübertritten der Sudetendeutschen ein starkes Anwachsen auf rund tausend Flüchtlinge pro Woche, also auf

221 From Prague to Foreign Office, Mr. Dixon, No. 37, 23.4.1948. PRO: FO 371/72090.

222 F.B.A. Rundall, 17.6.1948, Czech Refugees. PRO: FO 72091 A.

223 E. Leiss, Secretary, Czechoslovak Relief Committee for Political Refugees, an Gerald Keith, Counsellor of Embassy, American Embassy, London, England, 14.5.1948. IZ: POLAD 820-2.

224 Vgl. die Ausführungen von Paul E. Moeller, Acting Chief Research Br., an Paul Barnett, Acting Chief Analysis Br., 3.5.1948. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1.

225 E. Kenneth Kiefer: Sudeten and Czech Nationals Entering Bavaria. Source: 970 CIC Headquarters Frankfurt. *Ebenda*.

täglich über 140 Personen registriert.²²⁶ Aus dem Bericht des Regierungsauftragten für das Flüchtlingswesen im Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken an die amerikanische Militärregierung vom 26. Mai 1948 ergibt sich für diesen – für die Fluchtbewegung aus der Tschechoslowakei wichtigsten – Abschnitt folgende Aufschlüsselung: Damals hielten sich in der für die sogenannten „Nationaltschechen“ eingerichteten Auffangstelle Schwabach Lager Vogelherd II insgesamt 981 Personen auf und im Grenzlager Hof-Moschendorf 76. In dem für die „illegalen Sudetendeutschen“ bestimmten Bayreuther Lager Festspielhügel befanden sich 463 und im Grenzlager Furth im Wald 2260 Personen.²²⁷

Am 1. August 1948, zu einer Zeit also, als die Unterbringung und Versorgung der tschechoslowakischen Februarflüchtlinge weitgehend in die Hände der International Refugee Organization überging, war nach Angaben der Militärregierung für Bayern die Zahl der tschechischen und slowakischen Personen, die in das Land geflohen waren, auf 5600 angewachsen.²²⁸ Um überblickshalber für das Jahr 1948 noch eine letzte Zahl anzugeben, sei hier auf den im Januar 1949 erstellten Bericht über „Some Aspects of the Refugee Situation in Bavaria“ verwiesen. Im Hinblick auf die hohe Belastung, welche die illegalen Grenzgänger für das Land darstellten, wurde dort ausgeführt: „A peak was reached in 1948 when 26,368 Czechs and Sudeten Germans fled the Communist putsch to seek refuge in Bavaria.“²²⁹ Das Zahlenverhältnis zwischen Tschechen bzw. Tschechoslowaken und Sudetendeutschen wurde in dem Bericht nicht angegeben, nur die Gesamtsumme.

Die sudetendeutschen Flüchtlinge – wie die Sudetendeutschen in der Vertreibung insgesamt – strebten bei allem erklärten oder latenten Rückkehrwillen eine möglichst zügige soziale, wirtschaftliche und politische Integration in die allgemeinen Verhältnisse Nachkriegsdeutschlands an.²³⁰

226 William R. Gosser A/Chief, Public Welfare & DP Br., an Land Director OMGB, 10.5.1948. BayHStA: OMGBY 15/102-1/30.

227 Heinrich Stephan, Regierungsbeauftragter für das Flüchtlingswesen im Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken, an die Militärregierung für RB Ober- und Mittelfranken, Civil Administration Field Team, 26.5.1948. BayHStA: OMGBY 9/124-3/20-21.

228 Albert C. Schweizer, Director Civil Administration Div. OMGB, an Director Office of Military Government Hesse, 9.8.1948. BayHStA: OMGBY 13/128-1/5.

229 Donald T. Shea, Director Intelligence Division OMGB, Special Weekly Intelligence Report Nr. 36, 1949. BayHStA: OMGBY 13/134-3/3.

230 Eine eigenständige und quellenkritisch fundierte Geschichte der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg liegt bislang nicht vor. An Einzeldarstellungen zu der Frage der sozialen und politischen Integration in Bayern sind zu nennen: HABEL,

Dieses Bedürfnis nach Eingliederung entsprach freilich nicht allein dem Gebot und der Not des Augenblicks. Integration und Assimilation der Sudetendeutschen in den Besatzungszonen Nachkriegsdeutschlands waren auch das strategische Ziel der von der tschechoslowakischen Regierung – sowohl der alten als auch der „wiedergeborenen“ Nationalen Front – verfolgten, hartnäckig verteidigten ethnischen „očista“-Politik des „odsun“. Die völlige Verschmelzung der Sudetendeutschen mit ihrer neuen Heimat und damit die Auslöschung ihrer spezifischen Kollektivexistenz entsprach aber – von der tschechoslowakischen Diplomatie in dieser Beziehung nachdrücklich gedrängt – auch den Intentionen der USA als einer für den „Transfer“ verantwortlichen Signatarmächte des Potsdamer Abkommens.²³¹ Für praktisch alle tschechischen und slowakischen Flüchtlinge hingegen besass die möglichst zügige Weiterreise aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten, Kanada, Grossbritannien und anderen Ländern des Westens unter den gegebenen Umständen höchste Priorität.

Da einer umgehenden und reibungslosen Emigration grösserer Gruppen in diese Länder jedoch beträchtliche Hindernisse entgegenstanden, mussten sich nicht nur die tschechoslowakischen Flüchtlinge, sondern auch die für sie zuständigen amerikanischen und deutschen Stellen auf eine längere Verweildauer einrichten. Eine der ersten Massnahmen, zu denen sie sich genötigt sahen, um das von Flüchtlingen, Vertriebenen und Displaced Persons bereits stark in Anspruch genommene Bayern zu entlasten, bestand darin, die „Czechoslovak nationals“ – so wie die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge auch – einem bestimmten Schlüssel entsprechend auf die ver-

Fritz Peter: *Historische, politische und soziale Voraussetzungen des Zusammentreffens zwischen Bayern und Sudetendeutschen nach 1945*: Ein Beitrag zum Strukturwandel Bayerns. München 1968. – BAUER, Franz J.: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950*. Stuttgart 1982. – PRINZ (Hrsg.): *Integration und Neubeginn*. – GLETTLER, Monika (Hrsg.): *Landtagsreden zur bayerischen Vertriebenenpolitik, 1946–1950*. Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs. München 1993. – WILLE (Hrsg.): *Die Sudetendeutschen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*. – Ferner der demnächst in der Reihe der Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum in München erscheinende Aufsatz von PSCHIEDT, Edgar: Zur Integration der Sudetendeutschen in Bayern.

231 Vgl. dazu den Bericht von Legationssekretär Bruins an den Secretary of State vom 19.12.1947 mit den beigefügten Materialien in: *FRUS 1947*, Bd. 4, 253f., sowie GROSSER, Thomas: Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945. In: GROSSER, Thomas und Christiane – MÜLLER, Rita – SCHRAUT, Sylvia: *Flüchtlingsfrage – Das Zeitproblem*. Mannheim 1993, 11–54.

schiedenen Länder der US-Zone zu verteilen. Am 12. März 1948 wurde die Militärregierung für Bayern beim OMGUS mit der Bitte vorstellig, dass die anderen Länder der US-Zone 50 Prozent der „Czechoslovak nationals“ übernehmen sollten.²³² Nachdem in Bayern in Hof-Moschendorf, Schwabach und Regensburg drei Auffanglager für die tschechischen und slowakischen Flüchtlinge eingerichtet worden waren, nahm am 15. März Württemberg-Baden im Lager Wasseraufingen „freiwillig“²³³ einen ersten Transport von 312 Personen aus dem Lager Goethe-Schule in Regensburg auf.²³⁴ Die Situation in Württemberg-Baden war insofern von besonderer Pikanterie, als der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen Willi Bettinger ein bekannter und politisch aktiver Kommunist war. Die Militärregierung zögerte deshalb schon aus psychologisch-propagandistischen und vor allem aus Sicherheitsgründen nicht, die württemberg-badische Regierung auf die Abberufung des kommunistischen Flüchtlingskommissars zu drängen.²³⁵ Auch Hessen, das sich mit Verweis auf seine eigene hohe Belastung mit Flüchtlingen zunächst dagegen sträubte,²³⁶ übernahm auf verbale Anweisung der amerikanischen Militärregierung ein erstes Kontingent von 300 Personen aus Regensburg, die am 26. März 1948 im Lager Dieburg Aufnahme fanden.²³⁷

232 Charles B. Rovin, Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Bolls, Deputy Land Director, 15.3.1948, und Van Wagoner, OMGB, Message: Influx of Czechoslovak Nationals and Transfer of Persons Ineligible, 12.3.1948. *BayHStA*: OMGBY 15/102-1/30.

233 *Ebenda*.

234 Charles A. Palette, OMGWB Aalen, Special Report: Arrival of Czechoslovakian Persecutees in Aalen, 16.3.1948. *HStASt*: OMGWB 12/226-3/1. – Vgl. MÜLLER, Ulrich: *Fremde in der Nachkriegszeit*: Displaced Persons – zwangsverschleppte Personen – in Stuttgart und Württemberg-Baden 1945–1951. Stuttgart 1990, 66ff.

235 Peter Vacca, Dir. Intel. Div., an Dir. OMGWB, Czechoslovakian Refugees, 16.3.1948, und Morris O. Edwards, OMGWB Stuttgart, an Commanding General OMGUS Berlin, 26.3.1948. *HStASt*: RG 260 OMGWB 12/226-3/1.

236 Vgl. den Bericht Charles B. Rovins vom 15.3.1948 an den Deputy Land Director. *BayHStA*: OMGBY 15/102-1/30.

237 Peter Paul Nahm vom hessischen Landesamt für Flüchtlinge an den Länderrat Stuttgart – Ausschuss für Flüchtlingswesen – z.Hd. Landrat Middelmann, 24.3.1948. *HHStA*: Abt. 503, Nr. 104. – Dazu zusammenfassend der „Six months' Report of Refugee & Expellee Resettlement Section. Public Welfare, OMGH, Period 1 January – 20 June 1948“. OMGH. Civil Administration Division, Public Welfare & DP Branch, 30.11.1948. *HHStA*: OMGH 8/68-3/3. Nach diesem Halbjahresbericht der amerikanischen Militärregierung hielten sich Mitte Juni 1948 1300 Tschechen bzw. Tschechoslowaken in hessischen Flüchtlingslagern auf.

EXKURS ZUR SOZIOLOGIE DER FEBRUAR-EMIGRATION

Dem Sinn für empirische Fakten der amerikanischen Besatzungsbehörden ist es zu danken, dass die soziale und auch politische Zusammensetzung der tschechischen und slowakischen Februar-Emigration – soweit sie das Durchgangsstadium in der deutschen US-Zone durchlief – ausgesprochen gut dokumentiert ist.²³⁸ Noch bevor die detaillierten Befragungsergebnisse des CIC vorlagen, war die Militärregierung für Bayern hinsichtlich der vom 2. bis 9. März erfassten Flüchtlinge aufgrund eigener Beobachtungen sowie der Erkenntnisse der bayerischen Landesgrenzpolizei und der deutschen Zollorgane zu dem Schluss gekommen, „that most of the crossers are former government officials, professional persons, or owners of stores and factories“.²³⁹ Fiel die Einschätzung dieser ersten Welle der Fluchtbewegung verständlicherweise recht pauschal aus, so änderte sich dies sehr schnell mit der festeren Etablierung der Lager. Zwei vom 10. und 13. April datierte Listen des Lagers Burg im hessischen Dillkreis, welche die beruflichen Angaben von 232 bzw. 152 Personen enthalten, lassen ein soziales Profil erkennen, demzufolge die Gruppe der „Werkstätigen“ – um die kommunistische Terminologie anzuwenden – bei weitem das Gros der Flüchtlinge stellte.²⁴⁰ Über 80 Prozent der Personen, die im April 1948 im Lager Burg eine provisorische Bleibe fanden, waren Arbeiter (zwölf Flüchtlinge gaben dies als ihre Berufsbezeichnung an) bzw. Facharbeiter, wie z.B. Automechaniker, Vulkaniseure, Mechaniker, Weber und Sägemeister. Oder sie waren Handwerker, unter ihnen Schlosser, Maler, Schuster und Fleischer. Darüber hinaus waren auch Angestellte und Beamte ziemlich stark vertreten, bezeichnenderweise auffällig viele „Finanzer“, d.h. Zollbeamte, denen schon aus beruflichen Gründen bei einem Fluchtvorhaben vergleichsweise wenig Hindernisse im Wege standen.

238 Zur Auswertung der von der IRO gesammelten statistischen Daten vgl. HOFFMANN: *Die Emigration aus der Tschechoslowakei*, I (Ms.), 167ff.

239 V Security: Czech Nationals Seek Refuge. *BayHStA*: OMBY 10/89-2/30.

240 Liaison and Security Office LK Dill an Director OMBH, 10.4. und 13.4.1948. *HHStA*: OMBH 8/69-1/6.

Wenn auf der Liste der Lagerbewohner kaum veritable „Kapitalisten“ – lediglich ein einziger Fabrikant und ein Fabrikdirektor – erscheinen, so liegt dies nicht nur daran, dass es sich hierbei um Personen handelte, die als Nichtprominente in die Low Level Category eingestuft worden waren. Einem beträchtlichen Teil der Flüchtlinge gelang es nämlich, ausserhalb der Lager in eigener Regie unterzukommen.²⁴¹ In erster Linie traf dies für vermögende Emigranten zu, die, was nicht selten geschah und überdies zu erheblichen Problemen mit den deutschen Zoll- und Finanzbehörden wie Lagerleitungen führte, grössere Geldbeträge ausser Landes zu bringen vermochten und die zudem über entsprechende Verbindungen verfügten. Dieser Sachverhalt geht sehr anschaulich aus einem Urteil hervor, das der Chef der Intelligence Division der Militärregierung für Hessen in einem Bericht vom 29. April 1948 fällt. Es lässt erkennen, wie vage die ausserhalb der Lager fluktuierenden Personengruppen nur zu erfassen waren: „Of those CZECHS remaining outside the camp little is known other than that the majority of them apparently have German or SUDETEN German connections and have made necessary living arrangements through them. Possibly wealthier people, international businessmen, and influential politicians who do not want to make their whereabouts known at this time make up the majority of this group.“²⁴²

Im selben Bericht wurde der Versuch unternommen, die am 26. März 1948 im Lager Dieburg eingetroffenen Flüchtlinge – es handelte sich um 298 Personen, nämlich 247 Männer, 42 Frauen und 9 Kinder – einer „cross-section of classes“ zu unterziehen. Dabei ergab sich nach der vom tschechischen Sprecher der Flüchtlinge auf der Grundlage ihrer Selbstaussagen vorgenommenen Zusammenstellung folgendes Bild: Aufgelistet wurde zunächst eine Gruppe von fünfzehn Männern, die nach eigener Aussage während des Zweiten Weltkrieges in der britischen Armee gedient hatten, wobei offengelassen wurde, ob es sich um Berufssoldaten handelte; ihre eventuelle berufliche Qualifizierung wurde nicht aufgeschlüsselt. Unter dem Gesichtspunkt gehobener Qualifikation wurden neben zwanzig Studenten ein Arzt, zwei Priester und – ohne Benennung ihres Ranges – zwei Polizisten aufgeführt. Dazu findet sich die aufschlussreiche Feststellung, dass Ladislav Syrový, der Bruder von General Syrový (Chef des Generalstabs der Ersten Republik), der

241 Nach der Liste vom 13.4.1948, in der die im Lager Burg tatsächlich aufgenommenen Flüchtlinge verzeichnet sind.

242 Office of Intelligence OMBH an Public Welfare Advisor to the Director OMBH, 29.4.1948. *HHStA*: OMBH 8/69-1/6.

„most 'important' refugee“ sei. „The rest of the Dieburg camp population“, so der Bericht schliesslich, „fell into an ordinary cross-section of humanity-teachers, small businessmen, tradesmen, clerks and laborers.“

Was die Aktenbestände der amerikanischen Militärregierung anbelangt, bieten die für den Zeitraum von Ende April bis Mitte September 1948 vorliegenden „Periodic Reports“, d.h. die wöchentlichen Befragungsergebnisse des CIC für die beiden Auffanglager Moschendorf und Regensburg den besten Einblick in die soziale, aber auch in die politische bzw. parteipolitische Zusammensetzung der tschechischen und slowakischen Februar-Emigration in ihrer Frühphase.²⁴³ Es soll hier nicht versucht werden, aus all den Einzeldaten, die zum Teil mit zwei Stellen hinter dem Komma präzisiert sind, genaue Durchschnittswerte zu berechnen, um daraus entsprechend exakte Aussagen abzuleiten.

Die amerikanischen Dienststellen erstellten ihre Statistiken mit Blick auf drei Fragenkomplexe: die beruflicher Struktur, die Fluchtgründe und die Parteizugehörigkeit der Flüchtlinge. Da die Daten nur ein kleines Segment der Emigration erfassen, kann ihnen nur eine stichprobenartige Bedeutung zukommen. Sie werden hier daher keineswegs mit dem Anspruch herangezogen, generelle und abschliessende Aussagen zu beinhalten. Sie sollen vielmehr dazu dienen, auf einer einigermaßen gesicherten Grundlage die soziale und politische Struktur der tschechischen und slowakischen Emigration in den Lagern der deutschen US-Zone andeutungsweise zu skizzieren.

Wie sehr die statistischen Angaben innerhalb des knapp fünfmonatigen Untersuchungszeitraums auch schwanken, das vom CIC zugrundegelegte und nach amerikanischem Verständnis definierte Berufsschema lässt doch für beide Lager ein ziemlich gleichbleibendes soziales Profil erkennen. Wenn es jenem der Lagerlisten von Burg und Dieburg weitgehend entspricht, dann zeigt dies, dass es sich hierbei mehr oder weniger um ähnlich zusammengesetzte Personengruppen handelt.

Von den insgesamt zwölf nach amerikanischem Verständnis definierten Berufsgruppen waren am schwächsten repräsentiert die „government officials“ (am ehesten wohl mit höheren Regierungsbeamten bzw. Regierungsvertretern

243 Die Periodic Reports des in Bamberg stationierten CIC Detachment Region VI und des in Regensburg operierenden CIC Detachment Region V sind in den auf Mikrofilm dokumentierten Akten der amerikanischen Militärregierung nicht komplett enthalten. Für den recht chaotischen Zustand dieser Bestände ist es kennzeichnend, dass die Periodic Reports sowohl für Moschendorf als auch für Regensburg unter mehreren Signaturen verstreut sind. Vgl. *BayHStA*: OMBGY 10/84-1/62, 10/89-2/30, 10/89-3/1 und 15/102-1/30.

zu übersetzen), die Inhaber und Betreiber (operators) von grossen Unternehmen sowie die leitenden Angestellten (business executives). Auf sie entfielen im Schnitt ein bis zwei Prozent.²⁴⁴ Knapp 5 Prozent stellten die kleinen Geschäftsleute und Ladeninhaber, etwa 4 Prozent die freien Berufe (professional men) und ebensoviel die Beamten (government employees).

Auffallend schwach repräsentiert waren die Bauern, die Landwirte, die ebenfalls rund 4 Prozent der Flüchtlinge ausmachten. Um so grösser war der Anteil der Facharbeiter und Arbeiter mit jeweils an die 28 bzw. 27 Prozent, wobei die Handwerker dem amerikanischen Verständnis entsprechend nicht als eigene Berufsgruppe aufgeführt, sondern vermutlich unter die Rubrik der „skilled workers“ subsumiert wurden. Vergleichsweise stark vertreten, mit etwa 9 Prozent, waren die Studenten. Sie hatten als einzige gesellschaftliche Gruppierung gegen die kommunistische Machtergreifung, wenn auch nicht geschlossen, so doch einigermaßen beherzt Widerstand zu leisten versucht und waren angesichts der „Säuberungs“-Massnahmen des Regimes für Flucht und Emigration in besonderer Weise disponiert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass um die 75 bis 80 Prozent der von Ende April bis Mitte September 1948 in Moschendorf und Regensburg befragten Flüchtlinge aus dem „werkstätigen Volk“ kamen, um noch einmal die kommunistische Terminologie zu bemühen.²⁴⁵ Ungefähr 4 Prozent stellten schliess-

244 Zugrunde gelegt sind 15 Periodic Reports für das Auffanglager Moschendorf in dem Berichtszeitraum vom 27.4. bis 30.8. sowie zehn Periodic Reports für das Auffanglager Regensburg für die Zeit vom 22.6. bis zum 16.9.1948. Das Interviewschema für den beruflichen Hintergrund der Flüchtlinge ist zwar weitgehend identisch, unterscheidet sich ansonsten aber beträchtlich. Die statistischen Daten über die berufliche Qualifikation der Flüchtlinge differieren in einem Grössenbereich von etwa 0,5 bis 3,5%. Die einzige Ausnahme bilden die Rubriken der „skilled workers“ und der „laborers“, bei denen sich eine Abweichung von ca. 15% ergibt. Da der Prozentsatz der Facharbeiter und Arbeiter bei beiden Lagern in der Addition nahezu gleich ist, liegt die Vermutung nahe, dass sich diese Differenz aus einer unterschiedlichen Einstufung in beide Kategorien ergibt.

245 Für eine politische wie auch soziale und sozialgeschichtliche Analyse des Februarputsches und seiner Folgen ist von Belang, dass mehr als die Hälfte aller Personen, die im Jahre 1948 in der Tschechoslowakischen Republik wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt wurden, einfache Handarbeiter („simples travailleurs manuels“) waren. HEALEY, Denis: *Le rideau tombe: Histoire des socialistes en Europe orientale*. Paris 1952, 43; vgl. dort (112f.) auch die Interpretation des nach Grossbritannien emigrierten Václav Majer, der sich als einziger sozialdemokratischer Minister in der Frage der Demission dem Vorgehen der Nationalen Sozialisten, der Volkspartei und der Demokratischen Partei der Slowakei angeschlossen hatte.

lich die in dem Berufsschema ebenfalls erfassten Hausfrauen, u.a. ein Beleg dafür, dass ganze Familien, gemeinsam oder getrennt, den beschwerlichen und gefährlichen Weg in die Emigration auf sich genommen hatten.

Aus dem im grossen und ganzen einheitlichen und gleichbleibenden Interviewschema, mit dem nach den Gründen für die Flucht gefragt wurde, ergibt sich ein Bild, in dem sich die sozialen und politischen Motive sowohl in ihren Grundzügen als auch in ihrer Verflechtung deutlich abzeichnen. Im Auffanglager Moschendorf gaben knapp 17 Prozent der Befragten an, sich zur Flucht entschlossen zu haben, weil sie wegen ihrer Weigerung, der KPTsch beizutreten, ihre berufliche Stellung verloren hätten. Um die 30 Prozent der befragten Personen hatten sich aus Angst vor Verhaftung zur Flucht entschieden. Die meisten von ihnen, etwa 17 Prozent, beriefen sich auf politische Verfolgung. Darüber hinaus gaben jeweils um 5 Prozent an, geflohen zu sein, weil sie es abgelehnt hätten, einer kommunistischen Frontorganisation beizutreten („Refusal to join a Communist front organization“), oder wegen des von offiziellen Stellen gehegten Verdachts illegaler Aktivität, bzw. weil sie bei den Parlamentswahlen vom 30. Mai als Protest gegen das kommunistische Regime einen weissen Stimmzettel abgegeben hätten.

Nur verhältnismässig wenig Personen – es handelte sich um rund 5 Prozent – erklärten, sich wegen der Verstaatlichung ihres „private business enterprise“ zur Flucht entschieden zu haben. Über ein Drittel (knapp 34 Prozent), also die Mehrheit der in Moschendorf interviewten Flüchtlinge, führte dem Befragungsschema zufolge ganz allgemein „dislike of present government“ als Grund für die Emigration an.

Im Unterschied zu Regensburg wurden die in Moschendorf aufgenommenen Flüchtlinge auch durchgängig nach ihrer Parteizugehörigkeit befragt. Sie bekannten sich dabei mit Abstand am meisten zur Partei der Nationalen Sozialisten – im Schnitt etwa 23 Prozent –, sodann zur Sozialdemokratie mit ca. 5,5 Prozent, der Volkspartei mit knapp 4 Prozent, der KPTsch mit ungefähr 3,5 Prozent und der slowakischen Demokratischen Partei mit knapp 3,2 Prozent.²⁴⁶

²⁴⁶ Diese statistischen Angaben sind wie alle Aussagen der Statistik selbstverständlich nur mit grosser Vorsicht zu bewerten. Von nicht geringem Interesse ist in diesem Zusammenhang, über welche – zum Teil durchaus übereinstimmende – Daten die kommunistische Regierung der Tschechoslowakei über den Strom der Flüchtlinge und Emigranten aus der „Volksdemokratie“ des „siegreichen Februar“ verfügte. Vgl. dazu KAPLAN, Karel: *Nekrvavá revoluce*. Praha 1993, 189, und ders.: *Největší politický proces*, 50, insbesondere Fussnote 57.

DOKUMENTATION

Vorbemerkung

Die hier abgedruckten Quellen stellen eine exemplarische Auswahl dar, die zum einen zur Vertiefung des Themas der Anfänge der Emigration aus der Tschechoslowakei nach dem Februarumsturz von 1948 beitragen und zum anderen für weiterführende Recherchen als Anstoss und Anregung dienen soll. Da es sich bei der vorliegenden Studie um die einleitenden Kapitel einer umfassenderen, auf zwei Bände angelegten Darstellung und Dokumentation handelt, wird im Hinblick auf deren spätere Publikation auf einen quellenkritischen editorischen Apparat zunächst verzichtet. Offenkundige orthographische Fehler wurden korrigiert bzw. in Zweifelsfällen, die den Gehalt von Aussagen betreffen, durch in eckige Klammern gesetzte Verbesserungen kenntlich gemacht. Im Unterschied zum Textteil der Untersuchung wird hier die Schreibweise der Namen in den amerikanischen und deutschen Akten beibehalten. Die Quellen sind chronologisch geordnet.

24.2.1948, München. Bericht (Memorandum) von Pavel Tigrid an die amerikanische Militärregierung für Bayern.

SECRET

MEMORANDUM

Munich, 24 Feb 48

I am a Czechoslovak journalist, editor in Chief of the Czechoslovak Christian Party Papers and an accredited correspondent. In behalf of my papers I was sent, together with a fellow journalist Mr. Edward BAUER, member of the Foreign Affairs Committee of the Czechoslovak Christian Party, on a news coverage trip to Germany. This trip was planned already some time ago and we left Czechoslovakia by car on Thursday early morning, the 19th of February 1948. I have a valid passport (#3164/27.168/47), an Entry Permit issued by the Military Permit Office in Prague (#2958) and a letter of recommendation from the Office of the Military Attache to the American Embassy in Prague which states among other things "Mr. TIGRID (!) is an outspoken friend of the United States and deserves special consideration. It is requested that messing and billeting facilities be made available and that he be allowed to pass unhindered within permissibility of existing regulations. Signed: Military Attache, J. A. MICHELA [?], Col. GSA."

Mr. BAUER and myself have crossed legally the frontier and came to Munich on Thursday evening. By Sunday it was obvious that the political situation in Czechoslovakia changed rapidly and that the Communist Party together with the left Social Democrats had made bid for power. On Monday morning, 23 Feb. 48 The Prague Radio and the Communist newspapers carried a story in which it was said that Mr. TIGRID, the editor in chief of Christian Party papers fled the country to Germany and illegally crossed the frontier. In a comment they made it clear that I have planned my escape and that my behaviour, as well as that of Mr. BAUER, is a betrayal of the country. In the evening I spoke to my wife on the phone and she told me that on Sunday night my flat was raided by the Communist Control Czech police and I was supposed to be arrested. At the same time my wife told me that it is impossible for her, or anybody else to leave the country. By order of the Communist Minister of the Interior nobody with a valid passport is allowed to leave the country without a special permission of Minister of the

Interior. At the same time the Czechoslovak newspapermen association accused me over the wireless of destroying the good relations among the Slav countries.

From all this it seems that the situation changed rapidly and that Mr. BAUER and myself hardly can return to our country without taking the risk that we shall be immediately on the frontier arrested. At the present moment it is difficult for me to make further plans as it is impossible to decide how and where we shall be able to continue our journalistic work. In the meantime we would like to stay in the American/British Zone of occupation. As I was during the war in London on the European service of the British Broadcasting Corporation I will try to secure a visa for Mr. BAUER and myself to the United Kingdom.

I would like to add that in case the situation in Czechoslovakia deteriorates and the Communists will take over, the Office of Military Government of Bavaria has to expect in due course an influx of political refugees from Czechoslovakia. Many of them will try to cross illegally the Czechoslovak/Bavarian border. If I am allowed to express a personal opinion, this influx of political refugees will present the Office of Military Government, Bavaria with a new problem of great political significance. I would be only too glad to help in any way which may be desirable.

Any information about me and my work in the Czechoslovak Christian Party can be obtained through the American Embassy in Prague from His Excellency Lawrence Steinhardt, 1st secretary Mr. Bruins, 3rd secretary Mr. Bogardus or any other member of the Prague Embassy.

Signed: PAVEL TIGRID

To the above statement of my colleague Mr. Pavel TIGRID, in which he described truthfully the beginning of our trip, made according to my opinion a clear analysis of the present situation in Czechoslovakia and outlined truthfully our plans for the future, I have nothing to add and I agree with the above.

Signed: EDWARD BAUER.

BayHStA: OMGBY 10/92-2/5

2

27.2.1948, München. Telegraphische Anweisung von Murray D. Van Wagoner, Land Director der amerikanischen Militärregierung für Bayern, für die Behandlung der nach dem Februarumsturz aus der Tschechoslowakei kommenden Flüchtlinge.

SECRET

Copy TWX, dtd 27 Feb 48.

Commanding Officer, Company "B", 3rd MG Regt, Nurnberg; Company "D", 3rd MG Regt, Regensburg; Company "E", 3rd MG Regt, Munich

It is anticipated that there will be an influx of individuals crossing over the Bavarian border as a result of current political conditions in Czechoslovakia. Instruct Liaison and Security Offices that all such individuals will be delivered without delay to CIC for screening. Those individuals released by CIC will be turned over to the local German authorities for customary refugee treatment and not processed as illegal border crossers. Full cooperation will be given to CIC upon request for special handling of certain prominent individuals leaving Czechoslovakia. These individuals will be reported immediately repeat immediately by name to the Intelligence Division, Office of Military Government for Bavaria (tel Munich Military 4-480). MG detachment directors will inform Grenzpolizei to report by teletype to the Grenzpolizei Directorate any unusual movements along Czech border and important statements made by illegal border crossers. No repeat no publicity will be given the above instructions PD end MGBCG

VAN WAGONER

BayHStA: OMGBY 10/89-3/1

3

29.2.1948, Washington D.C. Office Memorandum von Charles E. Bohlen, Berater des State Department, über den kommunistischen „Coup“ in der Tschechoslowakei.

Office Memorandum • UNITED STATES GOVERNMENT

TO : U – Mr. Lovett

FROM : C – Mr. Bohlen

Date: February 29, 1948

SUBJECT :

In considering the problem raised by the Czech Ambassador's call on you yesterday, we have had the following points in mind:

We must accept the fact that anything we do will have little, if any, chance of altering the situation in Czechoslovakia. The Communist coup in Czechoslovakia has given them virtually complete control over all important elements of Czech national life and no outside action short of force could be expected to break this hold. The purpose therefore of any United States action would be to counteract any psychological effect in Europe and throughout the world of the successful Communist coup in Czechoslovakia. Of immediate interest also would be the effect of the United States action in respect to developments in Czechoslovakia on the immediate situation in Finland. In the case of Finland some clear evidence of United States firmness and determination in connection with Czechoslovakia might well stiffen the willingness of the Finns to resist Soviet pressure for a military alliance. After examining the various possible courses of U.S. action we have come to the conclusion that the following steps appear most practical and effective in the circumstances:

1. That we propose immediately to the British and French the recall for consultation of the three Ambassadors from Prague. (There are attached draft telegrams to Paris and London making this suggestion.)

2. That Slavic be offered the facilities of the Voice of America to broadcast the fact of his resignation and the reasons therefor over the Czech broadcast. By thus dramatizing Slavic's refusal to serve the present Government, the defection of other Czech representatives abroad for the same reasons should be greatly facilitated and might possibly have some effect on Benes' subsequent action. Our latest information is that Benes is still un-

decided as to his exact course of action. The Slavic broadcast should be scheduled for Tuesday, March 2, in order to afford time for him to prepare for our examination the text of his proposed statement and for him to arrange the technical formalities of his resignation immediately before going on the air. If the Secretary approves, this suggestion could be discussed with Slavic some time on Monday morning.

Charles E. Bohlen

NA: RG 59, 860F.00/2-2948

4

4.3.1948, Prag/Praha. Telegraphischer Bericht von Laurence A. Steinhardt, Botschafter der USA in Prag, an das State Department in Washington über ein Gespräch mit Jaromír Smutný, dem Kanzleichef von Präsident Beneš.

DIVISION OF
COMMUNICATIONS AND RECORDS
TELEGRAPH BRANCH

ACTION COPY

DEPARTMENT OF STATE
INCOMING TELEGRAM

EUR

Control 1363
Rec'd March 4, 1948
10:12 a.m.

FROM: Praha
TO : Secretary of State
NO : 275, March 4, 9 a.m.

In conversation this morning with Smutny, the President's Chancellor, he stated:

One. The President was not prepared for the twelve resignations:

Two. For several days Beneš continued refusing to accept resignations or to approve the new govt and contemplated resigning.

Three. He decided to accept new govt when he was informed that Communists not being certain their putsch would succeed relied upon a considerable Soviet armed force on Czechoslovak[ia]'s eastern frontier. While Smutny was unable to identify the exact location of this force, he said the President had taken at face value the information that the force existed.

Four. In response to my inquiry as to Beneš' present intentions, Smutny said that at the present time the President was disposed to remain in Czechoslovakia [at] his country place but had not yet decided whether he would resign or not. According to Smutny who has always had the President's intimate confidence, Beneš' decision is a difficult one. If he leaves the country – for the second time – he is convinced all semblance of resistance to putsch among the people to Communist domination will collapse as they will feel deserted. He also believes he would be of little assistance to people of Czechoslovakia from outside the country with very limited means of communicating his views to the people at his disposal. If, on the other hand, he resigns and remains in country he will be focal point of resistance by Communist domination. His mere presence in the country will tend to encourage people to resist and they will not feel deserted. The President's present disposition to remain is being strengthened by what Smutny described as a torrent of requests from all sides that he should not leave yet, as to resigning Beneš is endeavoring to decide whether he will be more of a nuisance to Communist Govt in or out of office and will make his decision accordingly.

Five. Smutny emphasized Beneš' deep resentment at the course of recent events and stressed the fact that Beneš has not the slightest intention of collaborating with new govt but is rather seeking a means of making as much trouble for it as possible. He expressed the hope that the western press would not attack Beneš at least until his future plans are made clear.

Six. In emphasizing the risk the President is running in not seeking to flee Smutny said he doubted the Communists would permit him to leave country and that if he sought to depart it could only be done clandestinely. He said the President was well aware of a plan of the Communists, if he remains in the country, to throw him out of office, then link him with west and put him on trial as a traitor. He said these plans had begun carefully formulated by Communists and that President was aware of the details.

STEINHARDT

NA: RG 59, 860F.00/3-448

10.3.1948, München. Anweisungen von Murray D. Van Wagoner, Land Director der amerikanischen Militärregierung für Bayern, für die Behandlung der tschechoslowakischen Flüchtlinge.

CONFIDENTIAL

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR BAVARIA
MUNICH, GERMANY APO 407 US ARMY

AG 383.7 MGBGW

10 March 1948.

SUBJECT : Treatment of Incoming Czechoslovak Nationals.

TO : See Distribution.

1. A considerable number of Czechoslovak nationals have entered Bavaria recently and it appears reasonable to anticipate continued influx. These persons will have the status of United Nations nationals ineligible for IRO care. They are to be considered as refugees and not as illegal border crossers except in those instances where their entry for criminal or subversive purposes has been determined by appropriate authorities.

2. Until further notice all Czechoslovak nationals entering Bavaria will be turned over to the nearest CIC office for screening. Those individuals who are released by CIC, and who are not able to arrange for their own maintenance will be referred to refugee authorities for care. Bavarian refugee authorities have been instructed to assume responsibility for these persons on the same basis as for expellees, but they are not to be lodged in the same camps with Sudeten Germans from Czechoslovakia. Kennkarten and other documents required for normal life will be issued to them on the same basis as for other United Nations nationals living on the German economy. Liaison and Security officers will inspect the camps or billets in which recently arrived Czechoslovak nationals are lodged to insure that no discrimination is practiced against them.

3. Each Czechoslovak national entering Germany will be permitted to retain RM 500 in his possession. All Reichmarks in excess of 500 will be surrendered against receipt to German customs agents for immediate

delivery to the nearest Branch of the Landeszentralbank for central deposit in itemized account Number 1-UNR.

4. Every attempt should be made to orient incoming Czechoslovak nationals with the provisions of MG Law No. 53 and assure their compliance with the regulations governing the proper reporting and/or delivery of foreign exchange assets, and external holdings. This will include, where possible, furnishing the various collecting points with available copies of Law No. 53 and blank MGAX (1) forms.

5. Although the provisions of General License No. 1 to Law No. 53 apply to these people, this in no way constitutes an exception for them to the provisions of Law No. 53 which requires reporting and/or delivery of foreign exchange and external assets within 3 days (per MG Law No. 53, Art. III, Item 7).

6. In border districts where the concentration of incoming Czechoslovak nationals is considerable, German customs officials will be available at refugee camps to take Law No. 53 declarations and/or deliveries of foreign exchange and external assets, and will deposit same with the closest Landeszentralbank. In areas where the concentration does not warrant assignment of customs officials, Liaison and Security officers should notify Czechoslovak nationals referred to them by CIC that they must report within 3 days to the nearest Landeszentralbank and make such declarations.

MURRAY D. VAN WAGONER
Land Director

Telephone: MUNICH MILITARY 4-495

DISTRIBUTION:

"B" & "C"

10 to 1st Mil Dist.

10 to Constabulary

10 to CIC

BayHStA: OMGBY 15/102-1/5

19.3.1948, München. Aktennotiz von Charles F. Blackman von der amerikanischen Militärregierung für Bayern über die vom 8. bis 19. März in Bayern registrierten tschechoslowakischen Flüchtlinge.

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR BAVARIA
OFFICE MEMO SLIP APO 407

Classification or subject - Identify attached papers, if any, Number each memo in left marking, date and initial on right margin, office must be indicated, draw line across sheet just below memo, avoid using small slips

TO (1) MEMORANDUM DATE AND
(Use full width of sheet for long memos) INITIALS

Analysis SUBJECT, CZECH. REFUGEES 19 Mar 48
Maloney FHM

Information received from Capt. Larned, Region VI, 970th CIC, is that there is a definite link between the Czechs that have already arrived in the zone and those that are planning on coming. There have been many instances where they have found notes on new refugees from persons that have already passed the screening, telling them to follow the same route etc. Capt. Larned says that they have not yet discovered their means of communication.

As for the reaction to the treatment they are receiving, he says that now the feeling is that they are thankful to get out of Czechoslovakia and receive any kind of treatment from the Americans and that their faith in America while shaken a little at first, has been restored.

The following are figures of the number of persons that have crossed the border and screened since the 8th of Mar.

| Date | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13-14-15 | 16 | 17 | 18 | 19 |
|---------------|-----|-----|-----|-----|-----|----------|-----|-----|-----|-----|
| Sent to Fkt.* | 6 | 6 | 6 | 9 | 9 | 9 | 11 | 11 | 11 | 13 |
| Interrogated | 198 | 223 | 262 | 299 | 333 | 458 | 488 | 499 | 515 | 575 |
| Total | 204 | 229 | 268 | 308 | 342 | 467 | 499 | 510 | 526 | 588 |

* Frankfurt am Main

C. F. Blackman
Research.

BayHStA: OMGBY 10/89-3/1

23.3.1948, Washington D.C. Aufzeichnung einer Unterredung zwischen dem ehemaligen Botschafter der ČSR in den USA Juraj Slávik, dem Stellvertretenden Direktor des Amts für Europäische Angelegenheiten Llewellyn E. Thompson und Harold C. Vedeler (Central European Division), verfasst von L. E. Thompson, über Sláviks Aktivitäten und die Situation der tschechoslowakischen Flüchtlinge.

DEPARTMENT OF STATE

Memorandum of Conversation

SECRET

DATE: March 23, 1948

SUBJECT: ACTIVITIES OF DR. SLAVIK AND THE SITUATION
OF CZECHOSLOVAK REFUGEES

PARTICIPANTS: Dr. Juraj Slávik,
Former Czechoslovak Ambassador to the United States;
Mr. L. E. Thompson,
Deputy Director for European Affairs;
Mr. H. C. Vedeler - CE.

COPIES TO: C - Mr. Bohlen IS - Mr. Bancroft
G - Mr. Armour O/R - Mr. Warren
EUR - Mr. Thompson VFA - Mr. Ringland
UNA - Mr. Sandifer CE - Mr. Beam

Dr. Slávik called to discuss a number of problems in connection with his present activities and the situation of refugees escaping from Czechoslovakia.

Dr. Slávik said at the outset that he had written during the past week, with the assistance of Dr. Papanek in New York, a letter for transmission to President Benes, in which they strongly urged Benes to resign in order to cease lending his name as a cloak of respectability to the Communist regime. They believed that this step was essential in the interest of working for the ultimate emergence of the true Czechoslovakia. Dr. Slávik therefore wished to ask if the letter might be sent by diplomatic pouch to our Embassy

at Praha, from which a member of the staff could hand it to Dr. Jan Jina, senior officer at the Chancellery of the President. Dr. Jina could be relied on to deliver it safely to President Benes.

Mr. Thompson pointed out the risk entailed by this procedure of compromising our Embassy at a time when it was already subject to criticism and attack by Communist spokesmen in Czechoslovakia. Stressing that on account of a strict frontier inspection the main problem was to bring the letter into Czechoslovakia, Dr. Slávik suggested another possibility: that if the letter could only be sent to the Embassy he could arrange for a reliable person to take it from the Embassy to Dr. Jina. Mr. Thompson replied that this possibility appeared more feasible, and that we would look into the matter and let him know.

With reference to the intention of Dr. Papanek and himself to bring witnesses to New York for presentation of evidence in the consideration of the Czechoslovak case before the Security Council, Dr. Slavik inquired whether necessary arrangements could be made. It was indicated that no difficulty was anticipated with respect to obtaining visas, but that the chief problem seemed to be to provide for funds in payment of transportation expenses. This was a matter which should be taken up with the United Nations in New York.

Dr. Slavik emphasized the need to have an organization to assist Czech refugees to find some means by which they could earn a living and to maintain a link between them. Dr. Slavik said that these refugees from all parts of the world were looking to him for guidance and help, and referred to the three hundred or more letters which he had already received. Since the flow of such correspondence and the number of such appeals had become so great that he was unable personally to attend to these matters, he and Dr. Papanek were laying plans for the establishment of some type of organization, probably in New York City. He mentioned especially the efforts that would be necessary to assist various special groups of the refugees, such as soldiers, students, and journalists, to find some kind of economic place.

Dr. Slavik and his colleagues who were planning such a organization envisaged from time to time for visits. Such men might include Dr. Ivo Duchacek, former president of the Foreign Affairs Committee of the Czechoslovak Parliament; Dr. Adolf Prochaska, former Minister of Health; Mr. Vilim, a former leader of the Social Democrat Party; Dr. Krajina, former General Secretary of the National Socialist Party, and others of such pro-

minence. Dr. Slavik raised the question whether it would be possible to arrange for these visits.

Mr. Thompson suggested that the matter of visas probably could be taken care of if such persons had proper documentation for re-entry into the countries which they had left or for entry into third countries. The most difficult aspect of the problem would relate to funds for transportation expenses. The Department would be unable to assist in meeting such expenses, but possibly some means could be found from other sources. Mr. Thompson said that such possibilities would be examined, and that Dr. Slavik would be advised later.

Dr. Slavik finally referred to the problem of the immediate care and maintenance of the refugees escaping from Czechoslovakia, especially with respect to provision for clothing. He asked whether something might be done in the way of an organized effort to provide refugees with CARE packages. Mr. Thompson indicated that the refugees escaping to the United States zone of Germany were receiving temporary care and maintenance through the agency of the military authorities, and that the Department was endeavoring to have these new refugees recognized as eligible for IRO assistance. We understood that the question of assistance from voluntary groups in the United States had been brought to the attention of the office of Mr. Ringland, Executive Director of the Advisory Committee on Voluntary Foreign Aid, and that this office was exploring the matter with interested voluntary groups and would keep Dr. Slavik informed.

Llewelyn Thompson

NA: RG 59, 860F.00/3-2348

26.3.1948, Prag/Praha. Telegraphischer Bericht des britischen Botschafters in der ČSR Pierson Dixon an das Foreign Office in London über die Unterredung von Lady Nichols mit Präsident Beneš vom 25. März in Sezimovo Ústí.

This telegram is of particular secrecy and should be retained by the authorised recipient and not passed on.

Cypher/OTP

DEPARTMENTAL DISTRIBUTION
FROM PRAGUE TO FOREIGN OFFICE

Mr. Dixon
No. 360.
March 26th, 1948.

D: 10.18.p.m. March 26th, 1948.

R: 11.30.p.m. March 26th, 1948.

IMPORTANT
TOP SECRET.
DEYOU.

Following is account of conversation referred to in my immediately preceding (sic) telegram.

Health.

The President walks haltingly and looks very old walking outside but his appearance is better indoors. His speech is slow but better than on some previous occasions. He has a bowl beside him into which he has to spit. This is new to me. He got tired after lunch and spat more frequently.

Answers to questions.

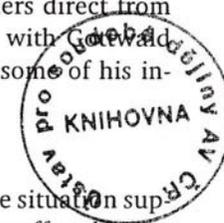
He had no agreement beforehand with Ministers whatever. He only knew that Zenkl was resigning two hours before he did so. There was no pressure from outside. No message or meeting with Zorin. On the other hand there was intense pressure and threats from within. He had no reason to suppose that the Soviet Army would walk in but he could not count on his own army. Many changes had been made in it and he did not think it would march if ordered out. The communists controlled the radio and he could not have spoken. He held the situation alone for four days but after the demonstration in the Square he could not hold it one moment longer. He was threatened with the works militia and he was persuaded that there

would have been a massacre all over the country. All factories were armed and loyal people were not and army was not to be trusted. He therefore accepted the resignations and would have resigned himself except that it was possible to make certain conditions with Gottwald, which have so far been respected. One is that there will be no political trials or persecutions. If this condition should be violated he will at once resign but by remaining he feels that he is preventing extremists from having their way and preserving at least certain deficiencies. Every day he receives stacks of letters from ordinary people begging him not to desert them. In any case he does not intend to return to Prague because he feels that in Prague he will be confronted again with workers' demonstrations and other pressure might again be put on him. But he made it clear that he was free to return to Prague if he wanted to.

Jan Masaryk told him he intended to remain in the Government for a short time only and meant to escape later. Madame Benes wept all the time, talking of Jan and described how he was in despair with remorse after what he had said and kept repeating: "Can you and the British still trust me." His last days were sheer desperation. He was possibly also frightened because they discovered his banking account abroad. She thinks he may have left letters but there were only police at Czernin Palace to see.

The President blames himself and the Ministers for not having foreseen the extent of the communist plot and for not having been prepared. The Gottwald communists had prepared the coup months ago in collaboration with Moscow and every detail was perfect. If it had not come off then it would certainly have been staged before the elections in order to prevent free elections. The Ministers resignations therefore only hastened it. He considers that the real rulers of this country are Slanava [Slánský?] and Reimann who are more powerful than Gottwald and take orders direct from Moscow. He now trusts for the moment in his agreement with Gottwald who has so far respected his wishes and even carried out some of his instructions. He asks me to assure our people

- (1) that he is able to stop persecutions and
- (2) that they will not touch him and
- (3) that they (gr.undec.) trying "for other people to make situation sup-
portable for them". (This refers to the fact that they have now offered Majer a job which he could accept; that they tried to offer Ripka a job in the University and that Drtina is being really well looked after in Bulovka hospital and is recovering.) The only time the President got excited was at enquiry



as to whether he might one day have to leave. He shouted "I will never, never leave the country". Reason: because if there is a war a President must be with his people "if the Russians come I must be here. If the Americans come I must be here. I cannot leave." Madame Benes here drew my attention and signalled to me not to believe this and I reminded the President that he had said he would only remain as President so long as Gottwald kept his agreement. If therefore there was no war but if Gottwald broke his agreement would he, when he resigned, be prepared to leave? I understood that he would. I asked him if external developments short of war could help this country and he said very emphatically that only strong economic pressure which is beginning to have its effect. He repeated that his great hope was economic war because Russia could never supply their needs and he was absolutely certain that the working man in Czechoslovakia, whether communist or not, would never submit to the standard of living existing in Russia. His great hope, therefore, and Gottwald's fear is the strength of economic pressure.

PRO: FO 371/71287

14.4.1948, München. Bericht des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen Wolfgang Jaenicke vom Bayerischen Staatsministerium des Innern für den Bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard über die Flüchtlingslager in Bayern.

Zu Nr. 1180 d 99

StK 114845

A b s c h r i f t

Bayer. Staatsministerium des Innern
Der Staatssekretär für das Flüchtlingswesen

München 27, den 14.4.1948
Holbeinstr. 11

Az.: Fl.40/8364, 44

Ne./Me.

An den

Herrn Bayer. Ministerpräsidenten Dr. Hans E h a r d ,
durch die Hand des Herrn

M ü n c h e n
Prinzregentenstr.

Staatsministers des Innern
Dr. Willi Anker Müller

Betr.: Flüchtlingslager

Bezug: ohne

Anl.: keine

Der unablässige Zustrom illegaler Grenzgänger aus der Ostzone, den südosteuropäischen Staaten und der CSR hat eine überaus ernste Lage geschaffen, die sich täglich weiterhin zuspitzt, da angesichts der politischen Verhältnisse in den Heimatgebieten jener Flüchtlinge nicht mit einem Nachlassen des Grenzgängerzuges zu rechnen ist.

Das Grenzlager Furth i.W., Auffanglager für Sudetendeutsche, ist bei einer Aufnahmefähigkeit von 1400 Personen mit z.Zt. 1750 Menschen bereits überfüllt. Die angrenzenden Landkreise sind ebenfalls überbelegt, da sie infolge der Grenznähe seit jeher einen stärkeren Zuwachs an Flüchtlingen zu verzeichnen hatten und auch jetzt wieder besonders beansprucht werden.

Das Grenzlager Schalding bei Passau, Auffanglager für illegale Grenzgänger aus den südosteuropäischen Staaten, ist mit einer Belegungsfähigkeit von 1200 Personen mit z.Zt. 1482 Flüchtlingen ebenfalls überlastet.

Aus diesem Grunde musste bereits das Grenzlager Piding, das für den äussersten Notfall offen gehalten werden sollte, mit über 200 Personen belegt werden.

Ähnlich, wenn nicht noch schlimmer, liegen die Verhältnisse in dem Grenzlager Hof-Moschendorf, wo durchschnittlich über 5000 Personen untergebracht sind, obwohl hier, – im Gegensatz zu den übrigen Lagern, – vorerst noch 3 – 400 Personen wöchentlich in die russ. Zone zurückgeführt werden können. Über die infolge der übermässigen Belegung leider unvermeidlichen Notstände in diesem Lager hat die Presse des öfteren berichtet. Auch im Landtag war dieses Lager kürzlich Gegenstand der Kritik.

Die Auffanglager für Nationaltschechen (Regensburg, Goetheschule und Schwabach II) werden in wenigen Tagen nicht mehr aufnahmefähig sein, zumal eine grosse Zahl dieser Flüchtlinge, die nach Hessen weitergeleitet wurden, wieder nach Schwabach zurückgekehrt sind. (80 Personen).

Diese Schwierigkeiten werden nun weiter gesteigert dadurch, dass aus den IRO-Lagern laufend Ausländer mit der Begründung entlassen werden, sie besässen keine gültigen DP-Ausweise. Auch für diese Personen muss durch die Flüchtlingsverwaltung Unterkunft beschafft werden. Dadurch musste das Lager Bindelach im Kreise Bayreuth, das für die so notwendige Entlastung des Grenzlagers Hof-Moschendorf herangezogen werden sollte, belegt werden. Es fanden dort ca 300 Ausländer jüdischen Glaubens Unterkunft. Insgesamt ist nach Schätzungen des Staatskommissars für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte mit einer zusätzlichen Aufnahme von mehreren tausend DP's aus IRO-Lagern zu rechnen. Hinzu kommen jene laufend zuwandernden Ausländer, die von den Prüfungsstellen der IRO (Control Center) den deutschen Behörden überwiesen werden. So hat z.B. das Control Center Amberg mitgeteilt, dass täglich 30 – 40 Personen in deutsche Lager von dieser Stelle eingewiesen würden.

Die Regierungsbeauftragten erklären sich ausserstande, die in ihren Lagern befindlichen Flüchtlinge in Privatquartieren unterzubringen.

Wirtschaft und Industrie benötigen dringend Wohnlager zur Unterbringung ihrer Belegschaft, die nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können. Wie schwierig dieses Problem ist, erhellt allein aus der Tatsache, dass die von OMGUS geforderte Bereitstellung von Wohnraum für monatlich 100 Arbeiter zur Bewältigung des Lokomotiv-Reparatur-Programms der Fa. Krauss-Maffei nicht mehr ermöglicht werden konnte.

Bei Betrachtung der Wohnraumlage Bayerns darf ferner nicht übersehen werden, dass wir nach den Feststellungen des Referates für Statistik mit einer Rückkehr von etwa 170 000 Kriegsgefangenen zu rechnen haben.

Angesichts dieser schon unüberwindlichen Schwierigkeiten kam am 12.4. die Nachricht, dass ein Teil des bereits wieder besiedelten Truppenübungsplatzes Grafenwöhr geräumt werden muss, wodurch annähernd 400 Menschen obdachlos werden. Es handelt sich hierbei zu einem nicht unerheblichen Teil um Bauern, die ihre früher bewirtschafteten Höfe wieder in Besitz genommen hatten.

Ich sehe mich unter diesen Verhältnissen vor eine Aufgabe gestellt, die ich beim besten Willen mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr lösen kann, wenn nicht alle etwa freiwerdenden Unterkünfte, (z.B. die Internierungslager), der Flüchtlingsverwaltung sofort zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus halte ich es für dringend erforderlich, die Militärregierung zu bitten, angesichts der gefährdrohenden Lage ihre Hilfe nicht zu versagen, damit alle nicht mehr benötigten und zur Unterbringung von Flüchtlingen geeigneten Wehrmachtobjekte, insbesondere Kasernen und Barackenlager, der Staatsregierung überlassen werden.

Damit allein wird jedoch eine Lösung noch nicht erreicht werden, da neben der Unterbringung auch die Frage der Beschäftigung und Ernährung eine wesentliche Rolle spielt. Es ist deshalb unbedingt notwendig, dass die seit Abschluss der Ausweisung nach Bayern einströmenden Flüchtlinge auf die westdeutschen Länder, insbesondere die französische Zone, verteilt werden und dass sich an der Unterbringung der aus politischen Gründen geflüchteten Ausländer sämtliche westeuropäischen Staaten beteiligen.

Ich bitte, dieserhalb baldigst mit dem Direktor der Militärregierung für Bayern in Verbindung zu treten.

Nach Fertigstellung dieses Berichtes trifft soeben die Meldung ein, dass die ersten italienischen Flüchtlinge (7 Personen) von Österreich kommend die bayer. Landesgrenze überschritten haben.

gez. Jaenicke

BayHStA: StK 114845

10

16.4.1948, Wiesbaden. Aufruf von Barbara G. Bentley zur Gründung des Czech Refugee Emergency Relief Committee.

EMERGENCY

CZECH REFUGEE EMERGENCY
RELIEF COMMITTEE

EMERGENCY

16 April 1948
3 Händelstrasse
Wiesbaden, Germany

Hundreds of Czech political refugees have fled to our American Zone of Germany each week since the recent change of Government in Czechoslovakia.

These Czechs are in desperate need of your help of every freedom-loving individual. They have fled their country to escape political persecution and must have our help, both to satisfy their immediate needs as to food and clothing and to help resettle them somewhere for the time being.

Many of them are veterans of the war who were trained by the Royal Air Force and fought gallantly against the Nazis to free their country. Many of them were in the Czech underground when their country was occupied by the Germans. Now they have fled their country again to escape Communist persecution.

Our committee has had a splendid, gratifying and immediate response to our call on the American families in this area for help. In our three-day drive just concluded we have collected and delivered to the Czechs at the Dieburg camp several hundred dollars worth of soap, toilet articles, towels, clothes and food. This camp, one of many is housing over two hundred and fifty men, fifty women and fifteen children, one of them was born on a truck while fleeing over the mountains.

I have visited this camp several times during the past few days. Most of the refugees being housed there, escaped with only the clothes on their backs. They are living and sleeping in an old schoolhouse and a gymnasium. For breakfast they have coffee, for dinner a bowl of soup, and soup again for supper. In addition, they get one piece of black bread, about the size of two of our Baker's slices, for the whole day. At first they slept on the floor, now most of them have cots and all of them have blankets. Hundreds of refugees are being cared for temporarily by friends, but the hundreds in the

several groups with which we are in contact have no friends in the occupied zone to help them. Some are obtaining visas to go to America, some to England and some to France. Although jobs are extremely hard to find in this zone, work permits have been obtained for some and they are finding positions.

Our committee was formed to give emergency assistance until such time as an international relief organization would take over. Due to political and other considerations, this appears to be difficult and these people continue to need help daily. Will you, our volunteer helpers, write to friends, to church organizations and other groups you know would help in giving aid to the Czech refugees. Packages should be addressed to you or to "Mrs. Barbara G. Bentley; FOR CZECH REFUGEE RELIEF; Hq. USAFE, APO 633; New York."

Barbara G. Bentley
Chairman

EMERGENCY

EMERGENCY

IfZ: RG 84 POLAD 820-2

11

23.4.1948, Wiesbaden. Bericht von Barbara G. Bentley über eine am 21. April in Dieburg (Hessen) abgehaltene Versammlung zur Gründung des Czech Refugee Emergency Relief Committee.

CZECH REFUGEE EMERGENCY
RELIEF COMMITTEE

3 Händelstrasse
Wiesbaden, Germany
23 April 1948

SUMMARY OF MEETING OF CZECH CAMP REPRESENTATIVES

A meeting was held at Dieburg, 21 April 1948, of representatives from Czech Refugee Camps in the American Zone. The following is a summary of the meeting:

The meeting was called by the Czechs in an effort to form a central committee which would undertake the organization of their people for general welfare purposes.

There were twenty-four (24) people present, including representatives from eight camps, members of two provisional interim committees and the chairman of the Czech Refugee Emergency Relief Committee, Mrs. Barbara G. Bentley, Dr. Lekavy, a Catholic priest and head of the provisional committee of Dieburg, Nurnberg and Wasseralfingen camps, acted as chairman.

Dr. Lekavy opened the meeting by greeting all present and introduced Mrs. Bentley, who outlined briefly the work which her committee had done and their plan for obtaining aid from the United States. She said that she hoped the meeting would result in the formation of a central committee of Czechs capable of helping all of the refugees. She advised them to keep the local Military Government officers informed of all activities in the camps because complete cooperation with these local officials is essential to the success of any Czech welfare organization.

Captain Walter [Valtr], representative from the Nurnberg camp, reported similar relief activities there by Mrs. Johnson and Mrs. Hollister, both American dependents.

Captain Novotny brought to the attention of the meeting the fact that all details of camp life in the American zone, as well as names of refugees, appear almost immediately in the Czechoslovakian Communistic Press. Therefore, great care should be taken in screening people to be present at the meetings of any central committee which may be formed. Dr. Lekavy pointed out that only persons who cross the border after the Communistic coup d'etat (25 February 1948) should be considered as Democratic refugees.

Each person present then explained who he was and how he came to attend the meeting.

Dr. Korbelt (an assumed cover name), stated that the former ambassador from Czechoslovakia to the United States, Dr. Slavik, had authorized him by letter to take care of the refugees in the American zone and to do all he could to better their conditions. With some friends, Dr. Staretz [Starec], and a former counsel at Munich and Dr. Korbelt formed a committee and now offered their services to the Czech refugees, as they have transportation and are economically independent. He also informed the meeting that three gentlemen from Wiesbaden, Messrs. Zivansky, Sanovskj and Kadlecek had visited him in Wiesbaden and offered their promises to be used for an office of the central committee.

Dr. Lekavy replied that he had already sent a letter to Mr. Hatch, of the Public Welfare Division in MG Landeshaus, informing him that the committee established in Dieburg is the only representative of Czech refugees. Dr. Lekavy requested that Mrs. Bentley obtain publicity for the committee in the German and American press.

The representative from each camp gave a report on the conditions in the individual camps. The report is attached.

There are about one hundred and twenty-one (121) students among the refugees in this zone. Their chief aim is to finish their studies as soon as possible. Mr. Ransdorf, who was a leader in student organizations in Czechoslovakia, suggested that it might be possible to concentrate all students in one of the camps where they might continue their studies. He also plans to conduct negotiations with universities in outside countries to accept them as students. The possibility of their continuing their studies in the American University at Heidelberg was also mentioned.

Dr. Lekavy spoke of the necessity of a central register of all Czech Democratic refugees. This question was discussed in connection with the necessity for weeding out Communist elements or agents. A questionnaire drawn up by Dr. Krasa and Dr. Gregor was submitted. It was decided that such a registration of the inhabitants of the camp should be made for use by the Czech central committee in pursuing their welfare work and also might be made available to CIC in their screening operations. It was proposed that a secret group of Czech Army officers with intelligence or CIC experience should be formed. These men would cooperate with United States CIC or Military Government intelligence personnel to screen and clear individual refugees.

Captain Walter remarked again that there are many Communist agents among the Germans. For example, in Schwabach all questionnaires with photographs are deposited with the German police among whom are many Communists. He estimated that 70 to 80% of German policemen are Communists. Captain Walter pointed out that great care would be necessary in handling the questionnaires after they are filled out, from a security point of view.

Dr. Korbelt said that Dr. Slavik in Washington will need a list of all Czechs in the United States Zone with data as to their professions and their reliability so that he might arrange for some of them their immigration and employment in the United States.

The question of combining the provisional committees headed by Dr. Korbelt and Dr. Lekavy and a formation of a new central committee to

represent the democratic Czech refugees in the US Zone of Germany was then introduced. After a good deal of discussion, the following organization was decided upon and members of the committee were elected:

Czechoslovakian Democratic
Refugee Committee:

Dr. Alexander Staretz [Starec]
Mr. Emil Ransdorf
Mr. Joseph Messenhauser
Dr. Jan Korbel

Cultural delegates:

Dr. Bratislav [Vratislav] Busek
Dr. Frantisek [František] Kovarna

Two delegates from each camp:

Dieburg: Dr. Peter Lekavy
Mr. Jan Modransky
Wasseraufingen: Mr. Jaroslav Kabotnik [Kabátník]
Schwabach: Mr. Frantisek Hardil [Hradil]
Nurnberg: Capt. Bohumil Walter [Valtr]
Mr. Emil Petracek
Burg: To be elected

Honorary members: Father Stephen Bernas, Catholic Welfare Conf,
Höchst
Mrs. Barbara G. Bentley, CRERC

It was estimated by camp representatives that the total of refugees in camps in the US Zone at the present time is 2500 persons, with 1500 outside the camps, making an estimated total of 4,000 Czech refugees.

Incl:

BARBARA G. BENTLEY
Chairman

IfZ: RG 84 POLAD 820-2

12

27.4.1948. Bericht von Barbara G. Bentley (Vorsitzende) und Ivan Gregor (Sekretär) über die Gründung des Czechoslovakian Democratic Refugees Relief Committee am 26. April in Wiesbaden mit einem Organisationschema des Komitees.

WIESBADEN, April the 27th
CZECHOSLOVAKIAN DEMOCRATIC REFUGEES
RELIEF COMMITTEE.

Sec - 14

NOTE.

SUBJECT: Establishment of the Czechoslovakian Democratic Refugees Relief Committee

In order to speed up the relief to the Czechoslovak Democratic refugees in the US Zone the CZECHOSLOVAKIAN DEMOCRATIC REFUGEES RELIEF COMMITTEE (CDRRC) has been formed in Wiesbaden on the 26th of April 1948.

This committee is a joint American and Czechoslovak organisation whose purpose is immediate relief to the Czechoslovak refugees in the US Zone in the form of:

1. supply of foodstuffs, clothing and medicals,
2. improvement of accommodation,
3. cultural and educational care,
4. work placement in the US Zone,
5. help by emigration.

To the individual posts in accordance with the organisation scheme and respecting the Military Government organisation has been appointed:

| | | |
|----------------------|--------------------|---------|
| <u>CHAIRMAN:</u> | Mrs. B. G. BENTLEY | (Amer) |
| <u>Vicechairman:</u> | Dr. J. KORBEL | (Czech) |
| | Dr. P. LEKAVY | (Czech) |
| <u>Secretary:</u> | Dr. I. GREGOR | (Czech) |

- Chief of camps in Hesse Nassau: Dr. P. LEKAVY (Czech)
- Chairman of the Ladies Com. in Hesse: vacant (e.t. Mrs. Bentley) (Amer)
- Chief of the camps in Bavaria: Dr. HRADIL (Czech)
- Chairman of the Ladies Com. for Bav.: Mrs. JOHNSON (Amer)
- Chief of the camps in Wurttemberg Baden: Ing. KABATNIK (Czech)
- Chairman of the Ladies Com. for Wurt.: vacant (Amer)

The Chairman of the Ladies Committee and the Chief of the camps in the respective region are the contact officers of the CDRRC to the office of Military Government in the respective region.

The Chairman of CDRRC appointed the executive Board of the Committee as follows:

- US. relief contact: Mrs. SHELTON (Amer)
- Foreign relief contact: vacant (Amer)
- Emigration and work placement: Dr. E. Ransdorf (Czech)
- Personnel and screening: Mjr. NOVOTNY (Czech)
- Treasurer and financial admin.: Dr. STAREC (Czech)
- Camps control: Cpt. B. VALTR (Czech)

This Committee is the only representative of Czechoslovakian Democratic Refugees in the US Zone and is going to work in this setup up to the June 30th 1948 when normal election will take its place.

The temporary address of CDRRC is:

22, Rosselstrasse, WIESBADEN

CZECHOSLOVAKIAN DEMOCRATIC REFUGEES
RELIEF COMMITTEE.

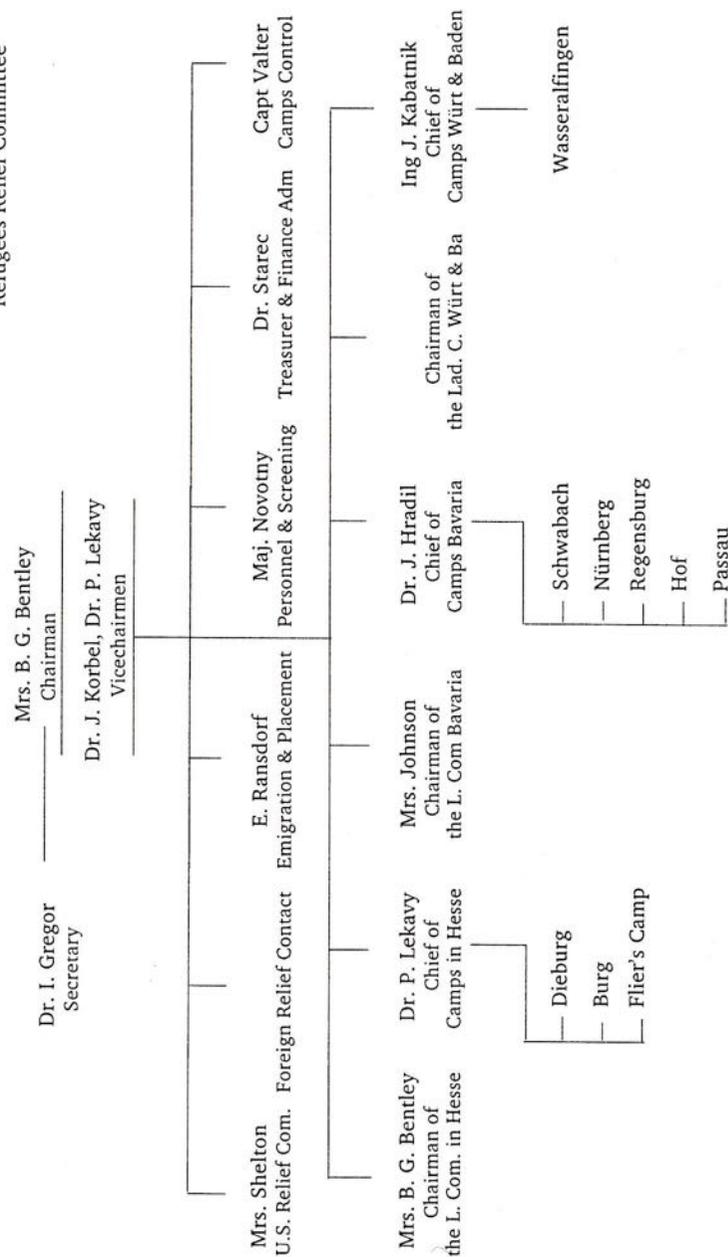
Mrs. B. G. BENTLEY
Chairman

Dr. I. GREGOR
Secretary

IfZ: RG 84 POLAD 820-2

[Anlage zu Dokument 12]

Organisation scheme
of the
Czechoslovakian Democratic
Refugees Relief Committee



30.4.1948, Wiesbaden. *Chronologischer Bericht von Barbara G. Bentley, Vorsitzende des Czechoslovakian Democratic Refugees Relief Committee, über die Organisation der Hilfe für die tschechischen und slowakischen Flüchtlinge in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands.*

CZECHOSLOVAKIAN DEMOCRATIC REFUGEES
RELIEF COMMITTEE

22 Rosselstrasse
Wiesbaden, Germany

30 April 1948

Chronological Report of Organization for Czech Relief.

The first political refugees began evading across the border into the American Zone of Germany immediately after the assumption of power in Czechoslovakia by the present Communist directed government. Though lacking adequate passports or visas, these individuals were not turned back at the border by American forces because of the fact that they were political refugees who requested American protection.

Czech refugees, for the most part, came into the American zone by foot having evaded Czech border guards. A small number crossed the border by automobiles and trucks through the open fields and a few evaded by aircraft. Many of the refugees claim to have actually evaded to escape immediate arrest because of their previous anti-communist attitudes. The majority of the refugees have no clothing, other than that which they wore, and no money. The refugees include former ambassadors, cabinet ministers, active service personnel and their dependents, business men, laborers, border guards, etc. A few of the refugees have friends and relatives in other countries whom they are trying to reach. Among the service personnel are a number of Czechs who were trained and served with the British Armed Forces during the war.

After crossing into the American zone, each Czech refugee was examined for security purposes by American intelligence and border personnel and after clearances permitted freedom of the American zone. Those without funds for food and shelter, amounting to date to nearly 3,000 persons, were

directed to special camps in the American zone. Most of these temporary camps consist merely of empty housing, such as school buildings, gymnasiums, etc, which were available. The occupation American authorities, having no funds for housing, feeding or clothing the refugees are finding their maintenance a difficult problem. A minimum German basic ration of 1400 calories per day is at present being provided the refugees from German economy. It is believed that several thousand more refugees not in the camps are being cared for in the zone by friends or relatives. The future disposition of these Czech political refugees is a matter which must be solved on governmental level and will probably take some time. The immediate pressing need for adequate food, clothing and housing is one which must be resolved immediately by the American occupational authorities.

For various political and legal reasons, no international relief organization has yet, as of this date, assumed responsibilities for the immediate urgent medical and other needs of the Czech refugees in our zone. This is a matter which, I believe, requires immediate solution to prevent American Military occupation authorities from being blamed for not rendering medical or other emergency assistance to these people.

I first gained knowledge of the plight of the Czech refugees in our zone from hearing an address by Dr. Newman, Military Governor of Hesse, given to the Womens Club in Wiesbaden on 3 April. With Dr. Newman's permission, I visited on 10 April the nearest Czech refugee camp, that at Dieburg, and found 340 refugees there sleeping in an old school house and gymnasium. The majority of the refugees had no clothing other than what they wore, no toilet articles, no soap, etc. Toilets having been removed at some previous time from the school, the only toilet facilities were an open trench in the yard. For breakfast, they had, from German economy, a cup of synthetic coffee and a small piece of bread which must last the day. For both lunch and dinner they had a bowl of soup. From subsequent inquiries to refugees in other camps, I find that the conditions are somewhat parallel in most camps, some better and some worse.

Upon my return from Dieburg April 10th, I organized among women of the Wiesbaden area a temporary Czech Refugee Relief Committee to furnish immediate assistance. With the approval of the military authorities in this area, this committee staged a relief drive in the Wiesbaden, Hofheim, Wiesbaden Airbase and Rhein/Main communities and in three days collected approximately \$2500 worth of clothing and food, \$189.00 in unsolicited cash and the donation of a truckload of clothing from an anonymous international church organization. The majority of these supplies were imme-

diately distributed at the camps at Dieburg, Burg and to a small group of Czech air force pilots and their dependents.

In working with refugees it was found that two independent Czech committees had been formed in the camps for Czech relief and as no international organization had taken over, a meeting was held at Wiesbaden on 26 April to form a committee with authority to act on Czech relief matters throughout the American zone.

As a result of unanimous action at this meeting, a new organization known as the Czech Democratic Relief Committee was established for Czech relief purposes in the American zone of occupation. A central four-man committee was appointed with full authority to act on these matters until 30 June 1948, upon which time a regularly elected committee would take over. The Czech representatives requested that I assume chairmanship of this committee, which I accepted. The additional members of the central committee are: vice chairman, Dr. J. Korbel (Czech); Dr. P. Lekavy (Czech); and secretary Dr. I. Gregor (Czech). An executive committee to direct the work in the various areas was also named.

I went to London 27 April returning to Wiesbaden on 29 April. As chairman of the Czech committee, I visited the American Embassy to acquaint the authorities there with the purpose of my visit to London. I met with the members of the Czech relief committee formed in England in order to effect the necessary liaison between this English committee and the committee in the American zone. It was agreed that the English committee would do what they could to forward supplies to the American zone and obtain other assistance as requested. They will send a liaison officer here as soon as a visa can be obtained. It was agreed that our committee would continue to have authority for administration of Czech relief in the American zone.

Having been in contact with the British Consulate in Frankfurt on the matter of Czech relief, an appointment had been made for me in the Alien Department of the Home Office in London. I went to the Home Office, explained the urgency of the requirement for visas for those Czechs desiring to go to England and requested that they give special consideration to the many former Czech members of the British Armed forces who had served during the war. Many of the refugees were members of the British armed forces and desire to return to England. A number of these former service men have British wives. I was assured by the representatives of the Home Office that the British Government recognized an obligation towards its former service members, especially those with British wives, and will endeavor to help them.

I had an appointment with and met responsible representatives in London of the British Red Cross to whom I made an appeal for Czech relief. I was given helpful advice concerning Red Cross operations and a promise of help.

I had an appointment with Air Commodore Spencer, RAF, to whom I made a special appeal to the RAF Benevolent Society to give assistance to the former members of the RAF. Air Commodore Spencer stated that they would probably appoint Wing Commander Gatward, now British liaison officer at Hq USAFE, Wiesbaden, as the Benevolent Society liaison officer and that they would endeavor to render aid to former RAF members.

Knowing personally Mr. Herbert Matthews, European Chief of the NY Times Bureau in London, I acquainted him with the situation as regards Czech refugees and asked that he endeavor to give publicity in the States to their plight. Similar information was also given to other news representatives.

As Chairman of the CDRRC I sent a telegram to the House Judiciary Committee in Washington asking that they give favorable consideration to the refugees and DP's during the next year. I have also written numerous letters and appeals to individuals in the States, as have the majority of the one hundred or more American dependent and military government employees who were member workers of our original relief drive committee.

In order to have military approval of my actions I have been in constant contact since the formation of my first committee with Mr. Offie, Political Adviser of EUCOM and with Dr. Newman, Military Governor of Hesse, apprising them from time to time of our relief activities.

The immediate aims of this committee which was organized solely for welfare and relief are:

- a. to obtain supplies of foodstuffs and clothing to meet immediate requirements.
- b. to obtain medical assistance, medicines, etc, for emergency use.
- c. to affect through coordination with the proper authorities the improvement in present accommodations and food.
- d. to improve cultural and educational care.
- e. to effect work placement in the US Zone of individuals.
- f. to assist in the placement of those who desire to emigrate.

In order to continue relief work on an adequate basis, it is necessary that we obtain:

- a. facilities for an office in the Wiesbaden area.
- b. a census giving full administrative details of each Czech refugee in the camp or with friends in the zone.
- c. that the status of each individual be determined, whether he be considered as a DP or as a „guest“ in the zone.
- d. a polity [policy?] be established for obtaining work permits.
- e. that military or other permits be obtained so that trucks and automobiles driven into the zone by Czechs may be utilized for relief purposes.
- f. that provisions be made through MG for the shipping of relief supplies to and within the zone.
- g. that an adequate storage facility for relief supplies in the Wiesbaden area be obtained for sorting, handling and distributing.

FOR THE COMMITTEE:

Mrs. Barbara G. Bentley
Chairman

DISTRIBUTION:

Ambassador Robert Murphy, Pl.B. CINC. Berlin, APO 742, US Army
Mr. C. Offie, O. Pol. Adv. EUCOM, APO 757, US Army
Dr. James R. Newman, Director OMG, Hesse
Mr. Murray D. Van Wagoner, OMG, Bavaria
Mr. Charles La Follette, OMG, Wuerttemberg-Baden
Mr. Keith, US Embassy London, Room 121, No. 1 Grosvenor Square,
London

IfZ: RG 84 POLAD 820-2

14

10.5.1948, München. Aktennotiz von William R. Gosser, Leiter der Public Welfare and DP Branch der amerikanischen Militärregierung für Bayern an den Land Director der Militärregierung für Bayern über die Flüchtlingssituation (Tschechoslowaken, Sudetendeutsche, Volksdeutsche) in Bayern.

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR BAVARIA
OFFICE MEMO SLIP APO 407

Classification or subject - Identify attached papers, if any, Number each memo in left marking, date and initial on right margin, office must be indicated, draw line across sheet just below memo, avoid using small slips

| | | |
|----|------------------------------------------|----------|
| TO | MEMORANDUM | DATE AND |
| | (Use full width of sheet for long memos) | INITIALS |

SECRET

| | | |
|---------------|----------------------------|-------------------------|
| TO: LAND | SUBJECT: Refugee Situation | CIV ADM DIV |
| DIRECTOR OMGB | | Public Welfare & DP Br. |
| | | Refugee & DP Section |
| | | 10 May 1948 |

THRU: Director,
Civil Administration
Division

A. Czechoslovak Nationals.

1. The movement of Czechoslovak nationals appears to have decreased slightly and is currently estimated at approximately 60 daily. The best estimate of the total number to have entered Bavaria to date is between 4,000 and 4,500. Half of this number are believed to be in Bavaria and of these, approximately 1,500 are in refugee camps. An informal agreement has been reached between OMGB and the Land Military Governments of Wuerttemberg-Baden and Hesse whereby approximately half of the Czechoslovak nationals entering Bavaria are sent to the other Laender. It is estimated that at least several hundred Czechs have made their way to the British Zone.

2. No unusual incidents effecting their reception and care have been reported but it is reported that a number are entering for the second time. German police authorities have directed that persons entering for the second time be apprehended and turned over to CIC and unless other instructions in the individual cases are given by American agencies, persons entering for the second time will be considered by the police as illegal border crossers. This action was taken because it is believed that many of the second entrances are for commercial or possibly subversive purposes.

(Attached is copy of classified report sent to OMGUS on 30 April 1948.)

B. Illegal Border Crossers.

1. Illegal border crossing of Sudeten-Germans from Czechoslovakia has increased greatly and approximately 1,000 are entering weekly. This heavy influx is reported as due chiefly to the fact that the Czech Government is moving Sudeten-Germans to eastern Czechoslovakia, and to rumors that some are being sent to Russia.

2. With warm weather approaching, increased illegal border crossing from the South, (where many thousands of German Volksdeutsche still remain in the Balkan countries), from Czechoslovakia, and from other zones of Germany may be expected. Because of the geographical location of Bavaria most of these persons enter and remain in Bavaria, and the refugee population of Bavaria is increasing at a much faster rate than that of the other Laender in the US Zone. At the present more than 1/4 of the population is of non-Bavarian origin and the total illegal influx is expected to reach several hundred daily.

C. Recommendation.

The Bavarian Refugee officials have reported that the other Laender in the US Zone are obviously reluctant to agree to accept a share of the illegal influx of population (other than a comparatively small number of Czechoslovak nationals), and delay consideration of proposals for such sharing. It is strongly recommended that OMGUS be requested to take the initiative in suggesting that the German Land Governments of the US Zone adopt an overall plan which would provide for illegal border crossers to be divided among the different Laender on the same basis that expellees were formerly

allocated, namely 52% to Bavaria, 26% to Hesse, and 22% to Wuerttemberg-Baden.

FOR THE DIRECTOR, CIVIL ADMINISTRATION DIVISION:

1 Incl: Report to OMGUS, dtd
30 Apr 48
Tel: MM 4-495.

WILLIAM R. GOSSER
A/Chief, Public
Welfare & DP Br.

BayHStA: OMGBY 15/102-1/30

15

14. [24.?] 5.1948, London. Schreiben des Czechoslovak Relief Committee for Political Refugees in London an Gerald Keith, Botschaft der USA in Grossbritannien, mit einer Selbstdarstellung und einem undatierten Aufruf des Komitees.

RESTRICTED

Enclosure 1, despatch 1204, May 24, 1948
from American Embassy, London, England.

CZECHOSLOVAK RELIEF COMMITTEE
FOR POLITICAL REFUGEES

Executive Committee:

Chairman: Dr. K. Machacek
Secretary: E. Leiss
Treasurer: M. Viest

75 Biddulph Mansions,
Elgin Avenue,
London, W.9.

14th May, 1948.

Sir:

Referring to our letter to His Excellency the U.S. Ambassador, of which you received a copy, and to our conversation, I should like to give you a few facts about our Committee and especially about our endeavours to better the conditions of our political refugees in the Western Zones of Germany and Austria, and thus enable you to kindly help us in this matter.

1/ The Czechoslovak Relief Committee for Political Refugees has been formed in London on 14th April by Czechoslovak politicians and representatives of Czechoslovak public and cultural life /the list of names is attached/. These people, feeling responsibility and being already outside Czechoslovakia in Germany, USA, U.K. and other countries, formed this committee for these two purposes:

a/ To give immediate first help to our fellow-countrymen who are at present in various internment camps in the Western Zones of Germany and Austria,

b/ to help these refugees in getting them a status which would enable them to be placed either in various labour schemes of Western European and American countries and to help individual people to emigrate to countries willing to accept them.

The above Committee as such is a central and coordinating body which through the medium of friends in other countries is trying to initiate the formation of local Committees in all the countries where there are friends of democratic Czechoslovakia.

Gerald Keith Esq.,
Embassy of the United States
of America,
1, Grosvenor Square,
London, W.1.

The Committee already succeeded in these countries:

| | | |
|---------------------|------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Germany:</u> | Our plenipotentiary is | Mrs. Barbara Bentley, Mr. Edward Bauer, Mr. P. Tigrid, 22, Rosselstrasse, Wiesbaden |
| <u>Holland:</u> | " " " | Prof. V. Valk, Ing. B. Sedlacek |
| <u>France:</u> | " " " | Dr. Z. Formanek, |
| <u>Switzerland:</u> | " " " | Dr. Glazer-Skalny [Glaser-Skalský], Bern |
| <u>Luxemburg:</u> | " " " | J. Kolar, |
| <u>Norway:</u> | " " " | R. Schoder, |
| <u>Italy:</u> | " " " | Dr. F. Schwarzenberg, Rome |
| <u>Canada:</u> | " " " | F. Nemeec, Ottawa |
| <u>Argentina:</u> | " " " | V. Suchan, Buenos Aires. |

Our plenipotentiary in the United States is Dr. J. Lettrich, c/o Sharova, 3031 No. Parkside, Chicago, his deputies are Dr. J. Papanek and Dr. J. Slavik.

By means of these local Committees this Committee tries, as mentioned above, to make money, food and clothing collections and to send the collected articles to Czechoslovak refugees in Germany and Austria, but the main aim of these local Committees will be to contact /in cooperation with our central office/ the Labour Ministries of all the countries concerned and to try to obtain for our refugees visas and a possibility of work.

For this reason this Committee is just now trying to compile a census of all the refugees since February 1948 outside Czechoslovakia.

2/ The reasons why we are pressing this problem are the general conditions in the aforementioned internment camps in Germany, especially in the American Zone of Occupation, where apparently the number of refugees is the largest and where the conditions are worst.

As far as it is known to this Committee from the reports of the refugees themselves and from the reports of various Americans and Britishers, there are at present in Germany and Austria approximately 10.000-12.000 Czechoslovak refugees since February this year. These refugees are living in about a dozen internment camps which are lacking all necessary equipment for a bare existence. Refugees are entitled only to 1200 calories per day, but they are scarcely getting 600-800 /i.e. 1 plate of soup, 2 pieces of bread, 2 cups of black coffee per day/, because there is a well-founded suspicion that the German controlling organs of these camps are not very friendly disposed towards these refugees.

Further, these refugees are completely lacking medical services and from our latest reports we learn that of the several hundred children three have already died because of this fact.

As I know that these conditions are very well known to your military authorities, I do not want to stress it any further and, besides, I hope to have a very accurate report shortly in our hands. I do not think it necessary, of course, to emphasise the fact that these facts about conditions in Czechoslovak internment camps in Germany and Austria are very well known to the Prague Government which is abusing it for propaganda against the United States and Great Britain.

3/ This Committee has already succeeded in shipping a few small consignments of parcels containing food, clothing and medical supplies to Germany, also from Switzerland parcels were sent. Further, our students section managed to place nearly all students with scholarships in Holland

and Switzerland and there is a fair possibility in universities in the U.K., Norway and the USA. Luxemburg has accepted 100 and will accept another 200. Further, we are starting discussions regarding the employment of these people through our Canadian local Committee in Canada.

However, all this help being based on charity and voluntary work, it is not sufficient to tackle this problem as actually required. I hardly need mention that this problem is getting worse and worse every day, on one hand because the morale of the inmates of the camp is deteriorating and, on the other, because the number of newcomers is still increasing.

Of course, the efforts of this Committee are greatly hampered by the fact that we are working semi-legally and more or less in the dark, because we are not and – we fully understand we cannot – be officially recognized.

4/ Therefore we should like to appeal to you, and through you to the competent American authorities, to help us as expediently as possible to solve this new Czechoslovak refugee problem.

a/ by bringing pressure on the IRO H.Q. in Geneva to give to these new refugees their status to which in our opinion they are as much entitled as victims of a new totalitarian regime, as older refugees who are already enjoying these privileges. This status means for our refugees a better legal standing, better messing and billeting conditions and a possibility of further emigration, thereby enabling them to find a decent way of life again.

b/ the second point is more or less parallel with the first one. It is to change General Clay's order forbidding the IRO to grant this status to these refugees,

c/ by enabling our accredited liaison officers to stay, work and travel in the territories of Germany and Austria occupied by the U.S. forces, who, on the other hand, would help us to centralise the whole problem in your and our hands thus enabling them to help even your authorities on the spot.

Thanking you for everything you have already done for the Czechoslovak refugees and hoping that you will see your way to giving your favourable consideration to the points raised,

I am, Sir,

Yours respectfully
for CZECHOSLOVAK RELIEF COMMITTEE

1 encl.

/s/ E. Leiss
Secretary.

The Czechoslovak Relief Committee for Political Refugees
is formed by:

Politicians:

Dr. Jozef Lettrich, President of Slovak National Council
Dr. F. Hodza, Secretary-General, Slovak Democratic Party
Dr. V. Krajina, Secretary-General, Czech. Socialist Party
Dr. A. Klimek, Secretary-General, Czech. Peoples Party
B. Vilim, Secretary-General, Czech. Social Democratic Party.

Deputies of Czechoslovak Parliament:

Dr. J. Stransky
Julius Firt
O. Hora
Dr. Ivo Duchacek
Dr. B. Chudoba
J. Novotny
R. Frastacky
J. Cizek
M. Sedlak
Dr. V. Bernard
V. Holub

Slovak Ministers:

E. Bohm
M. Kvetko
J. Bellus

Diplomats:

Gen. S. Ingr, (former Czech. Minister to the Netherlands)
Dr. J. Slavik (former Czech Ambassador to the United States)
Dr. J. Papanek (former Czech Delegate to the United Nations)
F. Nemecek (former Minister to Canada)
Dr. J. Nosek (former Ambassador to France)
Fr. Kolowrat (former Minister to Turkey)
Dr. Fr. Schwarzenberg (former Minister to the Holy See).

Other representatives:

J. Kosina (BBC)
J. Belina
J. Kodicek
P. Tigríd
E. Bauer
Gen. J. Ambruz
Dr. K. Machacek
E. Leiss
M. Viest
and others.

CZECHOSLOVAK RELIEF COMMITTEE
FOR POLITICAL REFUGEES
13, FERNSIDE AVENUE, LONDON, N.W.7

Telephone: MILL HILL 4024

Banking Accounts:

Barclays Banks Ltd.
Mill Hill Branch, London
Julius Baer & Co. Bankhaus
Zurich, Account 6

Dear Sir/Madame,

Czechoslovakia has once more fallen victim to brute force, her freedom has been destroyed and her democratic institutions undermined. Once more the freedom loving people of Czechoslovakia are oppressed by a fanatical minority and thousands of men and women are persecuted and arrested.

Several thousand Czechs and Slovaks who fought for democracy and liberty had have to flee their country and are now in Germany. These people are in urgent need of help – of money, food and clothing. A Czechoslovak Relief Committee has been formed by representatives of political refugees from Czechoslovakia to enable all friends of democratic Czechoslovakia to help these refugees. Money, food or clothing will be greatly appreciated and should be sent to: Czechoslovak Relief Committee, 13, Fernside Avenue, London, N.W.7.

Yours faithfully,

Dr Jozef Lettrich, President Slovak National Council; Dr Fedor Hodza, Secretary General, Slovak Democratic Party; Dr Vladimir Krajina, Secretary General, Czechoslovak Socialist Party; Dr Adolf Klimek, Secretary General, Czechoslovak People's (Christian) Party; Blazej Vilim, Secretary General, Czechoslovak Social Democratic Party.

Dr Jan Stransky, M.P.; Julius Firth, M.P.; Ota Hora, M.P.; Dr Ivo Duchacek, M.P.; Dr Bohdan Chudoba, M.P.; Pavel Tigríd; Josef Novotny, M.P.; Josef Belina; Josef Kosina; Rudolf Frastacky, M.P.; Dr Juraj Slavik; Dr J. Papanek; Frantisek Nemeč; General S. Ingr; Dr Jindrich Nosek; Fr. Kolowrat; Dr Frantisek Schwarzenberg.

General J. Ambruz; Edward Bauer; Josef Kodicek; Eugen Leis; Dr K. Machacek; J. Viest.

IfZ: RG 84 POLAD 820-2

9.8.1948, München. Schreiben von Albert C. Schweizer, Direktor der Zivilverwaltung der amerikanischen Militärregierung für Bayern, an die amerikanische Militärregierung für Hessen über die Verteilung der tschechoslowakischen Flüchtlinge in der US-Zone Deutschlands.

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR BAVARIA
Civil Administration Division
Munich, Germany APO 407 US Army

AG 383.7 MGBGW

9 August 1948

SUBJECT: Distribution of Czechoslovak Refugees.

TO: Director, Office of Military Government for Hesse,
APO 633, US Army, (Attn: Chief, Public Welfare & DP Br).

1. Reference is made to your letter of transmittal dated 20 July 1948 inclosing a letter from the Hessian State Ministry for Labor and Welfare regarding Czechoslovak refugees in Land Bavaria.

2. Official statistics reveal that up to 1 August 1948 well over 5,600 Czechoslovak refugees were received into Bavarian refugee camps. Of this total, 1,215 were transferred to refugee camps in Land Hesse, and 1,590 to refugee camps in Land Wuerttemberg-Baden. This does not include Czechoslovak nationals who have entered Bavaria but who have not reported to refugee camps.

3. During the period 13 July to 31 July 1948 Bavaria received 530 Czechoslovak refugees into Bavarian camps. According to the agreement reached by the Laender of the US Zone at Wiesbaden, which provided for distribution according to the former "expellee distribution key" as of 13 July, the distribution of these 530 persons would be 275 for Bavaria, 138 for Hesse, and 117 for Wuerttemberg-Baden. German refugee officials for Land Wuerttemberg-Baden agreed to accept a shipment of 117 Czechoslovak refugees on 4 August. However, German refugee officials for Land Hesse agreed to accept only 50 persons because allegedly 90 persons have entered that Land of their own accord. In connection with this it could be pointed out that from time to time Czechoslovak refugees who had been officially shipped

to other Laender have returned to Bavarian camps because of alleged poor conditions in the new camp. This Headquarters believes it should further be pointed out to German officials that Czechoslovak refugees are "free" to move about after having secured proper identification papers, which they are entitled to, that they cannot be confined in camps in one Land or another, and that Bavaria to date has never considered the possibility of refusing admittance to Czechoslovak refugees for any reason.

4. It would be appreciated if your office would inform the appropriate German officials on this matter.

FOR THE LAND DIRECTOR:

ALBERT C. SCHWEIZER
Director,
Civil Administration Div.

Telephone MUNICH MILITARY 4-495

BayHStA: OMGBY 13/128-1/5

PERSONENREGISTER

- A
Acheson, Dean - 17
Ambruš, Ján - 141, 142
Ankermüller, Willi - 91, 119
Armour, Norman - 113
Aron, Raymond - 7
- B
Bachstein, Martin K. - 64
Bancroft, Harding F. - 113
Bauer, Edward - 66, 81, 104, 105,
121, 138, 141, 142
Beam, Jacob D. - 113
Beck, Heinz - 84
Behrisch, Erich A. - 82
Bělina, Josef - 141, 142
Belluš, Samuel - 141
Beneš, Edvard - 5 passim
Beneš, Vojta - 32, 37
Benešová, Hana - 35, 36, 39, 49, 117,
118
Bentley, Barbara G. - 81, 122-134,
138
Bernard, Vilém - 141
Bernas, Stephen - 126
Bettinger, Willi - 97
Betts, Reginald R. - 10
Bevin, Ernest - 9, 10
Bidault, Georges - 9
Blackman, Charles F. - 64, 80, 112
Boček, Bohumil - 40
Bogardus - 105
- Bohlen, Charles - 58, 107, 108, 113
Böhm, Emanuel - 141
Bolds, Clarence M. - 68, 72
Brandon, O. H. - 47
Bruins, John H. - 18, 52, 105
Bušek, Vratislav - 26, 56, 126
- C
Chmel, Leopold - 30
Chudoba, Bohdan - 66, 141, 142
Clay, Lucius D. - 56, 57, 71, 73, 87,
88, 140
Clementis, Vladimír - 29, 45, 51, 62
Crane, Charles R. - 50
Crane, Frances - 50
Crane, John O. - 43, 50
Crane, Richard - 50
Crane, Sylvia E. - 43, 49, 50
- Č
Čapek, Karel - 28
Černý, Václav - 8, 32
Čížek, Alois - 141
- D
Davenport, Marcia - 42-44
Dejean, Maurice - 62
Dixon, Pierson - 7, 33-35, 51, 94,
116-118
Dolanský, Jaromír - 62
Douglas, Lewis W. - 19
Drábek, Jaroslav - 15

Drtina, Prokop – 25, 26, 33, 48, 49,
53, 54, 117

Ducháček, Ivo – 114, 141, 142

Đurčanský, Ferdinand – 16

E

Ečer, Bohuslav – 76

Ehard, Hans – 68, 83, 119

F

Feierabend, Ladislav K. – 27, 60, 62,
65

Fierlinger, Zdeněk – 18, 20

Firt, Julius – 26, 61, 64, 141, 142

Formánek, Zdeněk – 138

Fraštacký, Rudolf – 141, 142

G

Gatward – 133

Glaser-Skalský, František – 138

Gosser, William R. – 135, 137

Gottwald, Klement – 5, 9–12, 14, 15,
18, 19, 25, 29, 30, 32, 35, 45, 47,
50, 66, 117, 118

Gregor, Ivan – 81, 125, 127–129, 132

Gromyko, Andrej – 7

Gunther, John – 22, 40

H

Hácha, Emil – 32

Hála, František – 62, 66

Hatch – 125

Hays, George P. – 71, 85

Heidrich, Arnošt – 33, 51–54, 62, 64

Herben, Ivan – 15

Hitler, Adolf – 11

Hodža, Fedor – 141, 142

Hollister (Mrs.) – 124

Holub, Václav – 141

Hora, Ota – 25, 26, 61, 141, 142

Houdek, Vlado – 44–47

Hradil, František – 126, 128, 129

I

Ingr, Sergej – 141, 142

Ingrim, Robert – 32

J

Jaenicke, Wolfgang – 82, 83, 119, 121

Jaksch, Wenzel – 16

Jína, Jan – 26, 114

Johnson (Mrs.) – 124, 128, 129

Josten, Josef – 10, 15, 60

K

Kabátník, Jaroslav – 126, 128, 129

Kadleček – 124

Kaplan, Karel – 16, 25, 63, 64, 70, 102

Kavan, Pavel – 47

Kavan, Rosemary – 47

Keith, Gerald – 134, 137, 138

Klimek, Adolf – 15, 141, 142

Klinger, Oskar – 47–51

Knorr, Miloš – 68

Kodíček, Josef – 141, 142

Kohák, Miloslav – 26

Kolár, J. – 138

Kolowrat, František – 141, 142

Kopecký, Rudolf – 19

Kopecký, Václav – 41

Korbel, Jan (Pseud.) – 81, 124–127,
129, 132

Korbel, Josef – 19

Kosina, Josef – 141, 142

Kovářna, František – 126

Krajina, Vladimír – 114, 141, 142

Krásna – 125

Kvetko, Martin – 141

L

LaFollette, Charles M. – 71, 134

Larned, Capt. – 64, 112

Laušman, Bohumil – 41

Leiss, Evžen – 80, 94, 137, 140–142

Lekavý, Petr – 81, 124–129, 132

Lettrich, Jozef – 61, 81, 139, 141, 142

Linnert, Fritz – 84

Lockhart, Robert H. Bruce – 23, 24,
42–45

Lovett, Robert A. – 107

M

Macháček, Karel – 80, 137, 141, 142

Machotka, Otokar – 15

Majer, Václav – 101, 117

Marshall, George C. – 33, 56

Masaryk, Jan – 10 passim

Masaryk, Tomáš Garrigue – 6, 19, 30

Masaryková, Alice – 49, 50

Matthews, Herbert – 133

Messenhauser, Joseph – 126

Mikołajczyk, Stanisław – 19

Modranský, Jan – 126

Morrison, Herbert – 9

Murphy, Robert D. – 57, 134

N

Němec, František – 138, 141, 142

Newman, James R. – 71, 131, 133,
134

Nichols (Lady) – 34, 35, 39, 116

Nichols, Philip – 35

Nosek, Jindřich – 141, 142

Nosek, Václav – 56, 62

Novotný, Josef – 124, 128, 129, 141,
142

O

Offie, Carmel – 133, 134

Ort, Alexandr – 31

P

Pacner, Karel – 68

Papánek, Ján – 10, 11, 28, 42, 44, 47,
52, 80, 81, 113, 114, 139, 141, 142

Pejskar, Jožka – 15, 26, 61

Peroutka, Ferdinand – 24, 39, 62

Petráček, Emil – 126

Popper, Karl – 16

Posse-Brázdová, Amelie – 39, 50

Prchala, Lev – 16, 19

Procházka, Adolf – 114

R

Ransdorf, Emil – 125, 126, 128, 129

Reimann, Pavel – 117

Reston, James – 52

Ringland, Arthur C. – 113, 115

Ripka, Hubert – 24, 26, 61, 62, 117

Rovin, Charles B. – 68, 69, 77, 80, 89,
92, 93, 97

S

Sandifer – 113

Sanovski – 124

Sargent, Orme – 43

Schoder, R. – 138

Schoenstedt, Walter – 85, 86, 87

Schwarzenberg, František – 138, 141,
142

Schweizer, Albert C. – 68, 95, 143, 144

Sedláček, B. – 138

Sedlák, Mirko – 141

Shelton (Mrs.) – 128, 129

Sidor, Karol – 16

Slánský, Rudolf – 12, 15, 16, 117

Slávik, Juraj – 28, 43, 44, 47, 58, 80, 81, 107, 108, 113–115, 124, 125, 139, 141, 142
 Smith, Howard K. – 20, 21, 40
 Smutný, Jaromír – 26, 30, 34, 36, 51, 108, 109
 Soukup, Lumír – 54
 Spencer, Francis E. – 133
 Stalin, Josif – 7, 8, 10, 11, 19
 Starec, Alexander – 124, 126, 128, 129
 Steinhardt, Laurence A. – 13, 18, 21, 34, 36, 51, 56, 66, 90, 105, 108, 109
 Sterling, Claire – 42, 43, 46, 47, 48
 Stock, Christian – 71
 Stránský, Jan – 142
 Stránský, Jaroslav – 141
 Stránský, Luděk – 26
 Suchan, Vladimír – 138
 Sulzberger, Cyrus L. – 20, 45, 46
 Sviták, Ivan – 21, 42
 Svoboda, Ludvík – 40
 Sýkora, Václav – 50
 Syrový, Jan – 99
 Syrový, Ladislav – 99

Š
 Škutina, Vladimír – 61
 Šrámek, Jan – 26, 62

T
 Táborský, Eduard – 37–39, 50
 Thompson, Dorothy – 22
 Thompson, Llewelyn E. – 28, 80, 113–115
 Tigríd, Pavel – 66, 67, 76, 81, 104, 105, 138, 141, 142
 Truman, Harry – 50
 Trygve, Lie – 11, 22, 23

V
 Valk, V. – 138
 Valtr, Bohumil – 124, 125, 126, 128, 129
 Van Wagoner, Murray D. – 67, 73, 74, 79, 83, 85, 92, 106, 110, 111, 134
 Vedeler, Harold C. – 64, 113
 Viest, M. – 137, 141, 142
 Vilím, Blažej – 64, 114, 141, 142

W
 Warburg, James P. – 21
 Warren – 113
 Weiner, Paul – 49

Z
 Zápotocký, Antonín – 63
 Zenkl, Petr – 8, 26, 39, 49, 63, 64, 116
 Zivanský, Jaroslav – 124
 Zorin, Valerian – 10, 11, 116

ABKÜRZUNGEN

APO Army Post Office
 BayHStA Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
 BBC British Broadcasting Corporation
 CAD Civil Administration Division
 Br. Branch
 CDRRC Czechoslovakian Democratic Refugees Relief Committee
 CE Central Europe
 CIA Central Intelligence Agency
 CIC Central Intelligence Corps
 CINC Commander-in-chief
 CRERC Czech Refugee Emergency Relief Committee
 ČsČH Československý časopis historický
 DP Displaced Person
 ECIC European Command Intelligence Center
 EUCOM European Command
 FO Foreign Office
 FRUS Foreign Relations of the United States
 HHStA Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden
 H.Q., Hq Headquarters
 HStSt Hauptstaatsarchiv Stuttgart
 IfZ Institut für Zeitgeschichte, München
 IRO International Refugee Organization
 KPD Kommunistische Partei Deutschlands
 KPTsch Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
 KSČ Komunistická strana Československa
 MG Military Government
 MGB Military Government of Bavaria
 MIIn Ministerium des Inneren

| | |
|---------|---------------------------------------------------------------|
| NA | National Archives, Washington |
| OMG | Office of Military Government |
| OMGB(Y) | Office of Military Government for Bavaria |
| OMGH | Office of Military Government for Hesse |
| OMGUS | Office of Military Government for Germany (US) |
| OMGWB | Office of Military Government for Wuerttemberg-Baden |
| PCIRO | Preparatory Commission for International Refugee Organization |
| POLAD | Political Administration |
| PRO | Public Record Office, London |
| RAF | Royal Air Force |
| RG | Record Group |
| SBZ | Sowjetische Besatzungszone Deutschlands |
| StK | Bayerische Staatskanzlei, München |
| SÚA | Státní ústřední archiv, Praha |
| UdSSR | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken |
| U.K. | United Kingdom |
| UNRRA | United Nations Relief and Rehabilitation Administration |
| USAFE | United States Air Force Europe |
| ÚV KSČ | Ústřední výbor KSČ |
| VN | Vereinte Nationen |



ROLAND J. HOFFMANN

**Die Anfänge der Emigration aus der Tschechoslowakei
nach der kommunistischen Machtergreifung vom Februar 1948
und die provisorische Aufnahme der Flüchtlinge
in der amerikanischen Besatzungszone Deutschland.**

Redakce Michael Neumüller a Milena Janišová

Redakce anglických textů Derek Paton

Obálka Vladimír Nárožník

Počítačová sazba Věra Škvorová

V ediční řadě Sešity ÚSD, sv. 27

vydal Ústav pro soudobé dějiny AV ČR

Praha 1996

Publikace vyšla s přispěním

Grantové agentury České republiky (reg. č. 404/94/0448)

a Nadace Konráda Adenauera

V edici Sešity ÚSD jsou dosud k dispozici zbývající svazky:

- Sv. 6 K. Kaplan: *Majetkové zdroje KSČ v letech 1945–1952*
Sv. 16 J. Madry: *Sovětská okupace Československa, normalizace v letech 1969–1970 a role ozbrojených sil*
Sv. 17 D. Státník: *Sankční pracovní právo v padesátých letech*
Sv. 18 A. Benčík: *Operace „Dunaj“. Vojáci a Pražské jaro 1968*
Sv. 20 *Politické elity v Československu 1918–1948*
Sv. 21 M. Gajdoš – S. Konečný: *Postavení Rusínov-Ukrajincov na Slovensku v letech 1948–1953*
Sv. 22 K. Kaplan – D. Tomášek: *O cenzuře v Československu v letech 1945–1956*
Sv. 23 O. Turek: *Podíl ekonomiky na pádu komunismu v Československu*
Sv. 25 R. Břach: *Smlouva o vzájemných vztazích mezi ČSSR a SRN z roku 1973*

Z edice Prameny k dějinám československé krize 1967–1970:

- Sv. 1 J. Pecka: *Spontánní projevy Pražského jara*
Sv. 2/1 J. Pecka – J. Belda – J. Hoppe: *Občanská společnost 1967–1970. Emancipační hnutí uvnitř Národní fronty*
Sv. 3 F. Cigánek: *Národní shromáždění 21.–28. srpna 1968*
Sv. 4/1 J. Vondrová – J. Navrátil: *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967–1970. Prosinec 1967 – červenec 1968*

Z ostatních publikací ÚSD:

- J. Dufek – V. Šlosar – K. Kaplan: *Československo a Izrael v letech 1947–1953*
K. Kaplan: *Stát a církev v Československu 1948–1953*
K. Kaplan – M. Bulínová: *Církevní komise ÚV KSČ 1949–1951*
V. Prečan: *V kradeném čase. Výběr ze studií, článků a úvah z let 1973–1993*
J. Vlk – V. Vaňková – J. Novotný: *Minulost a dějiny v českém a slovenském samizdatu 1970–1989. Bibliografie*
Egon Redlich: *Zítřejší, synu, pojedeme transportem*
V. Prečan: *Novoroční filipika 1995. Disent a Charta 77 v pojetí Milana Otáhal*
K. Kaplan: *Největší politický proces. „M. Horáková a spol.“*
K. Kaplan: *Československo v RVHP*
J. Pecka: *Na demarkační čáře. Americká armáda v Čechách v roce 1945*
J. Pecka: *Váleční zajatci na území Protektorátu Čechy a Morava. Dvě desetiletí před listopadem. Sborník studií*
M. Vaněk: *Veřejné mínění o socialismu před 17. listopadem 1989*
M. Otáhal: *Opozice, moc, společnost 1969–1989*
O. Tůma: *Zítřejší zase tady! Protirežimní demonstrace v předlistopadové Praze*